



# Landtag von Baden-Württemberg

148. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 27. Januar 2016 • Kunstgebäude

Beginn: 9:00 Uhr

Schluss: 13:12 Uhr

## INHALT

|  |            |  |      |
|--|------------|--|------|
| Eröffnung .....  | 8857       | Minister Andreas Stoch .....   | 8884 |
| Ansprache des Präsidenten zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. ....   | 8857       | Abg. Georg Wacker CDU .....  | 8885 |
| Mitteilungen des Präsidenten .....   | 8857       | Abg. Thomas Poreski GRÜNE .....  | 8886 |
| 1. Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – <b>Sachstandserhebung zu seit 24. Oktober 2015 geltenden Änderungen des Asylrechts in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 15/7689 ..... | 8857, 8870 | Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD .....   | 8887 |
| Abg. Guido Wolf CDU .....  | 8858, 8865 | Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP .....   | 8887 |
| Abg. Edith Sitzmann GRÜNE .....  | 8859       | Beschluss .....  | 8888 |
| Abg. Claus Schmiedel SPD .....   | 8860       | 4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zum 3. DIBt-Änderungsabkommen und zur Änderung von Vorschriften mit Bezug auf das Deutsche Institut für Bautechnik</b> – Drucksache 15/7931 ..... | 8888 |
| Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP .....   | 8861       | Beschluss .....  | 8888 |
| Minister Reinhold Gall .....   | 8863       | 5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Unabhängigkeit der Landesregulierungsbehörde (LRegBG)</b> – Drucksache 15/7932 .....   | 8888 |
| Ministerin Silke Krebs .....   | 8866       | Beschluss .....  | 8889 |
| Beschluss .....  | 8867, 8870 | 6. Bericht und Empfehlungen der Enquetekommission <b>„Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“</b> – Drucksache 15/7980 .....   | 8889 |
| 2. Aktuelle Debatte – <b>Auf die Lehrer kommt es an – Bildung muss auch künftig der Investitionsschwerpunkt im Landeshaushalt sein</b> – beantragt von der Fraktion der SPD .....                              | 8867, 8871 | Abg. Helmut Walter Rüeck CDU .....   | 8889 |
| Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD .....   | 8868, 8880 | Abg. Thaddäus Kunzmann CDU .....   | 8891 |
| Abg. Volker Schebesta CDU .....  | 8871, 8880 | Abg. Bärbl Mielich GRÜNE .....   | 8893 |
| Abg. Sandra Boser GRÜNE .....  | 8873, 8882 | Abg. Rainer Hinderer SPD .....   | 8895 |
| Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP .....   | 8875, 8882 | Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP .....   | 8897 |
| Minister Andreas Stoch .....   | 8876       | Ministerin Katrin Altpeter .....   | 8898 |
| Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE (persönliche Erklärung) .....   | 8883       | Beschluss .....  | 8900 |
| Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP (persönliche Erklärung) .....   | 8883       | Nächste Sitzung .....  | 8901 |
| 3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderer Gesetze</b> – Drucksache 15/7957 .....                                   | 8884       |  |      |

## Protokoll

über die 148. Sitzung vom 27. Januar 2016

Beginn: 9:00 Uhr

**Präsident Wilfried Klenk:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 148. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, heute ist ein wichtiges Datum im Jahreslauf unseres öffentlichen Lebens: Heute ist der 27. Januar, Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, Tag einer immerwährenden Mahnung, die uns alle angeht, und damit Tag einer Selbstprüfung, der wir alle uns unterziehen müssen, gerade in der aktuellen politischen Situation. Denn wir erfahren momentan sehr konkret, wie schwierig es ist, all das gleichermaßen zu leisten, was die Geschichte von uns verlangt: Hilfsbereitschaft, Weltoffenheit, konsequente Rechtsstaatlichkeit und demokratische Wehrhaftigkeit.

Die offizielle Gedenkstunde des Landtags, zu der ich Sie alle nochmals herzlich einladen darf, findet um 14 Uhr in Ludwigsburg statt.

Lassen Sie uns aber unabhängig davon auch jetzt, vor Eintritt in unsere Tagesordnung, kurz innehalten. Führen wir uns in Trauer und schmerzender Scham jene apokalyptischen Bilder vor Augen, die sich der Roten Armee heute vor 71 Jahren bei der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz boten: die Bilder der Leichenberge, die Bilder der Massengräber, die Bilder der völlig ausgemergelten Überlebenden. Und bekräftigen wir unter diesem Eindruck: Nur wer weiß, was war und wie es dazu kam, der weiß auch, was nie wieder sein darf.

Terrorherrschaft der Nazis, das hieß: Völkermord, Vernichtungskrieg, Rassenwahn und das scheinlegale Pervertieren von Werten und Tugenden. Abermillionen Menschen wurden planmäßig und bar jeglicher Humanität ausgegrenzt, gejagt, gequält, ermordet. Uns ist aufgegeben, die Erinnerung daran wachzuhalten und so unsere Achtsamkeit für die Gegenwart zu schärfen. „Nie wieder Auschwitz“ gehört zu unser Staatsräson.

Unser Grundgesetz ist die Verfassung gewordene Lehre aus der Nazidespotie und deren Vorgeschichte. Die Empathie mit den Opfern trägt unsere Demokratie, unsere Freiheit, unseren Rechtsstaat und unser Menschenbild.

Um dem Versprechen Ausdruck zu verleihen, dass wir in unserem politischen Alltagshandeln stets auch unserer geschichtlichen Verantwortung gerecht werden wollen, bitte ich Sie alle, sich zum stillen Gedenken von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Wir kommen nun zu den üblichen Bekanntgaben:

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Ernst Kopp erteilt.

Krankgemeldet ist Herr Abg. Karl-Wolfgang Jägel.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Dezember 2015, Az.: 1 BvR 176/15 – Verfassungsbeschwerde gegen die Erhebung eines Wasserversorgungsbeitrags

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung der Landesregierung vom 19. Januar 2016 – Entwurf der Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Verordnung über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg – Drucksache 15/7955

Überweisung an den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport

3. Mitteilung der Landesregierung vom 18. Januar 2016 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksache 15/7981

Überweisung an den Ausschuss für Europa und Internationales

\*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Sachstandserhebung zu seit 24. Oktober 2015 geltenden Änderungen des Asylrechts in Baden-Württemberg – Drucksache 15/7689**

Dazu rufe ich den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/8004, mit auf.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion eine zusätzliche Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Wolf.

**Abg. Guido Wolf** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Asyldebatte, die Frage der Unterbringung von Flüchtlingen, beschäftigt die Menschen in Baden-Württemberg unverändert. Die furchtbaren Ereignisse der Silvesternacht haben natürlich auch noch einmal zu einem völlig neuen Bewusstsein, zu einem ganz anderen Umgang mit all diesen Fragen geführt. Ja, diese Ereignisse der Silvesternacht waren so etwas wie eine Zeitenwende.

Warum waren sie das? Weil viele Menschen nach den Ereignissen in Köln, Hamburg, aber auch hier bei uns in Stuttgart das Gefühl haben, dass in dieser Flüchtlingsdebatte die Transparenz fehlt. Warum sind diese Ereignisse erst Tage später in vollem Umfang ans Licht gekommen? Viele Menschen haben den Eindruck, dass die Risiken der Zuwanderung kleingeredet worden sind, und viele Menschen wollen, dass wir jetzt die Probleme mit Asylsuchenden und Flüchtlingen bei all den Chancen, die wir bei dieser Diskussion nicht ausblenden, klar benennen.

Unsere Große Anfrage hat für diese neue Debatte wichtige Fakten geliefert. Herr Ministerpräsident, bei allem, was diese Landesregierung und was auch Sie immer wieder vorgeben, in dieser Frage richtig zu tun, hat diese Große Anfrage natürlich schon bemerkenswerte, ja bedrückende Erkenntnisse an den Tag gebracht.

15 000 Asylbewerber sind aktuell unregistriert in Baden-Württemberg unterwegs,

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Personen, von denen niemand weiß, woher sie kommen, wer sie sind und was sie hier wollen. Das ist einer der Umstände, das ist eine der Entwicklungen, die wir hier in Baden-Württemberg schnellstmöglich beenden müssen, und das ist die Verantwortung dieser grün-roten Landesregierung.

(Zurufe von der SPD: Nein! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist die Verantwortung von Deutschland!)

Die Menschen müssen wissen, wer sich in diesem Land aufhält.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Oder nehmen Sie ein anderes Beispiel: die Duldungen. Das betrifft Personen, die kein Asyl bekommen haben und auch keine Flüchtlinge sind, aber dennoch irgendwie hierbleiben. Ausweislich der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage sind rund 10 000 – exakt 9 638 – dieser geduldeten Personen in Baden-Württemberg. Sie stammen aus einem sicheren Herkunftsland. Wir fragen uns schon, warum diese Menschen geduldet sind, wenn es bei ihnen daheim sicher ist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das wissen Sie doch!)

Herr Kretschmann, Sie haben im TV-Duell treuherzig behauptet: „Wir schieben die ab, die wir abschieben können.“ Nein, das tun Sie nicht. Eine unverändert hohe und noch wachsende Zahl von Menschen, auch aus sicheren Herkunftsländern, halten sich hier ohne Aufenthaltstitel auf. Die Landesregie-

rung schiebt nicht ab. Das kritisieren wir, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Sie verzögern unverändert die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen, obwohl Sie sich doch im Schulterschluss mit der Kanzlerin verständigt haben, all das umzusetzen, was im Paket enthalten ist, das die Große Koalition in Berlin geschnürt hat. Aber vielleicht gibt es dafür ja auch eine Begründung.

Meine Damen und Herren, es ist schon bemerkenswert, wenn man sich nochmals die Rede des Ministerpräsidenten vor Augen führt, die er im September 2014 im Bundesrat gehalten hat,

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

als es darum ging, die Zustimmung Baden-Württembergs zum Asylkompromiss I, nämlich zur Einstufung einiger Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer, zu gewinnen. Damals hat Winfried Kretschmann gesagt – ich zitiere –:

*Uns ist es in langen und harten Verhandlungen gelungen, wirklich substanzielle Verbesserungen für die hier lebenden Flüchtlinge zu erreichen. Wir konnten durchsetzen, dass die Residenzpflicht für Flüchtlinge deutschlandweit abgeschafft wird. Asylbewerber sind dann nicht mehr gezwungen, sich an einem bestimmten Ort aufzuhalten.*

Dafür haben Sie sich gerühmt: für etwas, bei dem wir heute dringend Veränderungen bräuchten und was heute Teil des Problems ist, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber es geht noch weiter. In der damaligen Rede hat Winfried Kretschmann gesagt:

*Außerdem haben wir einen wichtigen Fortschritt bei den Geldleistungen errungen. Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht bislang einen Vorrang für Sachleistungen vor. Das ist beschämend, weil die Flüchtlinge sich dadurch Dinge des täglichen Bedarfs wie Essen oder Kleidung nicht selbst aussuchen können. Das ändert sich nun: In Zukunft wird es einen Vorrang für Geldleistungen geben.*

So Winfried Kretschmann im September 2014, als es darum ging, endlich weitere Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Das war der Preis, den Sie verhandelt haben, und dafür tragen Sie die Verantwortung, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir brauchen endlich eine konsequente Politik, die auch eine nachhaltige Reduzierung der Flüchtlingszahlen gewährleistet, und eine Politik, die Sicherheit in Baden-Württemberg, insbesondere auch rings um die Flüchtlingsunterkünfte, gewährleistet.

(Guido Wolf)

Deshalb geht es erstens darum, dass wir die Polizei stärken. Wir wollen 1 500 neue Stellen bei der Polizei einrichten, denn in der Flüchtlingskrise brauchen wir mehr Polizei.

Zweitens: Wir werden die Einführung der Gesundheitskarte stoppen. Der Städtetag hat es am Montag nochmals klar gesagt: Mit der Gesundheitskarte verlieren die Kommunen die Kontrolle über die Kosten der medizinischen Behandlung.

Drittens: Wir werden uns für Transitzonen einsetzen. Das wollten CDU und CSU vor Monaten. Die SPD hat es ausgebremst. Wir brauchen die Kontrollen an den Außengrenzen, um schnelle Rückführungen zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fust-Blei SPD)

Viertens: Wir werden die Geldauszahlung an den Erstaufnahmestellen stoppen, indem wir den konsequenten Umstieg von Geld- auf Sachleistungen vorantreiben und falsche Anreize in unserem Land endgültig abschaffen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Fünftens: Wir werden das verschärfen, Herr Ministerpräsident, was Sie im September 2014 fälschlicherweise herausverhandelt haben, nämlich die Residenzpflicht. Diese brauchen wir zwingend und dringend. Während eines Asylverfahrens muss jederzeit die Möglichkeit bestehen, zu wissen, wo sich ein Asylbewerber aufhält, um das Verfahren auch beschleunigen zu können.

Sechstens: Wir werden uns für weitere sichere Herkunftsländer einsetzen.

Meine Damen und Herren, während Herr Kretschmann und die Grünen immer davon gesprochen haben, das sei reine Symbolpolitik, hat sich bei den Balkanstaaten gezeigt, dass die Zugangszahlen seit dem Moment, in dem diese Staaten sichere Herkunftsländer waren, drastisch zurückgegangen sind. Das muss jetzt fortgesetzt werden mit Staaten aus Nordafrika: Marokko, Algerien, Tunesien. Auch sie müssen zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden. Herr Ministerpräsident, kein neuer Kuhhandel, keine taktischen Verzögerungen, Zustimmung jetzt! Das erwarten wir von Grün-Rot in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Ministerpräsident, kommen Sie zu einer glaubwürdigen Politik zurück.

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Fastnacht ist erst nächste Woche!)

Wenn Sie nach all dem, was Sie 2014 mit Blick auf die Residenzpflicht herausverhandelt haben, gestern in der Zeitung erklären,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

die Bundesregierung müsse endlich die rechtliche Grundlage für eine Wohnsitzauflage schaffen,

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

dann muss ich sagen: Hier redet ein Grüner schwarz, ohne dabei rot zu werden. Glaubwürdigkeit sieht anders aus, meine Damen und Herren.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Fraktionsvorsitzender Sitzmann.

(Zuruf von der CDU: Jetzt wird es schwer!)

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wolf, vielleicht ein kleiner Tipp unter Kollegen: Ich finde, Sie sollten dringend die Brille wechseln.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Unterste Schublade!)

Denn mit Ihrer schwarzen Wahlkampfbrille nehmen Sie nur noch das wahr, was in Ihr taktisches Muster passt.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Die Realität in Baden-Württemberg sieht anders aus, Herr Kollege Wolf.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben eine Landesregierung, die verantwortungsvoll und mit Augenmaß dieses Land führt, geführt von unserem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann. Wir haben eine funktionierende Landesverwaltung, geregelte Abläufe

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die habt ihr von uns übernommen!)

und geordnete Verfahren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

In Baden-Württemberg sind im letzten Jahr 185 000 Menschen angekommen, 100 000 sind verblieben. Wir hatten teilweise pro Woche Zugänge von 10 000 bis 12 000 Menschen. Dafür wurden Unterkünfte geschaffen in der Dimension von Spaichingen, Titisee-Neustadt oder Bad Dürrenheim. Meine Damen und Herren, es ist gelungen, dass jeder dieser Menschen ein Dach über dem Kopf, ein Bett, Essen und eine Grundversorgung hat. Das ist eine große Leistung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich danke all denjenigen, die das geleistet haben. Das sind die Beschäftigten in unserer Landesverwaltung, die Taskforce, die vielen Ehrenamtlichen, die Mitarbeiter in den Regierungspräsidien und auf kommunaler Ebene, die Polizei und viele mehr.

Meine Damen und Herren, das ist nicht überall so. Nehmen Sie heute die Meldung aus Berlin, wo die Leute – unter Verantwortung eines CDU-Senators – vor dem LAGeSo tagelang Schlange stehen. Heute ist dort angeblich jemand nach tagelangem Warten sogar verstorben. Wir in Baden-Württemberg haben geordnete Verfahren. Wir haben alle Flüchtlinge untergebracht, und, meine Damen und Herren, alle, die an die Kreise überstellt wurden, waren stets registriert. Daran zeigt sich, ebenso wie an unserem Vorzeigeprojekt in Baden-Württem-

(Edith Sitzmann)

berg, dem Verteilzentrum in Heidelberg, dass diese Landesverwaltung gut funktioniert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nicht umsonst, Herr Kollege Wolf, geben sich Politiker aus Bund und Ländern in Heidelberg die Klinke in die Hand, weil sie das Verteilzentrum sehen wollen, wissen wollen, wie es funktioniert. Sie sind auch voll des Lobes. Ich erinnere an den CDU-Innenminister Thomas de Maizière oder den Chef der Bundesagentur für Arbeit, Herrn Weise.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben die Verantwortung übernommen, wir haben gehandelt – mit Augenmaß und mit einer gut funktionierenden Verwaltung. Da mögen Sie sich hier im Landtag echauffieren, wie Sie wollen, Herr Wolf. Diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen sind nicht das Problem. Vielmehr liegt das Problem

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

– lesen Sie selbst in der entsprechenden dpa-Meldung nach – in der Union, auch bei der CDU in Baden-Württemberg. Der Landesvorsitzende Thomas Strobl hat am 26. Januar über dpa dazu aufgerufen, die CDU in Baden-Württemberg solle doch geschlossen sein. Außerdem sollten die unterschiedlichen Stimmen und das Artikulieren unterschiedlicher Vorschläge eingestellt werden.

Außerdem hat er gesagt, er halte den Asylkurs von Kanzlerin Merkel für richtig. Weiter sagte er, wer den Eindruck erwecke, es gebe den einen Schalter, den man nur umlegen müsse, sei entweder politisch naiv oder ein Scharlatan.

(Zurufe von den Grünen und der SPD – Vereinzelt Beifall)

Vielleicht hat er Sie gemeint, Herr Kollege Wolf, weil Sie vortäuschen, man könne mit einfachen Lösungen Probleme lösen. Das kann nicht funktionieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe)

Meine Damen und Herren, was Sie hier heute als Antrag vorlegen, ist ebenfalls Augenwischerei. Der Ministerpräsident hat immer gesagt: Wenn die Bundesregierung – die hierbei die Zuständigkeit hat – Vorschläge für weitere sichere Herkunftsländer vorlegt, dann wird das von unserer Seite sorgfältig geprüft.

(Zurufe von der CDU)

Wie der Begriff „sichere Herkunftsländer“ schon sagt, muss man prüfen, ob die entsprechenden Länder tatsächlich sicher sind.

(Zuruf von der CDU: Und wie lange braucht man dafür?)

– Es ist Aufgabe der Bundesregierung, Herr Kollege, einen Vorschlag vorzulegen. Das hat sie aber bislang nicht getan. Stattdessen stellen wir fest: Sie irrlüchtern zwischen Julia Klöckner und Horst Seehofer, Herr Wolf,

(Oh-Rufe von der CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

und tun alles, um einen großen Bogen um die Bundeskanzlerin zu machen.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Das ist der falsche Weg. Wir finden, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Flüchtlingspolitik nach wie vor den richtigen Kurs fährt. Bekennen Sie sich endlich dazu, wo Sie eigentlich stehen.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Schmiedel das Wort.

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wenn ein Land vor großen Herausforderungen steht – die europäische Flüchtlingskrise ist eine solche große Herausforderung –, dann erwarten die Bürgerinnen und Bürger, dass diejenigen, die regieren, geschlossen und entschlossen handeln.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Herr Kollege Wolf, die CDU ist in diesem Fall Regierungspartei; denn in Berlin wird entschieden,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

wie mit der Flüchtlingskrise umgegangen wird.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir erleben, dass der Bundestagsabgeordnete von Stetten gemeinsam mit 44 anderen Abgeordneten einen Brief an die Bundeskanzlerin schreibt, in dem gefordert wird, dass alles ganz anders gemacht werden müsse. Daraufhin schreibt der CDU-Kreisverband Schwäbisch Hall einen Brief, in dem sich dieser von Herrn von Stetten distanziert. Nun schreibt Herr Seehofer, er wolle sich als Teil der Koalition selbst verklagen, wenn nicht alles ganz anders werde. Und Sie springen auf jede Eintagsfliege von Herrn Seehofer oder von Frau Klöckner – ein Durcheinander, dass es die Haut anregt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deshalb stelle ich zunächst einmal fest: Sie sind nicht Teil der Lösung, Sie sind Teil des Problems.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir hatten mit dem ersten Asylpaket einen guten gemeinsamen Einstieg, eine gemeinsame Verantwortung der Länderregierungen und der Bundesregierung, verbunden mit der klaren Ansage, dass wir auf eine europäische Lösung dieses Problems abzielen. Europäische Lösung heißt, dass Europa den Ländern unter die Arme greift, die heute einen Großteil der Flüchtlinge aus Syrien unterbringen. Europäische Lösung heißt natürlich auch – das wurde in dem Kompromiss verabredet –, dass jedes Land schaut, dass man mit den angekommenen und den künftig noch ankommenden Flüchtlingen so umgeht, dass sie gut integriert werden.

(Claus Schmiedel)

An diesen drei Punkten halten wir fest; denn es gibt keine Alternative dazu. Die Alternative, die Sie formulieren, indem Sie Herrn Seehofer bzw. Frau Klöckner beispringen, heißt doch, dass wir versuchen sollen, an den bundesdeutschen Grenzen den Flüchtlingszustrom durch Zonen, durch Zentren, durch Tageskontingente oder durch was auch immer zu regulieren. Damit würde man jedoch die Axt an einer gemeinsamen politischen Lösung auf europäischer Ebene ansetzen.

Wenn Sie das wollen, dann sollten Sie das klipp und klar sagen. Wenn Sie das jedoch nicht wollen, dann sollten Sie die Bundesregierung bzw. konkret die Bundeskanzlerin und den Bundesaußenminister unterstützen, die alles daransetzen, die selbstverständlich notwendige Reduzierung der Flüchtlingsströme durch dieses europäische Paket hinzubekommen. Damit wird nämlich die Ursache des Problems angegangen. Die Strategie muss sein, die Flüchtlinge dort zu unterstützen, wo sie angekommen sind, die Fluchtursachen in Syrien zu beseitigen und die Menschen in Europa zu verteilen und anständig zu integrieren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie sind – das haben Sie gezeigt – momentan etwas im Angriffsmodus. Sie bringen aber die Dinge etwas durcheinander.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei der CDU)

Die Aufhebung der Residenzpflicht, wie es sie früher gab, bedeutet nicht, dass jemand, der sich in der Erstaufnahme oder in der vorläufigen Unterbringung befindet, keinen festen, zugewiesenen Wohnsitz hat. Er ist nicht frei, seinen Wohnsitz zu wählen. Wenn er jedoch seine Unterkunft in Ludwigsburg hatte, dann konnte er nicht in die Landeshauptstadt Stuttgart, weil er dann die Kreisgrenze überschritten hätte.

(Zurufe von der CDU)

Wo ist denn eigentlich das Problem? Wo ist denn Ihr Problem, wenn jemand mit der S-Bahn von Ludwigsburg nach Stuttgart und wieder zurück fährt?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Worüber wir reden, hat mit der Residenzpflicht gar nichts zu tun. Die Bundesregierung wird dies auch einführen, und dem stimmen wir natürlich zu. Es geht darum, für diejenigen, die ihre Verfahren durchlaufen haben und die dann in die Anschlussunterbringung kommen – die haben auch keine Residenzpflicht gehabt –, eine Wohnsitzauflage zu schaffen, damit wir eine möglichst gleichmäßige Verteilung in unserem Land hinbekommen, um zu vermeiden, dass große Städte überfordert sind, weil alles in die Ballungsräume strömt. Das ist etwas völlig anderes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Aber selbst dann, wenn jemand eine Wohnsitzauflage hat, kann er natürlich mit der S-Bahn nach Stuttgart und wieder zurück fahren.

Darüber hinaus haben Sie gesagt, Sie würden in der Erstaufnahme ab sofort kein Geld mehr auszahlen. Sie kennen aber doch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Wir sind hier

doch gar nicht frei. Es geht darum, ein Taschengeld auszubehalten, um die eigenen kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen. Wollen Sie einfach ratzfatz ignorieren, was uns das Bundesverfassungsgericht vorgibt? Das ist doch keine seriöse Politik. Das ist doch Stammtisch.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Außerdem haben Sie wieder einmal die Stärken der Polizei ins Spiel gebracht. Jetzt will ich Ihnen zum Schluss einmal vorhalten, wie das bei Ihnen war und wie es bei uns ist.

(Der Redner hält ein Schriftstück hoch.)

Das sind die Polizeieinstellungen unter Schwarz-Gelb.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD zu CDU und FDP/DVP: Hingucken! Lernen!)

Die Kurve verläuft flach. Unter Grün-Rot sehen Sie eine aufsteigende Kurve. Außerdem zeigt sich eine steil aufsteigende Kurve bei der Polizeistärke insgesamt von 2011 bis heute. Das heißt, Sie haben Beamte entlassen, wir hingegen haben neue Beamte eingestellt und dadurch die Stärke der Polizei erhöht; und so setzen wir das fort. Das heißt, wir stellen uns der Aufgabe, Sie aber reden nur.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie verwechseln Ursache und Wirkung!)

**Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wolf, zunächst darf ich sagen: Meine Fraktion ist dankbar, dass Sie dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben. Denn es ist notwendig, das Organisationschaos anzusprechen, das in der Flüchtlingskrise ausgebrochen ist. Für dieses Organisationschaos im Land Baden-Württemberg ist hauptsächlich die grün-rote Landesregierung verantwortlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Aber, meine Damen und Herren, es ist auch notwendig, an dieser Stelle über die Verantwortung der Bundesregierung zu sprechen. Ich bin dankbar dafür, dass in dieser Debatte deutlich geworden ist, wie die Parteien im baden-württembergischen Landtag zur Flüchtlingspolitik der Kanzlerin stehen. Frau Sitzmann hat verdeutlicht, die Landes-CDU steht hinter Frau Merkel – Sie haben es zumindest laut Herrn Strobl verkündet. Sie selbst haben erklärt, auch die Grünen stehen hinter Frau Merkel. Der Ministerpräsident lässt keine Gelegenheit aus, die Kanzlerin zu loben, und der Kollege Schmiedel hat erklärt: „Jawohl, wir müssen uns hinter die Kanzlerin stellen, wir als Koalitionspartner SPD tun das.“

Ich sage es in aller Deutlichkeit, meine Damen und Herren: Es ist offensichtlich so, dass die FDP/DVP die einzige politische Kraft im Landtag von Baden-Württemberg ist, die nicht hinter der Flüchtlingspolitik dieser Bundeskanzlerin steht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Denn diese Kanzlerin macht eine falsche Politik.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Diese Selfie-Politik der Kanzlerin, die das Signal sendet, alle Flüchtlinge dieser Welt seien in Deutschland willkommen, ist falsch.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Es ist auch falsch gewesen, dass diese Kanzlerin einseitig die Dublin-III-Verordnung aufgekündigt hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Mittlerweile sagen das auch führende Verfassungsrechtler, beispielsweise Herr Papier oder Herr Di Fabio. Sie sagen, da hätte die Kanzlerin eine Entscheidung des Deutschen Bundestags gebraucht. Diese Entscheidung des Deutschen Bundestags hat sie nicht herbeigeführt, und deshalb war es ein Verfassungsbruch, den die Kanzlerin hier begangen hat.

Ich sage daher in aller Deutlichkeit: Wir werden allein in Baden-Württemberg das Problem nicht lösen; wir brauchen auf Bundesebene andere Entscheidungen. Wenn es nicht gelingt, mit den Partnerländern europäische Quoten durchzusetzen, müssen wir zum Dublin-III-Abkommen zurückkehren. Dann muss die Kanzlerin das wiederherstellen, was sie im September 2015 in eigener Machtvollkommenheit aufgekündigt hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Im Übrigen wundere ich mich schon sehr über den Verlauf der Debatte: Seit Wochen und Monaten höre ich, wir könnten die deutschen Grenzen nicht schützen. Es ist immer die Rede davon gewesen, man brauche dazu Stacheldraht und Schießbefehl. Auch der Ministerpräsident hat das behauptet. Jetzt erfahren wir am Wochenende plötzlich von Herrn de Maizière, es würden täglich 100 bis 200 Flüchtlinge zurückgewiesen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Vielleicht gehen die zurück zu anderen Grenzübergängen!)

In den ersten 14 Tagen des Jahres 2016 seien 2 000 Flüchtlinge an den Grenzen zurückgewiesen worden. Meine Damen und Herren, kann mir vielleicht jemand erklären, wie es möglich ist, dass auf der einen Seite behauptet wird, die Grenzen seien nicht zu schützen, und auf der anderen Seite täglich 100 bis 200 Flüchtlinge an der Grenze zurückgewiesen werden? Diese Erklärung würde mich einmal interessieren. Wenn es möglich ist, dies durchzusetzen, dann, meine Damen und Herren, ist es auch möglich, an unserer Grenze das Dublin-III-Abkommen wieder durchzusetzen. Das ist unsere Forderung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Richtig ist auch, dass im Land Baden-Württemberg die Registrierung besser funktionieren muss. Kollege Wolf hat Zahlen genannt, und ich kann noch ergänzen: Es ist die Rede davon, dass 185 000 Flüchtlinge im Jahr 2015 eingereist seien; es gibt aber nur 98 000 Erstanträge. Offensichtlich ist es nicht möglich, zu einer vernünftigen Registrierung zu kommen. Sie

hätten Zeit genug gehabt, daran zu arbeiten, meine Damen und Herren.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das machen wir doch!  
Eine vorbildliche Regelung!)

– Ja, Sie machen doch immer alles, Frau Kollegin Sitzmann. Kollege Schmiedel hat erklärt, wie das mit Ludwigsburg und Stuttgart so ist. Hin und wieder kommt auch ein SPD-Fraktionsvorsitzender von Ludwigsburg nach Stuttgart – meist mit dem Auto, auch wenn Feinstaubalarm ist. Da sagt er dann: „Es ist schön, man kommt gut durch.“

(Heiterkeit bei der CDU)

Wenn Sie dann noch falsch parken, Herr Kollege Schmiedel, sind Sie in Sekundenschnelle als Halter des Fahrzeugs zu ermitteln, und dann erfährt man das auch in Ludwigsburg. Aber bei der Registrierung der Flüchtlinge ist es nicht möglich – nach Monaten nicht.

(Zuruf von der SPD: Was? Unsinn!)

Das ist ein Politikversagen, ein Politikchaos, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Dasselbe gilt für die Abschiebung. Das Staatsministerium hat sich in der Auseinandersetzung mit dem Kollegen Wolf um Zahlen gerühmt: Baden-Württemberg hat über 2 000 Flüchtlinge abgeschoben, fast 2 500 im Jahr 2015, und Bayern 4 500. Meine Damen und Herren, selbst wenn Ihre eigenen Zahlen stimmen, stelle ich fest: Baden-Württemberg schiebt halb so viel ab wie Bayern, Baden-Württemberg ist aber nicht etwa nur halb so groß wie Bayern, sondern größer. Und deshalb haben Sie Nachholbedarf.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Was die sicheren Herkunftsländer anbelangt, kann ich nur wiederholen, was ich bereits am 1. Oktober 2015 im Landtag von Baden-Württemberg im Zusammenhang mit sicheren Herkunftsländern in Nordafrika gesagt habe. Ich zitiere:

*Algerien 0,3 % Schutzquote, Marokko 1,0 %, ... Tunesien 0,2 % ... Es ist notwendig, auch hier zu handeln. Weisen Sie weitere sichere Herkunftsländer aus.*

Das war am 1. Oktober 2015; passiert ist nichts.

(Zurufe der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE und Claus Schmiedel SPD)

Mittlerweile bewegt sich der Herr Ministerpräsident. Vergangene Woche auf der Landespressekonferenz ein typischer Kretschmann: „Ich bin nicht dafür und nicht dagegen.“ Wir würden aber erwarten, Herr Ministerpräsident, dass Sie als Regierungschef dieses Landes in dieser Frage eine Haltung einnehmen.

Aber richtig ist natürlich auch, dass sich die Regierungskoalition in Berlin einigen muss. Die müssen erst einmal einen Vorschlag machen, die müssen sich einigen, die Kanzlerin mit Herrn Gabriel. Dann kann man diesen Vorschlag machen, und dann erwarten wir, dass Grün-Rot in Baden-Württemberg im

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Bundesrat zustimmt. Aber alle können sich nicht einigen; das ist das Problem.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Sowohl im Bund als auch im Land haben wir Politikversagen auf der ganzen Ebene, und deshalb hat die Landesregierung, aber ebenso auch die Bundeskanzlerin Schuld daran, dass diese Situation eskaliert – Politikversagen im Land wie im Bund.

**Präsident Wilfried Klenk:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Innenminister Gall.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Von dem haben wir gar nicht geredet!)

**Innenminister Reinhold Gall:** Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich halte es in der Tat für angebracht, dass ich einmal die Antragsteller der heutigen Aktuellen Debatte daran erinnere, dass wir – das heißt, Christdemokraten und Sozialdemokraten auf der Bundesebene – uns darüber einig gewesen sind – ich hoffe, immer noch sind –, eine gemeinsame Position festzulegen zum Vorgehen bei der Bewältigung der nun wirklich erheblich gestiegenen Zahl von Flüchtlingen und von Asylbewerbern. Die Zahlen kennen Sie – Sie haben sie mit dieser Großen Anfrage abgefragt –: Vom 1. Januar bis 23. September waren es rund 57 000 Asylbewerber, und vom 24. September bis 6. Dezember, dem Tag, an dem wir die Große Anfrage beantwortet hatten, waren es dann zusätzlich 41 000.

Wir haben miteinander ein Maßnahmenpaket vereinbart. Dieses Maßnahmenpaket war Grundlage für die Besprechungsergebnisse der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder, und zwar aller Länder. Das war die Basis dafür, dass es ein Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz gegeben hat, verabschiedet am 24. Oktober, also vor gerade einmal drei Monaten. Drei Monate ist das her.

Was haben Sie gemacht? Sie haben gerade einmal einen Monat später eine Große Anfrage gestellt, mit der Sie versucht haben, deutlich zu machen: Was haben die denn innerhalb eines Monats gemacht oder nicht gemacht?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Genau das wollten wir wissen! – Weitere Zurufe von der CDU, u. a.: Urlaub!)

– Im Gegensatz zu Ihnen war ich im Sommer nicht im Urlaub; nur um das einmal deutlich zu machen. – Sie versuchen, jeden Zipfel zu finden, wo innerhalb dieses Maßnahmenpakets etwas noch nicht umgesetzt worden ist.

Ich sage Ihnen mit allem Selbstbewusstsein: Sie werden kein anderes Bundesland finden – keines! –, dessen Regierung Inhalte dieses Maßnahmenpakets oder aus dem, was sich aus dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz ergeben hat, so schnell und so zügig, so zielführend und so erfolgreich umgesetzt hat wie die Landesregierung von Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Warum haben wir das gemacht? Herr Wolf, Sie haben Zitate – von wem auch immer, auch vom Ministerpräsidenten – u. a. auch aus dem Jahr 2014 gebracht.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist noch nicht so lange her!)

Das mag so sein. Wir dürfen jedenfalls für uns in Anspruch nehmen – das machen wir auch –: Wir stellen uns der Realität.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir auch!)

Die Realität sieht nun einmal im September, Oktober, November, Dezember und heute anders aus als im Jahr 2014.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ja, klar!)

Deshalb haben wir die entsprechenden Maßnahmen in die Wege geleitet.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen: Wenn Sie meinen, uns kritisieren zu können, dass beispielsweise das eine oder andere noch nicht so läuft, wie es denn tatsächlich zu 100 % laufen könnte, dann kritisieren Sie – jedenfalls bei den Beispielen, die Sie heute angeführt haben – überwiegend die Bundesregierung, vor allem den Minister, der in der Bundesregierung dafür Sorge zu tragen hat, dass der Bund seinen Verpflichtungen und Aufgaben dort, wo es um die Schnittstellen der Zusammenarbeit zwischen Bund und Land geht, nachkommt. Das ist Ihr Innenminister, nämlich Thomas de Maizière.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das hat er bis heute nicht begriffen!)

Ich erwähne das nicht gern, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass diese Form der Diskussion und der gegenseitigen Vorhaltungen uns keinen Schritt weiterbringt. Wir, die Landesregierung, sind an einem gemeinsamen Gelingen der Umsetzung des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes interessiert. Gemeinsam sind wir daran interessiert.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja, warum machen Sie dann nichts?)

Fordern Sie daher die Verantwortlichen, die bisher nicht dafür Sorge getragen haben, dass wir beispielsweise im Bereich der Information, der EDV-Ausstattung kompatible Systeme haben, auf zu handeln. An uns, der Landesregierung von Baden-Württemberg, liegt dies jedenfalls nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will schon einmal fragen: Was hat denn in diesen drei Monaten stattgefunden? Nahezu im Tagesrhythmus haben wir – ich will dies gar nicht als Vorschläge bezeichnen – Meinungsäußerungen gehört, Forderungen nach einem Plan B, zwischenzeitlich auch nach einem Plan A2 – eine tolle Erfindung –, Forderungen nach Tagesobergrenzen und nach Transitzonen.

(Glocke des Präsidenten)

(Minister Reinhold Gall)

Teile der Koalition wollen die eigene Regierung verklagen. 44 Abgeordnete schreiben einen Brief an die Kanzlerin – eine große Tat, wie ich finde. Der Kreisverband von Herrn Rüeck beschwert sich über seinen Abgeordneten. Das sind im Prinzip Dinge, bei denen ich wirklich sagen muss: Kauder hat recht. Kauder hat nämlich gestern aufgrund dieser ganzen Vorkommnisse gesagt: „Schluss mit dem Kasperletheater.“ Er hat Sie gemeint.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Stefan Fust-Blei SPD: Jawohl! – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Karnevalsverein! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Wilfried Klenk:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ulrich Müller?

**Abg. Ulrich Müller CDU:** Herr Minister, Sie haben gerade davon gesprochen, dass die Kooperation beim Datenaustausch unter den Behörden nicht an der Landesregierung scheitern würde. Im Mai vergangenen Jahres gab es einen Antrag von CDU-Abgeordneten, der genau das zum Gegenstand hatte. Dieser wurde damals abgelehnt, u. a. unter Hinweis auf den Datenschutz.

Von uns gab es auch den Vorschlag, dass es so etwas wie einen Flüchtlingsausweis geben sollte. Vor wenigen Wochen habe ich die Integrationsministerin noch einmal darauf angesprochen. Sie sagte, da hätte die Landesregierung dazugelernt.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wo ist die Frage?)

Wo liegt jetzt das Problem? Hätten Sie damals einen Vorschlag von uns aufgegriffen, dann hätten wir eine sehr viel bessere Situation als die, die Sie jetzt beschrieben haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Frage! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein, das ist der Bund!)

**Innenminister Reinhold Gall:** Herr Müller, dem will ich widersprechen. Übrigens gibt es hier zwischen Bund und Ländern – insbesondere zwischen dem Bund und unserem Bundesland – nun wirklich keinen Dissens. Der Bund war damals technisch gar nicht in der Lage, dies umzusetzen. Da helfen politische Forderungen und Anträge gar nichts.

Herr Weise, der federführend für den Bund diese Verantwortung übernommen hat, ist jetzt in der Lage, mit Menschen, die er aus seinem Verantwortungsbereich mitgebracht hat, die technischen Komponenten des Bundes zur Verfügung zu stellen. Da sind wir, übrigens in enger Zusammenarbeit mit dem CIO des Landes Baden-Württemberg, auf einem guten Weg, um Schritt für Schritt besser zu werden. Wir sind schon richtig gut, wie ich finde. Aber auch in diesem Bereich kann es noch ein bisschen besser werden.

Im Übrigen gehöre auch ich zu denen – das will ich auch ausdrücklich sagen –, die es für sehr sinnvoll und gut halten, wenn man in der Politik gelegentlich auch einmal etwas dazulernt. Nur: Wie Sie diese Debatte angelegt haben, macht deutlich, dass Sie nicht dazugehören.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Wilfried Klenk:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Innenminister Reinhold Gall:** Nein, im Moment nicht. – Zu Ihren Bemerkungen zur Residenzpflicht und Wohnpflicht will ich ausdrücklich sagen: Es wäre wahrscheinlich sinnvoller gewesen, gestern in die Fraktion Fachleute einzuladen, die Ihnen Sachkunde geben, was in diesen Bereichen der Unterschied ist, statt Uschi Glas einzuladen. Dann würden Sie nämlich solche Aussagen nicht treffen.

(Heiterkeit und anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe)

Worum ich wirklich bitte – das geht auch in Richtung Herrn Rülke –:

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Ich weiß, mit in den Raum gestellten Zahlen kann man insbesondere bei Wahlkampfveranstaltungen schon Stimmung machen. Ich habe aber einfach die Bitte: Nehmen Sie die Zahlen, die auch stimmen.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Sie haben jetzt beispielsweise auf die Zahl Bezug genommen, die in der Antwort auf die Große Anfrage zu der Frage steht, wie viele Nichtregistrierte es in Baden-Württemberg zum 6. Dezember gab. Dieser Zeitpunkt lag noch in der Anfangsphase, als der Zustrom an Flüchtlingen nun wirklich nicht in geordneten Verhältnissen abgearbeitet werden können. Für den damaligen Zeitpunkt stimmt die Zahl 15 000. Stand heute bewegen wir uns aber etwa in einer Größenordnung von 2 500 Nichtregistrierten. Wir sind also auch in diesem Bereich wesentliche Schritte vorangekommen. Aber auch bei 2 500 Nichtregistrierten liegt in der Tat nicht immer alles in unserem Ermessen.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Denn zugegebenermaßen verhalten sich die Menschen nicht immer so, wie wir es für richtig halten und wie wir es erwarten.

Dass beispielsweise die Zahl der Geduldeten steigt, liegt schlicht und ergreifend auch in der Natur der Sache, weil Abschiebehindernisse, die vor dem September bestanden haben, im Moment natürlich auch noch bestehen. Das wissen Sie doch auch. Da will ich ausdrücklich noch einmal an die Verantwortung des Bundes erinnern – ich stelle es nur fest; ich kritisiere es gar nicht, weil ich weiß, dass es unheimlich schwer ist –,

(Glocke des Präsidenten)

das umzusetzen, was wir seinerzeit vereinbart haben, nämlich beispielsweise eine bundesweite Stelle zu schaffen, die es ermöglicht, Passersatzpapiere auszustellen. Sie wissen ganz genau: Wenn diese Passersatzpapiere nicht vorhanden sind,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dann können wir sie nicht abschieben!)

dann können wir in viele Länder schlicht und ergreifend nicht zurückführen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Wilfried Klenk:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Glück?

**Innenminister Reinhold Gall:** Nein. – Wir haben es innerhalb von zwei Monaten – ich spreche von dem Zeitkorridor November, Dezember – geschafft, organisatorisch in der Lage zu sein, schneller, zügiger zu handeln. Wir haben es beispielsweise durch zusätzliches Personal geschafft, dass die Stellen, die damit beauftragt sind, auch handlungsfähig sind. Wir haben innerhalb von zwei Monaten die Zahl der klassischen Abschiebungen um nahezu 100 % und die Zahl der freiwilligen Rückführungen um 150 % erhöht. Dies ist, wie ich jedenfalls finde, eine beachtliche Leistung derer, die dies vor Ort

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

in den Regierungspräsidien machen. Dafür sollten wir sie und unsere Polizei einmal loben und nicht kritisieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zum Stichwort Wohnsitzpflicht: Es war der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, der sich auf der Ministerpräsidentenkonferenz im September des zurückliegenden Jahres klar zum Thema Wohnsitzpflicht geäußert hat; nur damit hier keine Märchen verbreitet werden.

Meine Bitte ist ganz einfach: Bleiben Sie bei diesem Thema sachlich.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD zur CDU: Bei der Wahrheit bleiben!)

Orientieren wir uns an den Fakten, an den richtigen Zahlen. Lassen Sie es einfach bleiben, hier Stimmung zu machen. Herr Wolf, ich will Ihnen sagen: Ich bin zutiefst überzeugt davon: Auf dem Spielfeld der AfD werden Sie nichts gewinnen.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Wilfried Klenk:** Für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Wolf das Wort.

(Abg. Walter Heiler SPD: Jetzt wird es schwer!)

**Abg. Guido Wolf** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Innenminister, ich finde es bemerkenswert, aus dem Munde eines sozialdemokratischen Innenministers Kritik an die Adresse einer CDU-Fraktion zu hören, die sich in diesen Tagen und Wochen nicht nur ausschließlich mit Fragen der Flüchtlingspolitik befasst, sondern auch damit, dass immer mehr Kinder ohne Frühstück oder mit falscher und schlechter Ernährung in die Schule kommen.

(Oh-Rufe von der SPD)

Dies wirkt sich zudem negativ auf das Lernverhalten aus. Dass wir uns hierüber Gedanken machen – und nicht nur ausschließlich über Flüchtlinge reden – und Sie dies kritisieren, ist bemerkenswert.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD)

Dies erklärt manche demoskopische Entwicklung in den letzten Tagen.

Mit Verlaub, Sie müssen mir – –

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

– Keine Aufregung! Nein, Herr Lede Abal, ich gestatte keine Zwischenfrage.

Sie müssen mir – –

(Zurufe)

– Man merkt, Sie werden unruhig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von den Grünen und der SPD)

Sie müssen uns nicht den Unterschied zwischen Wohnsitzpflicht und Residenzpflicht erklären.

(Zurufe von den Grünen und der SPD – Lebhaftes Unruhe)

Herr Schmiedel, es ist gut, dass Sie noch einmal deutlich gemacht haben, dass Sie nur für die Wohnsitzpflicht, aber nicht für die Residenzpflicht eintreten. Wir sind für die Residenzpflicht,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Natürlich!)

weil wir Asylbewerber in jeder Phase des Verfahrens benötigen, um das Verfahren zu beschleunigen. Wir wollen nicht, dass sie sich im ganzen Land aufhalten können, wir wollen Zugriff, und zwar jederzeit.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Herr Innenminister und Herr Schmiedel, zu all Ihren Tabellen und Skizzen, was die Personalsituation bei der Polizei angeht und was die Präzision von Zahlen angeht, ist zu sagen: Es gibt auch eine von der Polizei selbst erstellte Übersicht, nicht eine von uns gemachte, die die Neueinstellungen der letzten Jahre belegt. Ergebnis: Da ist nichts passiert.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Widerspruch und Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Nachlesen! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD hält ein Schaubild hoch. – Zuruf von der SPD: Sind schon da!)

Sie hätten im Zuge – – Hier ist die von der Polizei gefertigte Darstellung – –

(Glocke des Präsidenten)

Sie hätten im Zuge – –

(Unruhe)

– Moment!

**Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege, kommen Sie rechtzeitig zum Ende.

**Abg. Guido Wolf** CDU: Sie hätten im Zuge der Haushaltsberatungen die Chance gehabt, unserem Antrag, jetzt mit einer ersten Tranche von 300 zusätzlichen Polizeimeisteranwärterstellen einzusteigen, zuzustimmen, um Sorge dafür zu tragen, dass die Polizei wirklich mehr Personal bekommt, welches sie dringend benötigt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Daniel Andreas Lede  
Abal GRÜNE: Wer begründet jetzt den Antrag?)

**Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Frau Ministerin Krebs? – Frau Ministerin Krebs, bitte.

(Zuruf von der SPD: Zum Glück!)

**Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs:** Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Präsident! Ich möchte eine Sache noch einmal in aller Deutlichkeit erläutern, weil diese in der Debatte immer wieder angeführt wurde.

Wir haben bereits im ersten Paket Asylkompromiss, das ich selbst für die Landesregierung mitverhandelt habe, in völliger Einigkeit festgelegt, dass die Residenzpflicht selbstverständlich während des Aufenthalts in der Erstaufnahme gilt. Sie wird, wenn die Erstaufnahme beendet ist, durch eine Wohnsitzauflage abgelöst.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Eben!)

Des Weiteren wurde vereinbart – da bestand völlige Einigkeit –, dass die Residenzpflicht auch wieder in Kraft gesetzt werden kann erstens, wenn bei einem Bewerber Problemanzeigen vorliegen, oder zweitens, wenn eine Abschiebung ins Visier genommen wird. Das heißt, in den ersten Vorbereitungsphasen einer Abschiebung kann sofort die Residenzpflicht wieder in Kraft gesetzt werden.

(Glocke des Präsidenten)

Dasselbe gilt für das Thema Sachleistungen. Es war völlig unstrittig, dass in der Zeit der Erstaufnahme der Vorrang des Sachleistungsprinzips gilt und der Wechsel – –

(Zurufe von der CDU)

– Es wäre gut, zuzuhören, wenn ich hier etwas erläutere.

**Präsident Wilfried Klenk:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Zimmermann?

**Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs:** Im Moment noch nicht. Im Anschluss an meine Ausführungen beantworte ich sie gern.

**Präsident Wilfried Klenk:** Dann ist es keine Zwischenfrage mehr. Also nein.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Im Anschluss!)

**Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs:** Es wäre gut, wenn Sie einen Moment zuhören, wenn Sachverhalte von Ihnen immer wieder öffentlich falsch dargestellt werden und ich dann versuche, ganz sachlich den Sachstand zu erläutern.

Denn Sie wollen sicherlich in der Öffentlichkeit nicht die Unwahrheit erzählen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da wäre ich mir nicht sicher!)

Noch zum Schluss, zur Vervollständigung: Es ist völlig unbestritten, dass während des Aufenthalts in der Erstaufnahme das Sachleistungsprinzip gilt. Die Umstellung auf den Vorrang des Geldleistungsprinzips erfolgt erst nach Beendigung der Erstaufnahme. Nur um einmal alle Fakten an einem Stück klarzustellen.

Jetzt gestatte ich gern die Zwischenfrage.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt kommt der Oberkasper!)

**Präsident Wilfried Klenk:** Also, Kollege Zimmermann, Sie dürfen noch eine Frage stellen.

**Abg. Karl Zimmermann** CDU: Herzlichen Dank, Frau Ministerin. – Nachdem der zuständige Minister mir die Frage nicht zugestanden hat, stelle ich sie nun Ihnen. Drei Fragen haben sich bereits angehäuft.

Erstens: Können Sie sich erklären, wie ursprünglich 15 000 – so der Minister – Unregistrierte plötzlich irgendwie erfasst wurden und es jetzt nur noch 2 500 sind?

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Haben die sich jetzt freiwillig gemeldet? Das würde mich jetzt schon einmal interessieren, wie das funktioniert.

Zweitens: Trifft es zu, dass die Landesregierung Abschiebungen – in Klammern: Rückführungen – angekündigt hat – mit der Folge, dass die Leute nicht immer angetroffen wurden – und diese Ankündigungen seit dem Jahresende nicht mehr erfolgen?

Drittens: Trifft es zu, dass bei Nichtantreffen der vollständigen Familie – aller Familienmitglieder komplett – von einer Abschiebung dann abgesehen wird?

**Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs:** Sehr geehrter Herr Abg. Zimmermann, ich beantworte die Fragen gern.

Zur ersten Frage, wie es kommt, dass eine große Zahl von Leuten registriert worden sind, die vorher unregistriert waren: Hierzu gibt es verschiedene Pressemeldungen, aus denen Sie entnehmen konnten, dass das Registrierzentrum in Heidelberg eingerichtet wurde. Dieses betreibt ein sehr effektives Registrierungsverfahren. Aus den LEAs, z. B. in Freiburg, wo ich privat wohne, wurden die Personen sukzessive zur Registrierung nach Heidelberg oder in andere Registrierungsstellen gebracht. Insofern wird das Registrierungsverfahren beschleunigt, sodass erstens bei den neu Ankommenden nach Möglichkeit kein Unregistriertenrückstau mehr entsteht und zweitens bestehende Nichtregistrierungen abgebaut werden. Das konnten Sie in öffentlichen Verlautbarungen bereits sehr gut nachlesen.

(Ministerin Silke Krebs)

Zur zweiten Frage müssen Sie mir noch kurz ein Stichwort sagen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ankündigung!)

Ankündigung der Abschiebung. Erstens: Bei dieser Frage herrscht völlige Transparenz. Wir haben bereits öffentlich gemacht, was die humanitären Kriterien sind, die die Landesregierung bei Abschiebungen beachtet. Das ist übrigens nichts, was wir uns in irgendeiner Runde ausgedacht hätten, sondern hierzu liegen unzählige Gerichtsurteile und Entscheidungen vor, aus denen sich ergibt, in welchen Fällen Abschiebungen nicht zulässig sind. Diese haben wir in einem Kriterienkatalog zusammengestellt, der die Rechtsgrundlage wiedergibt, wann Abschiebungen zulässig sind und wann diese nicht zulässig sind.

Es ist richtig, dass es das erwähnte Prinzip gab, eine Abschiebung in der Regel anzukündigen. Sie wissen alle – ganz parteiunabhängig –, dass es oft erhebliche Verstimmungen über Familien, die ohne Vorahnung, ohne Gepäck, ohne ihre Dokumente usw. abgeschoben wurden, gegeben hat. Sie kennen diese Geschichten. Dies hat in der Regel Unwillen hervorgerufen – jenseits von Parteizugehörigkeit. Es ist aber auch richtig, dass wir den Vorrang der Angekündigtheit revidiert haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Warum haben Sie das gemacht?)

– Wenn Sie mich gerade den Satz fertig sagen lassen, dann kommt genau das. – Der Grund war, dass die Antreffzahlen bei Ankündigung so gering sind. Deshalb haben wir jetzt das umgekehrte Prinzip. Nur wenn besondere humanitäre Gründe vorliegen, insbesondere bei Familien mit vielen Kindern, werden Abschiebungen angekündigt. – Das war der zweite Punkt.

Auch für den dritten Punkt müssten Sie mir wieder ein Stichwort geben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn nicht die komplette Familie angetroffen wird! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist eine Selbstverständlichkeit!)

– Ja, genau, danke. – Genau dies lässt sich auch in den Abschiebekriterien nachlesen. Wir haben ausgeschlossen, dass wir Kinder komplett von ihren Eltern trennen, dass also praktisch die Kinder ohne auch nur einen einzigen Elternteil irgendwo hingebacht werden. Selbstverständlich gibt es keine Regel, nach der man nur die komplette Familie abschieben könnte, sondern es geht darum, dass ein Elternteil bei den Kindern sein muss. Im Übrigen ist dies bereits eine weite Auslegung der geltenden Rechtslage, da es einen hohen Schutz des Familienzusammenhalts gibt. Rein rechtlich darf man Kinder nur für eine begrenzte Zeit von ihren Eltern trennen. Rein rechtlich dürfen wir dies also nicht auf Dauer machen. Wir haben das aber jetzt so interpretiert – damit haben wir uns zugegebenermaßen an den Rand der Rechtslage begeben –, dass, solange ein Elternteil dabei ist, eine Abschiebung vollzogen wird. Der andere Elternteil muss dann halt versuchen, zeitnah wieder zu seiner Familie zu stoßen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Stimmt in der Realität nicht! – Gegenruf des Ministers Franz Untersteller: Ach komm! Hör doch auf!)

Ich denke und hoffe, dass wir da jetzt in einige Fragen ein bisschen Sachgrund einziehen konnten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen.

Wir haben noch über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/8004, abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmt – –

(Abg. Volker Schebesta CDU meldet sich. – Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Präsident, wir beantragen namentliche Abstimmung über den Antrag!)

– Es ist namentliche Abstimmung beantragt.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE zur CDU: Brauchen Sie einen Disziplinierer in der eigenen Fraktion? – Weitere Zurufe – Unruhe)

Meine Damen und Herren, es ist eine namentliche Abstimmung beantragt. Hat der Antrag die in § 99 der Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung durch fünf Abgeordnete? – Davon gehe ich aus.

(Zurufe von der CDU: Ja! – Jawohl!)

Meine Damen und Herren, wer dem Antrag Drucksache 15/8004 zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer den Antrag ablehnt, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthält, der antworte mit „Enthaltung“.

(Unruhe)

Ich bitte den Schriftführer, Herrn Abg. Haußmann, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben D.

Ich bitte um Ruhe während der Abstimmung.

(Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, nun das Abstimmungsergebnis festzustellen.

(Aus zählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, wenn Sie einverstanden sind, würde ich bis zur Feststellung des Ergebnisses in der Tagesordnung fortfahren. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Herzlichen Dank.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Auf die Lehrer kommt es an – Bildung muss auch künftig der Investitionsschwerpunkt im Landeshaushalt sein – beantragt von der Fraktion der SPD**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt.

(Präsident Wilfried Klenk)

Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei. – Bitte schön.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! In der Tat: Auf den Lehrer kommt es an, auf die Lehrerin kommt es an. Das ist ein zentraler Befund, den wir schon lange vor der Hattie-Studie – und nicht nur durch diese Studie – kannten. Aber für uns, die SPD, ist auch klar: Gute Bildung gibt es nicht zum Nulltarif.

(Zuruf von den Grünen: Ja!)

Deswegen hat die grün-rote Landesregierung in den vergangenen fünf Jahren Bildungsinvestitionen einen klaren Vorrang gegeben. Der Kultusetat wird in diesem Jahr erstmals die Grenze von 10 Milliarden € überschreiten. Das hat es in Baden-Württemberg zuvor noch nicht gegeben. Ich darf mich daher heute auch ausdrücklich bei Finanzminister Dr. Nils Schmid bedanken, der diese Investitionen durch seine kluge und solide Haushaltsführung erst möglich gemacht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Er lacht selbst!)

Deshalb befinden sich die Lehrereinstellungen trotz rückläufiger Schülerzahlen auf einem Rekordniveau.

Liebe Freunde von der CDU und von der FDP/DVP, vielleicht hören Sie in den nächsten Minuten einmal ein bisschen genauer zu.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ja, ja! – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Denn wenn sogar der Philologenverband – der Ihnen tendenziell näher steht als uns – in seiner Mitgliederzeitschrift „Gymnasium Baden-Württemberg“ vom Dezember 2015 dem Kultusministerium bescheinigt, dass der Ausfall des Pflichtunterrichts an öffentlichen Gymnasien – wir versuchen es heute bei Ihnen einmal mit Visualisierung –

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

in den vergangenen fünf Jahren deutlich abgesenkt wurde und der Unterrichtsausfall nur noch auf ein paar wenige Fächer beschränkt ist, dann können Sie hier doch nicht permanent das Gegenteil behaupten. Wir haben wirklich gezeigt, dass wir gerade auch für das Gymnasium viel leisten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Auch beim Abbau der Überstundenwelle bestätigt der Philologenverband: In fünf Jahren wurde die Zahl von 29 000 Überstunden pro Woche, die wir von Ihnen geerbt haben, auf 13 700 gesenkt und damit mehr als halbiert. Mehr als halbiert! Ein nüchterner Blick auf die Zahlen reicht also völlig aus, um zu zeigen: Wir haben den Lehrerinnen und Lehrern in den ver-

gangenen Jahren jene notwendige Unterstützung gegeben – und tun das auch heute –, die Schwarz-Gelb ihnen jahrelang verwehrt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wo Sie versagt haben, Herr Kollege Röhm, nämlich nach einer völlig misslungenen Einführung von G 8, haben wir gehandelt, und wir haben Wort gehalten.

Im Ergebnis: mehr Lehrkräfte, ein eigenständiger Bildungsplan für die Lehrerinnen und Lehrer sowie für die Schülerinnen und Schüler, der eben auch das G 8 entlasten wird, und seit gestern – ganz aktuell – neue Möglichkeiten, um die Qualität des Gymnasiums zu verbessern. Deutlich über 100 Lehrerstellen

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Alles Wahlgeschenke!)

werden von unserem Kultusminister Andreas Stoch bereitgestellt,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

um den Übergang in die Oberstufe zu erleichtern.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Schülerinnen und Schüler erhalten durch zusätzliche Vertiefungsstunden in Mathe, in Deutsch und in den Fremdsprachen eine verbesserte Unterstützung, um besser in die Abiturphase starten zu können.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Der Clou: Das Ministerium erhöht nicht einfach nur die Kontingenzstundenzahl – das hätte nämlich den von der CDU ausgehenden, schavanschen G-8-Stress nur erhöht. Nein, diese Stunden können in Teamteaching, in getrennte Klassen oder auch in Unterrichtung in kleineren Gruppen investiert werden. Mit anderen Worten: mehr Zeit für individuelle Förderung. Das ist richtig so.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine weitere positive Entwicklung bestätigen uns GEW und BLV mit Blick auf den Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizits an beruflichen Schulen. Hier haben wir von Ihnen Jahr für Jahr 5,3 % Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen geerbt. Das ist ein strukturelles Defizit. Wir hingegen sind aktuell bei einer Unterrichtsausfallquote von 1,8 % angekommen. Es ist uns gelungen, das Unterrichtsdefizit an den beruflichen Schulen – Herr Röhm, schauen Sie es sich an – um 66 % zu reduzieren. Das ist wirklich eine herausragende Leistung, auf die wir zu Recht stolz sind.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Stundenkürzung im Ergänzungsbereich an den Gymnasien!)

Eigentlich, Kollege Röhm, müssten Ihnen und der ganzen CDU-Fraktion nach der Meldung vom vergangenen Montag noch die Ohren klingen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Selten hat sich der BLV so deutlich gegen eine CDU-Position gestellt wie in seiner Pressemitteilung vom Montag. Konkret geht es um das wolfsche Versprechen, im Gegensatz zur SPD ohne Evaluation die Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 an allen Gymnasien im Land zu ermöglichen. Ich zitiere aus der Pressemitteilung des BLV:

*Der Ausbau beschädigt strukturell die neu reformierten Realschulen und die beruflichen Schulen.*

Und weiter:

*Der BLV erinnert in diesem Zusammenhang an den*

– ich betone –

*erfolgreichen flächendeckenden Ausbau der beruflichen Gymnasien mit rund 220 Standorten.*

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wieso habt ihr 44 Standorte mit G 9 gemacht? Ihr wart doch diejenigen, die die Schleusen geöffnet haben! Das versteht kein Mensch mehr!)

Und am Ende, Frau Kollegin, lobt der BLV ausdrücklich Kultusminister Andreas Stoch für seine klare und ausgewogene Linie. Konkret lobt er also die Landesregierung und übt offene Kritik an einem erneuten verunglückten Schnellschuss à la Guido Wolf.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Man muss flexibel sein!)

Dabei muss man sich natürlich schon fragen: Steht denn die gesamte CDU hinter der vorschnell verkündeten Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9? Zweifel sind tatsächlich angebracht. Ich verweise auf eine Aussage des Kollegen Schebesta im „Schwäbischen Tagblatt“ vom 7. Dezember 2015: Diese Entscheidung sei – ich zitiere –

*keine Parteientscheidung, sondern eine persönliche Entscheidung des CDU-Spitzenkandidaten Wolf.*

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Nach der Ankündigung, das Bildungssystem bei Regierungsantritt komplett umkrepeln zu wollen, ist das also ein weiterer Alleingang eines schwächelnden Spitzenkandidaten, der von seinen Parteifreunden angezweifelt wird.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war bei Herrn Schmiedel aber auch so!)

Frau Kollegin, hätte Kollege Wolf geschwiegen, wäre er Dichter und vielleicht auch Philosoph geblieben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Kommen wir jetzt zu den Realschulen und den Gemeinschaftsschulen. Beide Schularten haben ja ein Dauerabo, bei uns im Haus thematisiert zu werden. Ich möchte heute einmal ausdrücklich den Blick auf das Schüler-Lehrer-Verhältnis der jeweiligen Schulart richten. Konkret: Wie viele Schüler kom-

men auf einen Lehrer? Wie gut ist die jeweilige Schulart ausgestattet?

Eine statistische Analyse zeigt, dass auch hier in den vergangenen Jahren deutliche Verbesserungen erreicht wurden. An der Realschule hat sich das Schüler-Lehrer-Verhältnis von 17,6 im Jahr 2011 auf jetzt 16,5 deutlich verbessert. An der Gemeinschaftsschule hat sich das Verhältnis in dieser Zeit von 16,3 auf 15,1 verbessert. An den Gymnasien hat sich das Verhältnis von 14,6 auf 14,0 verbessert. Tatsache ist, dass die größten Verbesserungen in der Schüler-Lehrer-Relation bei den Realschulen und den Gemeinschaftsschulen gelungen sind, aber die beste Schüler-Lehrer-Relation immer noch an den Gymnasien vorliegt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie auch noch etwas zum Klassenteiler!)

Merken Sie etwas? Herr Röhm, Ihre Legende von der Bevorzugung der Gemeinschaftsschule löst sich bei diesen Zahlen in Luft auf.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Klassenteiler!)

Denn die beste Lehrerversorgung gibt es immer noch an den Gymnasien.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Sandra Boser GRÜNE – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sprechen Sie mal übers Geld!)

Richtig ist auch, dass Realschulen und Gemeinschaftsschulen aufholen konnten. Für die Realschulen wird sich dieser Wert sogar noch verbessern, wenn wir nämlich mit unserem „Zukunftskonzept Realschule“ die Zahl der Poolstunden auf zehn erhöhen werden.

Aber auch auf die Entwicklung bei der Gemeinschaftsschule sind wir zu Recht stolz.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das haben wir letzte Woche gesehen!)

Natürlich läuft noch nicht alles ideal.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Zeigen Sie mir einmal eine Schule – auch von den traditionellen Schularten –, an der alles ideal läuft.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! – Staatssekretär Jürgen Walter: Immerhin gibt es Konzepte! – Gegenruf des Abg. Klaus Herrmann CDU: Das pädagogische Konzept ist gescheitert!)

Nach drei Jahren wäre das auch noch nicht zu erwarten.

Nicht ohne Grund setzen wir bei allen Schulen auf Qualitätsentwicklung und Evaluation. Aber wir freuen uns ausdrücklich über das Lob für die Lehrerinnen und Lehrer in der Studie, in der letzte Woche deutlich zum Ausdruck gebracht wurde, dass die Gemeinschaftsschule auch leistungsstarken Schülerinnen und Schülern gerecht wird. Denn wie oft hat z. B. Kollege Rülke hier an diesem Pult versucht, die Leistungsfähigkeit der Gemeinschaftsschulen in den Schmutz zu ziehen? Das Gegenteil wäre angebracht.

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Auch weitere Befunde nehmen wir natürlich ernst, gerade mit Hinweis auf leistungsschwächere Schüler. Aber wir wissen, dass wir uns auf die engagierten Lehrerinnen und Lehrer an den Gemeinschaftsschulen verlassen können, und wir werden sie durch Fortbildungsmaßnahmen auch weiterhin unterstützen.

Kolleginnen und Kollegen, ich stelle fest: Die grün-rote Koalition unterstützt eine verbesserte Unterrichtsversorgung an allen Schularten. Dies ist die Basis für Bildungserfolg. Warum ist diese positive Gesamtentwicklung überhaupt möglich? Weil wir Ihre finanzielle Erblast abgebaut haben, weil wir Ihre Lehrerstellenstreichungsorgie gestoppt und ins Gegenteil verkehrt haben.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Dies verdanken wir dem Einsatz von Nils Schmid und Andreas Stoch.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

Denn wir brauchen – ich bin gleich am Ende – nicht weniger Lehrer, sondern mehr Lehrer. Die zahlreichen Aufgaben, über die ich noch gar nicht reden konnte, kommen ja noch on top. Ich nenne die Bereiche Ganztagschule, Inklusion, Integration von Flüchtlingskindern. Das sind große Aufgaben, auf die ich mich aufgrund der begrenzten Redezeit nicht beziehen konnte. Aber wir, die SPD, halten klar an dem Ziel fest, Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zu fördern. Da unterscheiden wir uns klar von Ihnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie vernachlässigen die Schwachen!)

Heute stehen über 1 Milliarde € mehr im Kultushaushalt bereit als unter Schwarz-Gelb. Das haben SPD und Grüne erreicht. Das spricht eine klare Sprache. Bei uns geht es nämlich um Stellen nach Bedarf und nicht nach Kassenlage. Aufbau statt Raubbau bei Lehrerstellen, dafür steht die SPD.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD:** Ja.

**Präsident Wilfried Klenk:** Kollegin Gurr-Hirsch, bitte.

**Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU:** Sehr geehrter Herr Kollege Fulst-Blei, Sie haben sich gerade an Ihren Erfolgen berauscht.

(Zurufe von der SPD)

Wie erklären Sie sich die Tatsache, dass in fünf Jahren Ihrer Regentschaft –

(Abg. Walter Heiler SPD: „Regentschaft“! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Vielleicht lassen Sie mich ausreden.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das ist euer Staatsverständnis! – Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Wilfried Klenk:** Frau Kollegin, bitte, Sie haben das Wort.

**Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU:** Wie erklären Sie sich, dass Sie in fünf Jahren grün-roter Verantwortung den Anteil der Privatschulen an der Schülerschaft von 7 auf 10 % nach oben getrieben haben? Ist das ein Ausdruck von Zufriedenheit, wenn sich die Schüler von der staatlichen Schule abwenden?

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD:** Frau Kollegin Gurr-Hirsch, bei allem Respekt: Das ist genau das, was mich bei der CDU wirklich ein bisschen abnervt. Sie stellen Zahlen so dar und vergessen vorher – – Wenn Sie sich die Dynamik der Privatschulentwicklung seit Mitte der Neunzigerjahre anschauen,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es ist aber so!)

dann werden Sie feststellen, dass die Zuwächse über die Zeit im Grunde seit Anfang der Zweitausenderjahre konstant sind. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass es zu einer Dynamisierung aufgrund unserer Politik gekommen ist,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Komisch, dass der Anteil trotzdem gestiegen ist!)

weil nämlich die Zuwächse seit 2011 auf dem gleichen Niveau wie vorher sind. Das stimmt also nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Keine Antwort!)

**Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich kurz zu **Punkt 1** der Tagesordnung zurückkommen:

**Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Sachstandserhebung zu seit 24. Oktober 2015 geltenden Änderungen des Asylrechts in Baden-Württemberg – Drucksache 15/7689**

Ich darf das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt geben:

An der Abstimmung haben sich 136 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 66 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein haben 70 Abgeordnete gestimmt.*

Damit ist der Antrag Drucksache 15/8004 abgelehnt.

\*

Mit J a haben gestimmt:

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Elke Brunnemer, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Dr. Marianne Engeser, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Friedlinde Gurr-Hirsch, Peter Hauk, Klaus Herrmann, Dieter Hillebrand, Bernd Hitzler, Manfred Hollenbach, Karl Klein, Wilfried Klenk, Rudolf Köberle, Joachim Kößler, Thaddäus Kunzmann, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Paul Locherer, Dr. Reinhard Löffler, Ulrich Lusche, Winfried Mack, Bettina Meier-Augenstein, Ulrich Müller, Paul

(Präsident Wilfried Klenk)

Nemeth, Claus Paal, Günther-Martin Pauli, Matthias Präfrock, Werner Raab, Dr. Patrick Rapp, Helmut Rau, Nicole Razavi, Heribert Rech, Dr. Wolfgang Reinhart, Wolfgang Reuther, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Helmut Walter Rüeck, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Jutta Schiller, Viktoria Schmid, Peter Schneider, Felix Schreiner, Katrin Schütz, Marcel Schwehr, Willi Stächele, Dr. Monika Stolz, Gerhard Stratthaus, Stefan Teufel, Alexander Throm, Karl Traub, Georg Wacker, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

FDP/DVP: Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Dr. Timm Kern, Niko Reith, Dr. Hans-Ulrich Rülke.

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Beate Böhlen, Sandra Boser, Jürgen Filius, Josef Frey, Jörg Fritz, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Manfred Kern, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Lede Abal, Siegfried Lehmann, Andrea Lindlohr, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Thomas Marwein, Bärbl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Wolfgang Raufelder, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Alexander Salomon, Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr, Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Alexander Schoch, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Edith Sitzmann, Dr. Gisela Splett, Nikolaus Tschenk, Franz Untersteller, Jürgen Walter.

SPD: Katrin Altpeter, Christoph Bayer, Sascha Binder, Hans Heribert Blättgen, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulst-Blei, Thomas Funk, Reinhold Gall, Anneke Graner, Gernot Gruber, Rosa Grünstein, Hidir Gürakar, Hans-Martin Haller, Rita Haller-Haid, Helen Heberer, Walter Heiler, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Klaus Käppeler, Gerhard Kleinböck, Klaus Maier, Georg Nelius, Thomas Reusch-Frey, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Nikolaos Sakellariou, Dr. Nils Schmid, Claus Schmiedel, Rainer Stickelberger, Johannes Stober, Andreas Stoch, Hans-Peter Storz, Florian Wahl, Sabine Wölfle.

\*

Punkt 1 der Tagesordnung ist erledigt.

Jetzt setzen wir **Tagesordnungspunkt 2** fort:

**Aktuelle Debatte – Auf die Lehrer kommt es an – Bildung muss auch künftig der Investitionsschwerpunkt im Landeshaushalt sein – beantragt von der Fraktion der SPD**

Herr Kollege Schebesta, Sie haben das Wort.

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wissen Sie, Herr Fulst-Blei, Sie waren in der vergangenen Legislaturperiode noch nicht in diesem Landtag. Aber damals hat es geheißen: „Wählt Rot, wählt Grün, dann hört diese Tendenz zum Besuch einer Privatschule auf.“ Nichts ist passiert! Ihre Politik hat keinen Erfolg gebracht, genau in den Punkten, die Sie immer selbst als Kriterium gewählt haben.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

„Auf die Lehrer kommt es an“, heißt es in der Überschrift dieser Aktuellen Debatte. Ich hätte mir erstens gedacht, dass es von der SPD geheißen hätte: „Auf die Lehrerinnen und Lehrer kommt es an“.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich hätte mir jedoch vor allem gedacht, Herr Fulst-Blei, dass Sie dann eine andere Rede halten, statt hier nur über Geld und Finanzen zu sprechen. Wenn es auf die Lehrerinnen und Lehrer ankommt, müssen wir uns schon einmal mit dem, was Sie für die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer an Unterstützung gewährt haben, beschäftigen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

und uns darüber unterhalten. Sie haben eben nicht danach gehandelt.

Es kommt auf die Lehrerinnen und Lehrer an, nicht auf die Schulstruktur. Sie haben uns zu Beginn dieser Legislaturperiode und bis weit in die Legislaturperiode hinein – in einigen Reden bis heute – weismachen wollen: Führen wir nur die Gemeinschaftsschule als neue Schulart ein, ersetzen wir nur alle anderen Schularten durch die Gemeinschaftsschule – allein dadurch verbessert sich schon die Bildung in unserem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! So ist es! Ganz genau so ist es!)

Was für einen Titel hätte die Aktuelle Debatte eigentlich bekommen, wenn die Studie zu den Gemeinschaftsschulen in der vergangenen Woche wirklich gut ausgefallen wäre? Was hätten wir dann eigentlich gehört? Jetzt erinnern Sie sich daran: Es kommt nicht auf die Schulstruktur an, sondern es kommt auf die Lehrerinnen und Lehrer an –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Eine Binsenweisheit!)

jetzt, da klar ist, dass allein die Einführung der Gemeinschaftsschule keine Verbesserung bringt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie vernachlässigen die Schwachen!)

Die Gemeinschaftsschulen haben keine bessere Unterrichtsqualität, obwohl sie eine sehr viel bessere Unterrichtsversorgung, eine sehr viel bessere Ausstattung haben. Leistungsvergleiche gibt es nicht. Gerade die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Werden vernachlässigt!)

haben Probleme mit dem selbst organisierten Lernen.

Sie sagen, diese Schulen haben doch erst damit angefangen. Als Sie die Starterschulen bekannt gegeben haben, haben Sie gesagt, diese Schulen würden schon jahrelang individuelle Förderung anbieten

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So ist es!)

und sofort mit diesem Konzept anfangen können. In der Studie steht aber auch – „auf die Lehrerinnen und Lehrer kommt es an“ –, dass die Herausforderungen für die Lehrerinnen und Lehrer diese an die Grenze der Überforderung bringen. So geht man nicht mit den Lehrerinnen und Lehrern um. So setzt man kein Konzept um, das der von Ihnen gewählten Überschrift für die Aktuelle Debatte Rechnung trägt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

(Volker Schebesta)

Wir werden deshalb nicht den Fehler machen wie Sie, nach einem Regierungswechsel keinen Stein auf dem anderen zu lassen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das haben Sie aber schon angekündigt!)

Wir werden Weiterentwicklung zulassen, wir werden auch an den Gemeinschaftsschulen eine äußere Differenzierung zulassen, die auch die Gemeinschaftsschulen selbst wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wir werden keine Bildungspolitik auf dem Rücken von Lehrerinnen und Lehrern sowie den Kindern machen.

(Beifall bei der CDU)

Warum noch dieser Titel?

Bei allem, was Sie jetzt noch an positiven Pressemitteilungen zu Details vorgelesen haben, wissen Sie doch ganz genau, dass unter den Lehrerinnen und Lehrern große Unzufriedenheit mit Ihrer Politik herrscht.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Warum haben denn die Lehrerverbände, die Gewerkschaften zu Demonstrationen gegen Ihre Bildungspolitik aufgerufen? Meine Damen und Herren, sie sind demonstrieren gegangen, weil sie Ihre Politik für falsch halten,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Keine Vergangenheitsklitterung!)

und sie haben Ihnen ganz deutliche Worte ins Stammbuch geschrieben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Selbst der Philologenverband nicht!)

Dazu tragen Inhalte bei, dazu trägt natürlich auch bei, was Sie im Dienstrecht getan haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Was muss man sich wundern, wie die Beamtinnen und Beamten Ihnen und der Landesregierung gegenüberstehen, wenn Sie Tarifergebnisse in Jahren, in denen Ihnen das Steuergeld nur so in den Haushalt hineinläuft, nur bis zu einem Jahr zeitversetzt auf die Beamtinnen und Beamten übertragen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Skandal!)

Was müssen die davon halten, und was müssen die jungen Lehrkräfte und diejenigen, die sich um eine Lehrerstelle bewerben, davon halten, dass Sie die Eingangsbesoldung herunterfahren? Und Sie wundern sich dann, dass es schwer wird, auf dem Arbeitsmarkt Lehrerinnen und Lehrer zu gewinnen.

(Beifall bei der CDU)

Dann haben Sie die Dreistigkeit, in diese Überschrift auch noch hineinzuschreiben, Bildung sei ein Investitionsschwerpunkt.

Stichwort Stellenabbau: Sie haben den Abbau von 11 600 Lehrerstellen im Land geplant.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist doch längst abgeräumt durch die SPD!)

– „Abgeräumt“, sagen Sie, hätten Sie das; ich komme gleich darauf. Davon haben Sie über 1 000 Stellen im Jahr 2013 abgebaut, im Jahr 2014 haben Sie eine weitere Tranche abgebaut, und das, was Sie jetzt als „abgeräumt“ bezeichnen, kommt als Ankündigung daher, jedes Jahr über den Lehrstellenabbau neu zu entscheiden. Sie haben nichts abgeräumt, sondern Sie schieben von Jahr zu Jahr eine Entscheidung vor sich her.

(Beifall des Abg. Andreas Deuschle CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir haben aufgebaut!)

Man kann sich dreimal ausdenken, was Sie nach der Wahl 2016 in den nächsten Haushalt hineinschreiben werden. Sie haben schon einmal bewiesen, dass Sie den Bildungshaushalt zum Raubbau heranziehen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Norbert Beck CDU: Hört, hört!)

Das Ergebnis ist: Der Ergänzungsbereich ist heruntergegangen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

die Altersermäßigung ist aufgeschoben, das allgemeine Entlastungskontingent ist reduziert worden. Das alles sind Dinge, die den Lehrerinnen und Lehrern das Arbeiten schwerer machen. Von wegen, auf die Lehrerinnen und Lehrer kommt es bei Ihrer Politik an. Sie haben dem nicht Rechnung getragen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Wenn Sie jetzt von einem Investitionsschwerpunkt sprechen und anführen, dass 10 Milliarden € zum ersten Mal überschritten worden sind, Herr Dr. Fulst-Blei: Sie haben es in fünf Jahren von 2011 bis 2016 noch nicht einmal geschafft, den absoluten Zuwachs der Jahre 2006 bis 2011 im Kultusetat zu erreichen. Noch nicht einmal das! Der Zuwachs in absoluten Zahlen von 2006 bis 2011 war größer als von 2011 bis 2016,

(Abg. Norbert Beck CDU: Also!)

obwohl es Ihnen Geld in die Scheunen gebracht hat, dass es gerade so kracht.

Dann haben Sie den Haushalt aufgebläht.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Wenn jetzt Bildung ein Investitionsschwerpunkt wäre, dann müsste ja eigentlich der Anteil des Bildungsetats am Gesamtetat gestiegen sein. Was ist der Fall? 2006 waren es 23,5 % Ausgaben des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport. 2011 waren es 24,3 %. Der Anteil des Kultusministeriums am Gesamthaushalt war also um 0,8 Prozentpunkte gestiegen.

(Volker Schebesta)

Und 2016? Raten Sie mal! Der Anteil ist von 24,3 % auf 21,9 % gesunken.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Das ist kein Investitionsschwerpunkt. Bildung muss ein Investitionsschwerpunkt sein, und wir werden dafür sorgen, dass er es im Land wieder wird.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Bravo-Rufe)

**Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Kollegin Boser.

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bildung ist unser wichtigstes Kapital. Daher hat Grün-Rot in den vergangenen Jahren die Bildungspolitik in Baden-Württemberg in den Mittelpunkt gestellt.

(Abg. Alexander Throm CDU: Haben Sie gerade zugehört?)

Wir haben uns im Gegensatz zu Ihren Ausführungen, Herr Kollege Schebesta, um alle Politikfelder in der Bildung gekümmert, angefangen bei der Kleinkindbetreuung über die weiterführenden Schulen bis zur Weiterbildung. Denn Bildung ist mehr als nur die Bildung an weiterführenden Schulen. Bildung ist allumfassend, und wir haben uns darum gekümmert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Wir werden diesen Weg in den kommenden Jahren auch fortführen. Wir wollen dabei, wie wir es angefangen haben, bei den Kleinsten beginnen. Wir wollen zuverlässige, qualitativ hochwertige Bildungsangebote. Von Ihnen haben wir überhaupt nichts zu diesem Bereich gehört. Wir haben in den vergangenen Jahren hier sehr viel geleistet. Wir haben den Ausbau der Kleinkindbetreuung endlich vorgebracht – durch die Zuschüsse zu den Betriebskosten –, wir haben aber immer noch eine regional sehr unterschiedliche Ausgestaltung. Für uns wird nach wie vor ein Schwerpunkt sein, familienfreundliche Angebote für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, qualitativ hochwertige Angebote weiter voranzubringen. Dafür wollen wir auch weiter unseren Beitrag leisten.

Der Ausbau der Sprachförderung und die verbesserten Kooperationsmöglichkeiten zwischen Kindergarten und Schule haben auch mehr Qualität in die Kitas gebracht, aber wir sehen auch hier Nachholbedarf.

Damit wir das alles in den vergangenen Jahren haben schaffen können und damit wir in diesem Jahr etwa 700 Millionen € Betriebskostenzuschüsse an die Kommunen zahlen können, haben wir vor vier Jahren die Grunderwerbsteuer erhöht. Damit haben wir dies alles ermöglicht. Jetzt müssten doch eigentlich die Alarmglocken schrillen, wenn man hört, was die CDU mit der Grunderwerbsteuer machen will. Sie wollen die Grunderwerbsteuer für manche Beteiligungen streichen. Sie sagen aber nicht, was dann mit der Kleinkindbetreuung passiert. Streichen Sie dann auch die Zuschüsse für die Kleinkindbetreuung?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann haben die jungen Familien mehr Geld!)

Reden Sie Tacheles. Was bedeutet das für die Kleinkindbetreuung bei uns im Land, wenn Sie an die Grunderwerbsteuer gehen?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie wissen ganz genau, dass diese Unterstützung für unsere Kommunen sehr wichtig ist und dass die Kommunen diese Betreuung nur deswegen gewährleisten können.

Man muss sich auch die andere Frage stellen. Sie haben in Ihrem Parteiprogramm die Aussage stehen, dass Sie zukünftig ein kostenloses Kindergartenjahr anbieten wollen. Wie finanzieren Sie das? Woher nehmen Sie das Geld? Wo streichen Sie Zuschüsse, um das erforderliche Geld für die kostenlose Kindergartenbetreuung zur Verfügung stellen zu können?

Sie schmeißen hier mit Zahlen um sich, sagen aber nichts dazu, wie Sie denn überhaupt die Bildungspolitik gestalten wollen. Was ist mit Kindergartenbeiträgen? Was ist mit den Zuschüssen für die Kleinkindbetreuung? Sie streichen Gelder.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie wollen doch Kindergartenbeiträge gar nicht mehr erheben, Frau Boser!)

Wie wollen Sie das am Ende finanzieren?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Für uns war es in der nun ablaufenden Legislatur auch ein wichtiger Schwerpunkt, die Grundschulen zu stärken. Auch hierzu habe ich heute überhaupt nichts gehört. Die Grundschulen sind nach der frühkindlichen Bildung der wichtigste Pfeiler auf dem Weg, den die Kinder dann gehen. Diese Landesregierung hat erstmalig den Schulen zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, damit diese individuelle Förderung anbieten können. Die Kontingentstundentafel wird ab dem kommenden Schuljahr in den Fächern Deutsch und Mathematik ausgeweitet, damit die Kinder gut vorbereitet in die weiterführenden Schulen gehen. Diese Landesregierung investiert in alle Bildungsbereiche, und zwar deshalb, weil wir wissen, dass jeder einzelne Bildungsbereich für sich genommen wichtig ist.

Für uns Grüne waren die zusätzlichen Stunden ein erster wichtiger Schritt. Aber auch hier wollen wir weitergehen; denn die Grundschulen sind nach wie vor die einzige Schulart, die nicht über feste Stunden verfügt.

Bei den weiterführenden Schulen haben wir die Erhöhungen fortgesetzt, und zwar im Gegensatz zur CDU. Was hat denn die CDU bei den Gymnasien gemacht? Herr Röhm, Sie als Schulleiter eines Gymnasiums müssen doch aufgeschrien haben, als damals die Zahl der Poolstunden von zwölf auf zehn reduziert wurde.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben den Ergänzungsbereich und die Anrechnungstunden gestrichen!)

(Sandra Boser)

Wir haben die Poolstunden wieder aufgewertet. Wofür also steht die CDU? Für die Streichung von Poolstunden. Wofür steht Grün-Rot? Für die Erhöhung der Zahl von Poolstunden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Jawohl!)

Natürlich kommt es am Ende immer auf die Lehrerinnen und Lehrer an. Aber wenn wir keine Schulstruktur haben, die die Möglichkeit – –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Am Ende? Am Anfang kommt es auf die Lehrerinnen und Lehrer an!)

– Natürlich kommt es am Ende immer auf die Lehrerinnen und Lehrer an. Wenn die Lehrerinnen und Lehrer aber keine Rahmenbedingungen dafür haben, ihre pädagogischen Konzepte umsetzen zu können, dann haben sie nicht den Handlungsspielraum, den sie brauchen. Warum haben Sie denn in den vergangenen Jahren den Lehrerinnen und Lehrern nicht die Möglichkeit gegeben, pädagogische Konzepte weiterzuentwickeln? Warum haben Sie ihnen verwehrt, in Baden-Württemberg Gemeinschaftsschulen einzuführen? Warum haben Sie Stunden für die individuelle Förderung gekürzt, anstatt diese auszubauen, um die pädagogische Freiheit zu erhöhen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, wenn Ihre Politik so aussieht, dass sie immer mit Kürzungen und Einschränkungen einhergeht, dann werden sich die Lehrerinnen und Lehrer am Ende tatsächlich umschauen. Wenn Sie davon sprechen, angebliche Ungleichheiten beseitigen zu wollen, dann heißt das nämlich nichts anderes, als dass Sie die Axt an die Gemeinschaftsschulen legen wollen, damit dort nicht weiter das entsprechende pädagogische Konzept umgesetzt werden kann. Das ist die Politik der CDU; es ist nicht die Politik, wie wir sie fortsetzen wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Unser Weg ist klar: Wir wollen in den nächsten Jahren alle Schulen unterstützen, und zwar so, wie wir dies bereits in den vergangenen Jahren getan haben. Am Gymnasium haben wir jetzt die weiteren Schritte eingeführt, um G 8 zu verbessern. Ihre Verbesserung für das G 8 sah damals so aus, dass Sie die Poolstunden gekürzt haben. Sie haben auch darüber nachgedacht, Stunden in den naturwissenschaftlichen Fächern zu kürzen, damit es zu einer besseren Entlastung beim G 8 kommt. Dies hätte jedoch eine massive Veränderung der Qualität mit sich gebracht. Es geht also nicht darum, Stunden zu kürzen, sondern zu schauen, wie man die individuelle Förderung an den Gymnasien verbessern und mehr Flexibilität an die Gymnasien bringen kann

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen haben Sie die Hausaufgabenbetreuung gestrichen!)

und wie die Übergänge zwischen den einzelnen Schularten verbessert werden können. Wir wollen diese Maßnahmen ausbauen und sie erfolgreich umsetzen; dafür braucht es gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Daher haben wir mit der neuen Lehrerausbildung jetzt auch Maßnahmen getroffen, damit Lehrerinnen und Lehrer noch besser auf die Herausforderungen vorbereitet werden – etwa Digitalisierung, Medienbildung, Integration, Inklusion, größere Heterogenität. Wir haben die Lehrerbildung reformiert, damit mehr Flexibilität hineinkommt, damit die Studiengänge an der PH und an den Universitäten voneinander profitieren können. Ich bin sehr dankbar dafür, dass sich die Zuständigen in den Universitäten und den Pädagogischen Hochschulen dieser Herausforderung gestellt haben und im Land überall das neue Lehramtsstudium gestartet ist.

Wie gut dies gelingt, zeigen nicht zuletzt die baden-württembergischen Erfolge beim Bundeswettbewerb für die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“. Wir haben dabei sehr gute Ergebnisse erzielt; herausheben möchte ich drei Kooperationen, nämlich die zwischen der Universität Heidelberg und der PH Heidelberg, die Kooperation in Freiburg sowie – bislang einmalig – die Kooperation zwischen den Universitäten in Konstanz und im schweizerischen Thurgau. Denn letztlich bedarf es dieser gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer, die auf neue Herausforderungen reagieren können.

Sie verweigern sich dieser Lehrerbildungsreform; Sie sagen, diese sei unnötig gewesen. Von den Pädagogischen Hochschulen und den Universitäten kommen ganz andere Töne. Daher setzen wir darauf, dass wir zukünftig gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen haben – die wir natürlich auch jetzt schon haben; es geht aber darum, dass diese mit den neuen Herausforderungen besser umgehen können.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Gerade noch die Kurve gekriegt!)

Die Mittel für die Fortbildung haben wir in den vergangenen Jahren in diesen Bereichen erhöht, damit wir die Lehrerinnen und Lehrer auf diese Herausforderungen vorbereiten können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe jetzt einen Rundumschlag vorgenommen und gezeigt, was wir in den vergangenen Jahren umgesetzt haben. Es blieben aber noch Bereiche ungenannt, etwa – von Stefan Fulst-Blei angesprochen – die beruflichen Schulen, die Schulsozialarbeit an den Schulen in Baden-Württemberg, die Erhöhung der Weiterbildungsmittel, die Erhöhung der Zuschüsse an die Schulen in freier Trägerschaft. Dies alles sind Punkte, die wir unter Grün-Rot ebenfalls umgesetzt haben.

Es sind auch immer noch Maßnahmen offen, beispielsweise der Ethikunterricht ab Klasse 1. Wir wollen uns auch zukünftig diesen Herausforderungen stellen, und wir investieren gern in Bildung, weil wir wissen, dass Bildung das wichtigste Kapital ist, das wir haben.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das sieht man an den Zahlen! Der Anteil des Kultusministeriums ist heruntergegangen! Anderes ist offenbar wichtiger!)

– Das sieht man an den Zahlen: Beispielsweise ist der Unterrichtsausfall an den Gymnasien zurückgegangen; der Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen ist ebenfalls zurückgegangen; die Stellen bei der Schulsozialarbeit sind um über 30 % gesteigert worden. Da Sie nach wie vor immer davon reden, was Sie alles nicht machen würden, fordere ich Sie auf:

(Sandra Boser)

Reden Sie doch endlich einmal davon, was Sie machen würden, und sagen Sie vor allem, wie Sie dies dann überhaupt umsetzen und finanzieren wollen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja!)

Denn bislang steht am Ende überall nur, dass Sie kürzen wollen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr gut!)

**Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Kern.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Titel der Aktuellen Debatte ist in der Tat bemerkenswert: „Auf die Lehrer kommt es an“. Das kann man nur als späte sozialdemokratische Reue und Umkehr verstehen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Fünf Jahre Grün-Rot, das waren fünf Jahre Politik gegen die Lehrer in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Und so wird Ihre Regierungszeit zahlreichen Lehrerinnen und Lehrern in Baden-Württemberg auch in Erinnerung bleiben.

Tatsächlich gab es zuvor keine Landesregierung, die ihre bildungspolitischen Ziele bzw. Träumereien so schonungslos auf dem Rücken der Lehrerinnen und Lehrer ausgetragen hat wie die grün-rote, und es wird – diese Prognose wage ich – wohl auch erst einmal keine nach ihr geben.

Als Opposition ist es aber unsere Pflicht, Ihrem offenbar sehr kurzen Gedächtnis hinsichtlich der grün-roten Zumutungen für die Lehrer einmal auf die Sprünge zu helfen.

Erstens: Grün-Rot kürzte die Eingangsbesoldung für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte um 8 %.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Zweitens: Trotz vollmundiger Versprechungen hielt Grün-Rot an der erzwungenen sechswöchigen Arbeitslosigkeit für angehende Lehrerinnen und Lehrer fest.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Drittens: Obwohl sich Grün-Rot noch vor der Landtagswahl 2011 dem schwarz-gelben Vorhaben einer Klassenteilersenkung auf 28 Schüler anschloss, wollte Grün-Rot nach der Wahl nichts mehr davon wissen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: 25!)

und sprach einem abgesenkten Klassenteiler jede Wirksamkeit ab. Dabei hätten gerade kleinere Klassen nicht nur bessere Arbeitsbedingungen für Lehrer geschaffen, sondern auch mehr Möglichkeiten für individuelle Förderung eröffnet. Genau deshalb hat ja die Gemeinschaftsschule als einzige wei-

terführende Schule auch das Privileg eines Klassenteilers von 28 von Ihnen erhalten.

Viertens: Ohne jede Bedarfserhebung verschrieb sich Grün-Rot dem Sparziel von 11 600 zu streichenden Lehrerstellen und nahm den Schulen mit den Kürzungen viel Gestaltungsspielraum. Über zweieinhalb Jahre hinweg hielt Grün-Rot dieses Schreckgespenst aufrecht, wohl nicht zuletzt deswegen, um die Botschaft auszusenden: „Lehrer, der einzig sichere Hafen für euch ist die Gemeinschaftsschule; bewirbt euch besser dort, denn überall sonst wird gekürzt.“

Fünftens: Die Mittel, die in die teuren Gemeinschaftsschulen investiert wurden, fehlen natürlich an anderer Stelle. Offensichtlich wird das bei der Schulbauförderung. Während der Neu- und Umbau von Schulgebäuden gefördert wird, wie er bei der Gemeinschaftsschule wegen der neuen Pädagogik notwendig ist, gibt es für eine schlichte Sanierung von Schulgebäuden nichts. Dabei bräuchten viele Schulgebäude dringend eine Sanierung. Und ein guter Gebäudezustand hat wahrlich mit guten Arbeitsbedingungen zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sechstens: Keine Landesregierung hat den Lehrern so misstraut wie die grün-rote. Mit der Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung gehöre der „Sortierwahn der Lehrer“ der Vergangenheit an,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wollen Sie die wieder einführen?)

freute sich die bildungspolitische Sprecherin der Grünen, Sandra Boser. Aus ihrer Sicht geht es bei der Grundschulempfehlung also nicht um die professionelle Beratung durch die Lehrer über den weiteren Schulweg der Kinder, sondern um einen „Sortierwahn der Lehrer“ –

(Zurufe von der CDU: Hört, hört! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Eine Unverschämtheit!)

das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Siebtens: Als sich die Lehrerverbände zu deutlicher Kritik an der grün-roten Bildungspolitik genötigt sahen, beschimpfte sie der SPD-Fraktionsvorsitzende als – Zitat – „Heulsusen“.

(Zurufe von der FDP/DVP und der CDU, u. a.: Hört, hört! – „Auf die Lehrer kommt es an“!)

Achtens: Statt auf die pädagogische Freiheit setzte die misstrauische grün-rote Koalition auf Bevormundung der Lehrer. Das betraf nicht nur den Umgang mit Facebook, WhatsApp und Co., ohne dass für ein adäquates Ersatzmedium gesorgt worden wäre, sondern vor allem ureigene pädagogische Entscheidungen. Den Gemeinschaftsschullehrern ist es von vornherein nicht erlaubt, Noten zu geben, und wenn eine Nichtversetzung bei einem Schüler notwendig erscheint, gibt es auch dazu keine Möglichkeit mehr. Das ist den Realschullehrern in der fünften Klasse künftig ebenso nicht mehr möglich. Kurse auf unterschiedlichen Leistungsniveaus sind auch nur in Ausnahmefällen erlaubt, obwohl sie die Schüler auf den Hauptschulabschluss vorbereiten sollen.

(Dr. Timm Kern)

Zu groß ist offenbar die Angst von Grün-Rot, es könnte so etwas wie ein Hauptschulbildungsgang entstehen, der am Ende vielleicht noch mehr Erfolg hat als die privilegierte Gemeinschaftsschule. Wenn Sie keine Angst davor hätten, könnten Sie hier mehr Freiheit für die Lehrer zulassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Neuntens: Dass sich eine Schule bei Aufnahme eines Schülers nicht einmal dessen Grundschulempfehlung zeigen lassen darf, ist gleich eine doppelte Misstrauenserklärung –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ein Skandal!)

sowohl an die Lehrer der aufnehmenden Schule als auch an die Lehrer der Grundschule, die sich ihre Entscheidung sicherlich nicht leicht gemacht haben.

Die Liste der grün-roten Zumutungen gegenüber der Lehrerschaft ließe sich fortsetzen, beispielsweise um all das, was Grün-Rot nach der Kritik der Opposition und der Lehrverbände wieder hat fallen lassen, wie beispielsweise den Einheitslehrer auf Gymnasialniveau.

Namens der FDP/DVP-Landtagsfraktion möchte ich den Lehrerinnen und Lehrern mit ihren Verbänden danken, dass sie so unbeirrt für ihre Anliegen, aber auch für den Erhalt unseres vielfältigen Bildungswesens eingetreten sind, nämlich dieses Bildungswesens, das durch Qualität beste Erfolge hervorgebracht hat. Für diese Erfolge sind in erster Linie die Lehrerinnen und Lehrer dieses Landes verantwortlich.

Gestatten Sie mir, dass ich in diesem Zusammenhang auch einmal ein Wort über Professor Thorsten Bohl verliere. Dieser glühende Vorkämpfer der Gemeinschaftsschule wollte immer den Lehrer abschaffen und durch den Lernbegleiter ersetzen. Nun kommt Professor Bohl in seiner Eigenschaft als Chefevaluator der Gemeinschaftsschule zu dem Schluss, es komme eigentlich gar nicht so sehr auf die Schulart, sondern auf den Unterricht und damit auf den Lehrer an. Ja, herzlich willkommen in der Praxis, Herr Professor Bohl!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Diese Erkenntnis hätte er nicht nur von Bildungswissenschaftler John Hattie haben können, sondern er hätte einfach einmal Schülerinnen und Schüler zu diesem Thema befragen sollen.

So könnte nun auch die SPD versucht sein, sich beim zweifellos grünen Projekt Gemeinschaftsschule vom Acker zu machen, weil es dort, wie von Bohl zu hören war, an einigen Stellen noch nicht rundläuft und weil es den Sozialdemokraten vielleicht dämmert, dass mit einer Bildungspolitik gegen die Lehrerinnen und Lehrer ein Bildungsangebot der Qualität auf Dauer eben nicht zu machen ist.

Namens der FDP/DVP-Landtagsfraktion fordere ich den Kultusminister deshalb auf, nachdem Sie den ersten mutigen Schritt zur heutigen Debatte gegangen sind: Gestehen Sie ein, dass Sie sich mit Ihrer ideologischen Bildungspolitik in diesem Land verrannt haben. Hören Sie künftig lieber auf die Praktiker vor Ort, die Lehrerinnen und Lehrer. Wenn Sie de-

ren pädagogische Freiheit achten, dankt Ihnen das unser gesamtes Bildungssystem.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Wilfried Klenk:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Kultusminister Stoch das Wort.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben heute erneut Gelegenheit, über das aus meiner Sicht wichtigste Thema der Landespolitik – nämlich die Gestaltung unserer Zukunft und damit Fragen der Bildungspolitik – zu sprechen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich bin der SPD-Fraktion sehr dankbar, dass sie in dieser Diskussion einmal auf die Lehrerpersönlichkeit abhebt, auf die Lehrerinnen und Lehrer – über 100 000 an der Zahl –, die an den Schulen in Baden-Württemberg tagtäglich hervorragende Arbeit leisten.

Wenn wir verantwortliche Bildungspolitik gestalten wollen, können wir dies nur, wenn wir die Unterstützung der Lehrkräfte an den Schulen haben und wenn die Lehrkräfte bereit sind, die notwendigen Veränderungen in unserer Bildungs- und Schullandschaft gemeinsam mit uns umzusetzen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Gelingende Bildungspolitik muss sich aus meiner Sicht grundsätzlich an drei Variablen ausrichten:

Wir brauchen gute, funktionsfähige Strukturen, die auch gesellschaftliche Veränderungen – ich spreche hier ganz deutlich den seit über zehn Jahren andauernden Rückgang der Schülerzahlen an – aufnehmen und berücksichtigen. Wir brauchen aber auch Strukturen, die es zulassen, dass Kinder und Jugendliche – genau so, wie es in unserer Landesverfassung steht – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und der wirtschaftlichen Lage und damit auch unabhängig vom Bildungshintergrund ihres Elternhauses die bestmögliche Förderung erhalten, um gut, um erfolgreich in ein selbstbestimmtes Leben starten zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Gerade deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir Strukturfragen nicht isoliert von Fragen der pädagogischen Qualität stellen, sondern müssen diese selbstverständlich immer auch beantworten. Natürlich ist dies alles nur dann möglich, wenn wir auch die dafür zwingend notwendigen Ressourcen einsetzen.

Deswegen folgt die Bildungspolitik dieser Landesregierung diesem Dreiklang. Es ist wichtig, dass diese drei Dimensionen aufeinander abgestimmt sind. Daran arbeiten wir seit 2011 mit aller Kraft, und dies, wie ich am heutigen Tag sagen darf, meines Erachtens mit großem Erfolg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

(Minister Andreas Stoch)

Wir haben 2011 gerade im Bereich der Strukturen – das ist völlig unstrittig; alle Beobachter, alle, die das Bildungssystem in Baden-Württemberg und die Schulen in Baden-Württemberg kennen, sagen und bestätigen dies – einen erheblichen Anpassungsbedarf vorgefunden. Die Veränderungen in der Gesellschaft, die niemandem verschlossen geblieben sein dürfen, haben dazu geführt, dass die Strukturen in unserer Schullandschaft immer instabiler wurden und die Schulen den Anforderungen immer weniger und mit immer größeren Schwierigkeiten gerecht wurden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist keine neue Erkenntnis, dass die Hauptschule, die in den Siebzigerjahren noch einen Großteil der Schüler im Bereich der weiterführenden Schulen aufgenommen hat, in den Jahren, in den Jahrzehnten danach deutlich an Zuspruch verloren hat. Auch die von Ihnen eingeführte Werkrealschule, die ja nur eine Art Rettungsanker war, um die Hauptschule und damit das dreigliedrige Schulsystem zu retten, hat nicht funktioniert. Heute wählen die Eltern nicht mehr die Hauptschule, weil sie für ihre Kinder einen anderen, einen höheren Bildungsabschluss wollen. Das müssen Sie akzeptieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wenn ich in Ihre Wahlprogramme sehe, stelle ich fest, dass Sie das letztlich ja auch akzeptieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dieser Rückgang hat verschiedene Ursachen. Eine davon sind zu niedrige Geburtenraten. Gesellschaft und Politik müssen alles dafür tun, dass sich Eltern nicht zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen. Das hat mit einem veränderten Schulwahlverhalten, mit einem bestehenden Trend zu höheren Bildungsabschlüssen, aber auch mit veränderten familiären Bedingungen wie zunehmender Erwerbstätigkeit beider Elternteile zu tun. Dies alles muss ein Bildungssystem, wenn es funktionieren soll, wenn es Kinder erfolgreich auf ihre Zukunft vorbereiten soll, aufnehmen.

Aber auch neue Herausforderungen für den pädagogischen Alltag kamen auf die Schulen und damit auf die Lehrerinnen und Lehrer zu. Ich nenne hier beispielsweise die Frage der zunehmenden Unterschiedlichkeit der Kinder. Denn in einem zweigliedrigen System oder in einem Zweisäulensystem wird zukünftig auch die Frage der Vielfalt, der Heterogenität in den Klassenzimmern eine stärkere Rolle als bisher spielen, wobei Ihnen erfahrene Pädagogen doch bestätigen: Auch im bisherigen, dreigliedrigen Schulsystem war die Annahme, homogene Lerngruppen zu haben, letztlich eine Schimäre.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Es ist nicht realistisch, anzunehmen, dass Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit – egal, an welcher Schulart – einheitlich lernen könnten.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Deswegen brauchen wir genau darauf abgestimmte pädagogische Konzepte, meine Damen und Herren. Wer sich dem verschließt, der verschließt sich der Realität.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Hinzu kommen weitere Herausforderungen, die auch aus Sicht der Lehrkräfte Antworten bedürfen. Nehmen Sie als ein Beispiel das große Thema Inklusion, das in ganz vielen gesellschaftlichen Bereichen eine große Rolle spielt, viele Fragen aufwirft und auch in der schulischen Umsetzung die Lehrerinnen und Lehrer vor Fragen stellt.

Aber auch hier bringt es nichts, einfach einmal so zu tun, als gäbe es diese Unterschiedlichkeit – gerade auch bei der Frage der Inklusion – nicht. Vielmehr müssen wir hier die Lehrkräfte durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, durch ein entsprechendes Teamteaching unterstützen – das heißt Lehrerinnen und Lehrer der allgemeinen Schulen sowie Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, die gemeinsam arbeiten. Das bedeutet auch eine Veränderung der pädagogischen Kultur. Aber ich glaube, diejenigen, die bereits mit diesen neuen Lernformen arbeiten, sagen: „Es ist eine gute Weiterentwicklung, weil sie auch für die Lehrkräfte einen stark entlastenden Charakter haben.“

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir haben uns 2011 deswegen das Ziel gesetzt, in allen drei Bereichen Verbesserungen herbeizuführen. Dies war und ist nach wie vor ein großes, ein sehr anspruchsvolles Projekt – insbesondere auch durch die vielfachen Abhängigkeiten zwischen den von mir genannten Variablen.

Strukturell galt es und gilt es auch weiterhin, Stabilität in unsere Schullandschaft zu bringen. Natürlich brauchen Lehrkräfte das Gefühl, dass die Schule, an der sie arbeiten, auch die Schule ist, die Zukunft hat. Wenn wir die Haupt- und Werkrealschulen anschauen, stellen wir fest: Wir haben in vielen Bereichen mangels der entsprechenden Schüler diese Stabilität nicht. Aber dann müssen wir vor Ort, und zwar gemeinsam mit den Schulträgern, Antworten gesucht werden. Viele Schulen haben sich auf den Weg zur Gemeinschaftsschule gemacht, weil sie dadurch ein attraktiveres Angebot für mehr Schülerinnen und Schüler vorhalten können. Dort, wo dies geschehen ist und erfolgreich umgesetzt wurde, haben die Lehrerinnen und Lehrer auch eine Zukunftsperspektive, die Sie ihnen in Ihrem System nie gegeben haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen ist es für mich auch immer wieder verwunderlich, wie sich z. B. die CDU-Fraktion – aber auch die FDP/DVP – immer wieder damit abgibt, die Gemeinschaftsschule schlechtzureden.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das machen wir doch gar nicht!)

Wir wollen, dass Kinder möglichst in erreichbarer Nähe zu ihrem Wohnort die Möglichkeit haben, verschiedene Bildungsabschlüsse zu erreichen. Für mich ist eine Frage von Bildungsgerechtigkeit nicht nur, ob Kinder mit unterschiedlicher sozialer Herkunft und mit unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten ihrer Elternhäuser vergleichbare Bedingungen haben. Für mich ist eine Frage von Bildungsgerechtigkeit auch, ob Kinder, die in ländlichen Räumen wohnen, ähnliche und vergleichbare Bedingungen haben wie Kinder, die in städ-

(Minister Andreas Stoch)

tischen Räumen leben. Auch das ist eine Frage von Bildungsgerechtigkeit.

(Abg. Dr. Stefan Fust-Blei SPD: Absolut!)

Da verstehe ich bei Ihrem Anspruch, den Sie als angebliche Partei des ländlichen Raums immer wieder formulieren, Ihre tatsächliche Politik in keiner Weise, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen haben wir vor 50 Jahren die Realschule eingeführt! Vor über 50 Jahren! Flächendeckend!)

Wir haben diese Strukturreform im Bereich der weiterführenden Schulen eben nicht über die Köpfe der Beteiligten hinweg gemacht, sondern wir haben viele interessierte Schulen mit ihren Konzepten aufgenommen. Vor allem haben wir mit dem Konzept der regionalen Schulentwicklung gemeinsam mit den Kommunen versucht, lebensfähige Strukturen für die Zukunft aufzustellen. In den allermeisten Fällen hat diese regionale Schulentwicklung auch dazu geführt, dass Kommunen, die bisher gar nicht aufeinander zugegangen waren, wenn es um die Frage gemeinsamer Konzepte ging, jetzt gemeinsam den Weg gefunden haben, zukunftsfähige Strukturen aufzustellen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das ist ein Beispiel, wie man gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und gemeinsam mit den kommunalen Verantwortungsträgern zukunftsfähige Politik in Baden-Württemberg gestaltet.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Aufgrund dieser strukturellen Veränderungen ist es natürlich nötig, auch im pädagogischen Bereich Antworten zu finden. Deswegen steht im Bereich der Pädagogik natürlich die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer im Mittelpunkt unserer Anstrengungen. Ihre Kompetenz – die Kompetenz der Lehrkräfte –, ihr professionelles Gestalten des Unterrichts ist – das bestätigen auch alle Studien – wesentlich für den Bildungserfolg junger Menschen.

Frau Kollegin Boser hat als Beispiel die Reform der Lehrerbildung genannt. Aus meiner Sicht war sie längst überfällig, weil die Wirklichkeit in den Klassenzimmern sehr häufig nicht mit dem übereinstimmte, was die Lehrerinnen und Lehrer an den Hochschulen gelernt haben. Es ist wichtig, dass wir diese veränderte pädagogische Realität in unseren Klassenzimmern auch bereits in der Lehrerausbildung entsprechend berücksichtigen. Deswegen war und ist es sehr wichtig, die Lehramtsstudiengänge weiterzuentwickeln, die Fachlichkeit der Lehrkräfte zu stärken, auch Grundmodule zum Umgang mit Inklusion einzuführen und die Ausbildungszeit zu verlängern.

Aber wir haben nicht nur die Ausbildung reformiert. Es ist wichtig, dass wir erfahrene Lehrerinnen und Lehrer auf die veränderten Herausforderungen gut vorbereiten, z. B. durch Fortbildungen – die mit dem neuen Bildungsplan, der ja im kommenden Schuljahr startet, unbedingt notwendig sind – zur Inklusion, aber eben aktuell auch zum Unterrichten von jungen Flüchtlingen und zum Umgang mit traumatisierten Kindern. Natürlich brauchen wir auch ein umfassendes Fortbil-

dungskonzept, das die Haupt- und Werkrealschullehrkräfte darauf vorbereitet, zukünftig an anderen Schularten eingesetzt zu werden. Da ist es wichtig, dass wir den Lehrerinnen und Lehrern die notwendige Qualifikation vermitteln, aber da ist es auch wichtig, dass die Lehrerinnen und Lehrer durch Veränderungen im Bereich der Besoldung die Möglichkeit für entsprechende Verbesserungen durch einen Aufstieg oder eine Beförderung erhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Darüber hinaus geht es mir auch darum, dass wir die Lehrkräfte im Bereich der technischen Unterstützungsmittel gut begleiten. Sie wissen, dass immer wieder die Forderungen aufgestellt werden – das wird an vielen Schulen auch umgesetzt –, dass die Lehrkräfte heute stärker technische Hilfsmittel einsetzen können. Deswegen werden wir insbesondere auch im Kontext des neuen Bildungsplans eine digitale Bildungsplattform einführen. Denn wir sind der Überzeugung, dass Lehrkräfte damit erstens auch näher an die Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler heranrücken und wir zweitens die Möglichkeit haben, die Lehrkräfte – wenn es z. B. um die Erstellung von Unterrichtsmaterialien geht, wenn es um die Gestaltung von Unterricht geht – dadurch erheblich zu entlasten. Wir glauben, dass auch die technische Unterstützung durch die digitale Bildungsplattform ein ganz wichtiger Schlüssel ist, um die Arbeit der Lehrkräfte in Baden-Württemberg zu erleichtern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Lassen Sie mich abschließend etwas zu den notwendigen Ressourcen sagen. Ich glaube, die Zahlen, die Kollege Fust-Blei genannt hat, sind sehr vorzeigbar. Wir haben es geschafft, den Einzelplan 04, den Kultushaushalt, von knapp über 9 Milliarden € auf inzwischen 10,245 Milliarden € zu steigern. Wir haben an allen Schularten die für die pädagogische Umsetzung dieser anspruchsvollen Reformen notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt, damit die Lehrer ihre Tätigkeit gut ausüben können und damit sie auch besser individuell auf ihre Schülerinnen und Schüler eingehen können. Wir haben die Poolstunden an den einzelnen Schularten entsprechend erhöht und zusätzliche Ressourcen für die individuelle Förderung zur Verfügung gestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich betone an dieser Stelle ausdrücklich: Es besteht ein breiter Konsens, dass Ausgaben für Bildung sehr sinnvolle Ausgaben sind. Dies zeigen auch schon die Zielsetzungen in den Dresdner Beschlüssen aus dem Jahr 2008. Dass es trotz der erfolgten Haushaltskonsolidierung in Baden-Württemberg gelungen ist, gleichzeitig die Ressourcen für Bildung in praktisch allen Bereichen deutlich auszubauen, ist ein großer Erfolg dieser Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dabei darf ich noch einmal den Vergleich zum Jahr 2011 ziehen. Wir haben durch die Einstellungszahlen – zuletzt über 6 000 neue Lehrerinnen und Lehrer – über alle Schularten hinweg das Verhältnis der Schülerzahlen zu den Lehrerstellen entsprechend verbessert. Wir haben im Laufe der Legislaturperiode auch die Realschulen und die Gymnasien deutlich gestärkt. Ich glaube, es bringt daher nichts, wenn Sie draußen Märchen nach dem Motto erzählen, die Landesregierung bzw. die SPD und die Grünen würden in irgendeiner Form z. B. das

(Minister Andreas Stoch)

Gymnasium infrage stellen. Wir haben das Gymnasium in den letzten Jahren erheblich gestärkt.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Das Gymnasium hat heute mehr Möglichkeiten zur Förderung der Schülerinnen und Schüler. Auch durch den Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung sind die Zahlen zum Übergang auf das Gymnasium nicht in dem Maß gestiegen, wie vielleicht viele erwartet hatten.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Aber ich warne gleichzeitig: Wenn Sie jetzt leichtfertig – darüber wurde vorhin einiges gesagt – und vor allem auch aus populistischen Motiven jeder Schule die Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 einräumen wollen, dann werden Sie erleben, dass es einen erheblichen Zustrom auf die Gymnasien geben wird, der ihnen erheblich zu schaffen machen wird. Gleichzeitig werden Sie den Realschulen, den Gemeinschaftsschulen, aber in der Folge auch den beruflichen Schulen die Schülerinnen und Schüler wegnehmen, die diese dringend brauchen, um dort erfolgreich pädagogisch arbeiten zu können.

Deswegen: Überlegen Sie sich gut, ob Sie eine Systematik wollen, in der das Gymnasium die eine Schulart ist und alle anderen quasi – so von Ihnen letztlich dann auch gewollt – der Rest sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann nicht die Zukunft des baden-württembergischen Bildungssystems sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wenn wir jetzt zu der Frage der Bildungsausgaben kommen – Herr Kollege Schebesta, Sie haben sich ja sehr bemüht, dies gegeneinanderzulegen –, dann sage ich Ihnen eines: Wir alle wissen, wie die damalige Qualitätsoffensive Bildung unter Herrn Mappus als Ministerpräsident zustande kam. Herr Mappus hatte einen erheblichen Druck im Bildungsbereich verspürt

(Abg. Sascha Binder SPD: Nicht nur da!)

und wollte offensichtlich mit extremer Großzügigkeit den Druck von sich nehmen. Deswegen wurden 3 547 Lehrerstellen geschaffen, die teilweise z. B. zur Senkung des Klassenteilers verwendet wurden. Aber, Herr Kollege Schebesta, zur historischen Wahrheit gehört auch, dass diese Mittel lediglich bis 2012 finanziert waren.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Erblast! Unseriös!)

Wie wollen Sie denn ernst zu nehmend eine Klassenteilersenkung nur befristet finanzieren? Was bedeutet das denn für einen Landeshaushalt? Das bedeutet schlicht und einfach, dass Ihnen nach Auslaufen der Finanzierung ein riesiges Loch aufgeht. Sie hätten bereits 2013 diese 3 547 Lehrerstellen wieder streichen müssen, wenn Sie haushaltspolitisch solide agiert hätten, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die weiteren Stellen, die Sie ansprechen, sind von Ihnen mit k.w.-Vermerken versehen worden. Die Zahl von 11 600

Lehrerstellen ist nämlich nicht vom Himmel gefallen. Diese Zahl war keine Idee dieser Landesregierung, sondern sie ergab sich durch eine schlichte Addition der Stellen, die Sie nur befristet finanziert hatten, und der Stellen, die Sie als k.w.-Stellen im Haushalt fixiert hatten.

Ich darf einmal die Zahlen vorlesen: Nach 3 500 Stellen im Jahr 2013 hätten nach Ihrer Planung 1 993 Stellen im Jahr 2014, 1 854 Stellen im Jahr 2015 und 1 670 Stellen im Jahr 2016 gestrichen werden sollen. In Summe hätten Sie – Stand heute – bereits gut 7 000 Lehrerstellen gestrichen. Glauben Sie, dass das eine Ausstattung der baden-württembergischen Schul- und Bildungslandschaft ist, wie sie dringend benötigt wird? Ich bin mir sicher: Nein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Hören Sie auf, den Menschen da draußen Märchen zu erzählen. Was das Thema Unterrichtsversorgung angeht, standen wir zu Beginn der Legislaturperiode bei einer Krankheitsvertretungsreserve von 1 266 Deputaten. Wir haben diese um 400 Deputate erhöht. Ich sage hier: Wir müssen da noch weitere Schritte gehen. Aber wir haben bundesweit die letzte Position in der vergleichbaren Versorgung bei der Krankheitsvertretung von Ihnen geerbt. Deswegen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen: Das Bild, das Sie hier malen, entsprach nicht der Realität von 2011. Deshalb sage ich: Bleiben Sie bitte bei der Wahrheit, wenn es um diese Fragen geht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Eines sollte Ihnen eigentlich auch die Scham ins Gesicht treiben. Ich habe hier eine Kurve über den Unterrichtsausfall an beruflichen Schulen mitgebracht.

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

An den beruflichen Schulen waren unter Ihrer Regierungszeit lange Jahre Unterrichtsausfälle im Bereich von ca. 10 % zu verzeichnen. Gegen Ende Ihrer Regierungszeit hatte sich dieses Defizit relativ stabil bei etwa 4,5 % Unterrichtsaufall eingependelt. Wir haben in den letzten drei Jahren Rekorderstellungen zur Stärkung der beruflichen Schulen vorgenommen, meine sehr geehrten Damen und Herren, was bedeutet, dass wir inzwischen bei einem Defizit von 1,8 % sind. Das stellt mich noch nicht zufrieden, solange ein Minus davorsteht. Aber dass Sie jetzt behaupten, diese Landesregierung hätte ein Problem mit den beruflichen Schulen, das ist eine schlichte Lüge. Sie haben jahrzehntlang die Gelegenheit gehabt, aber haben die beruflichen Schulen nicht unterstützt, wie es notwendig gewesen wäre, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Er hat „Lüge“ gesagt! Frau Präsidentin, lassen Sie das stehen? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unglaublich!)

Zuletzt möchte ich darauf hinweisen, dass wir an den Gymnasien in Baden-Württemberg für eine deutliche Verbesserung der Unterrichtsversorgung gesorgt haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hausaufgabenbetreuung gestrichen und vieles andere!)

(Minister Andreas Stoch)

Die Unterrichtsversorgung an den Gymnasien in Baden-Württemberg – Herr Kollege Fulst-Blei hat die Erhebung des Philologenverbands genannt – kann nur ein Schlaglicht sein, weil der Philologenverband nur von einer kleinen Zahl von Gymnasien eine Rückmeldung bekommen hat. Aber gleichzeitig bin ich doch der Auffassung, dass der Philologenverband keinen Grund hätte, etwas, was für uns günstig ist, in irgendeiner Weise zu beschönigen.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es so, wie es die Grafik von Herrn Kollegen Fulst-Blei zeigt: Wir haben in den letzten vier Jahren bei der Unterrichtsversorgung dafür gesorgt, dass nur noch gut ein Drittel der Stunden ausfallen, die zu Ihrer Regierungszeit ausgefallen sind, und wir haben dafür gesorgt, dass die Überstundenbugwelle bei den Lehrerinnen und Lehrern sowohl an Gymnasien als auch an Berufsschulen, die von Ihnen jahrelang aufgebaut wurde, nicht weiter aufgebaut wurde, sondern jetzt schon das dritte Jahr in Folge abgebaut wird.

Das bedeutet, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, dass das, was Sie jahrelang als Bildungspolitik verursacht und verantwortet haben, letztlich auf dem Rücken der Lehrerinnen und Lehrer ausgeübt wurde. Deswegen, glaube ich, kann man überhaupt nicht davon sprechen, dass Sie in irgendeiner Form stolz darauf sein könnten, wie Sie mit den Lehrkräften in Baden-Württemberg umgegangen sind. Wir hingegen wollen gemeinsam mit den Lehrkräften diese riesengroßen Herausforderungen bewältigen.

Lassen Sie sich dessen versichert sein: Ich bekomme, wenn ich heute vor Ort bin, teilweise auch bei Personalversammlungen mit mehreren Hundert Lehrkräften, die deutliche Rückmeldung, dass die Lehrerinnen und Lehrer Unterstützung brauchen, dass die Lehrerinnen und Lehrer aber bereit sind, diesen weiten und anstrengenden Weg gemeinsam mit uns zu gehen, weil sie eines in den Mittelpunkt stellen: das Wohl der Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort – –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Hallo! Reihenfolge der Fraktionen!)

– Entschuldigung.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: In der Aktuellen Debatte sind wir noch dran!)

Die Aktuelle Debatte ist doch von der SPD beantragt worden.

(Zurufe von der CDU – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ganz ruhig! Wir sind dran! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sind die aufgeregt!)

Für den Schlusssatz erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD:** Vielen herzlichen Dank für die Gelegenheit zum Schlusssatz. – Frau Gurr-Hirsch, sehen Sie es mir nach: Eine Sache muss ich Ihnen doch noch mitgeben. Es ist mir gelungen, Herrn Röhm einmal daran festzunah-

keln: „Wie sieht das denn jetzt eigentlich aus? Wie wollt ihr das finanzieren?“ Wissen Sie, was seine Antwort war? Das große F-Wort: Finanzierungsvorbehalt! Also: Tun Sie jetzt nicht so, als ob Sie hier jetzt die große Schatulle öffnen wollten. Wir wissen genau: Sie werden im Grunde wieder da anfangen, wo Sie aufgehört haben, nämlich beim Raubbau am Kultusetat. Wir dagegen haben heute die beste Lehrer-Schüler-Relation in ganz Deutschland – mit den Gymnasien an der Spitze. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Schebesta.

**Abg. Volker Schebesta CDU:** Frau Präsidentin, mit dem Wort „Lüge“ am Redepult ist in diesem Landtag vom Präsidentenstuhl aus schon anders umgegangen worden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es!)

Herr Minister, Sie nehmen das Wort „Lüge“ zu einer politischen Bewertung in den Mund. Sie sollten sich einfach einmal überlegen, was Sie da sagen. Es ist eine politische Bewertung, wenn ich sage: „Die Landesregierung hat für die beruflichen Schulen nichts übrig.“ Das ist eine politische Bewertung, die man teilen kann oder auch nicht. Was daran eine Lüge sein soll, wenn man nicht Ihrer Meinung ist, ist mir schleierhaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

„Lüge“ hat in einer politischen Debatte überhaupt nichts verloren und bei einer politischen Bewertung schon gar nichts.

Jetzt kommen Sie mir wieder mit diesen Zahlen. Die stimmen. Alles prima?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Alles gut?

(Zuruf von der SPD: Guter Mann! Alles prima!)

Nein, Sie wissen ganz genau, dass natürlich in Zeiten, in denen es wirtschaftlich nicht läuft, in denen die beruflichen Bildungsgänge im Vollzeitbereich deutlich stärker belegt sind, viel mehr Stunden und Deputate notwendig sind, als wenn Teilzeitbildungsgänge stärker ausgeprägt sind.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist die Praxis! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Abgeordneter – –

**Abg. Volker Schebesta CDU:** Nein. Ich habe nicht mehr viel Zeit, und es ist viel gesagt worden. Ich bitte auch einfach um Verständnis: Ich setze mich jetzt mit dem Minister, der uns der Lüge bezichtigt hat, auseinander.

Sie sind auf die Haushaltszahlen eingegangen. Sie haben nichts dazu gesagt, dass der Anteil des Bildungsetats am Gesamthaushalt zurückgegangen ist. Das ist aber so. Ein Inves-

(Volker Schebesta)

tionsschwerpunkt einer Landesregierung sieht anders aus. Sie haben den Anteil des Bildungsetats am Gesamthaushalt heruntergefahren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Ausgaben pro Schüler sind um 18 % gestiegen!)

Und, Entschuldigung: Die Zahlen, die dazu beigetragen haben, geben die Ausgaben wieder, die Sie aus dem Haushalt getätigt haben. Unter unserer Regierungsverantwortung waren die Ausgaben so, dass der Anteil des Bildungsetats am Gesamthaushalt nach oben gegangen ist.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber pro Schüler ist er nach unten gegangen!)

Es ist jedes Mal dasselbe: Sie kommen mit den k.w.-Stellen. Die k.w.-Stellen waren auch schon in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011 im Haushaltsplan ausgebracht, und in jedem Haushaltsjahr muss entschieden werden, ob Stellen tatsächlich wegfallen werden oder nicht. Wir haben uns dazu entschieden, sie nicht wegfallen zu lassen. Ich sage: zu Recht. Sie haben sich entschieden, Lehrerstellen abzubauen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: 11 700!)

Ich sage: zu Unrecht.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Es ist genauso falsch, mit künftig wegfallenden Stellen in dieser Legislaturperiode zu kommen, wie wenn ich sagen würde: „Sie haben 11 600 Lehrerstellen abgebaut.“ Das ist eine Planung von Ihnen gewesen – wie die mittelfristige Finanzplanung eine Planung ist. Schauen Sie sich die Zahlen an. Wir haben den Bildungsetat gestärkt, wir haben Lehrerstellen zusätzlich geschaffen. Sie haben das Ganze heruntergefahren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das glauben aber nur Sie selbst, oder?)

– Die Zahlen sind so. Da geht es nicht um Glauben. Da geht es um Zahlen. „Zahlen kann man nicht anschreien“, haben schon andere gesagt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Mittel pro Schüler sind gestiegen!)

– Was haben Sie jetzt gesagt? Die Schülerzahlen sind gestiegen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Geld pro Schüler!)

Der Anteil des Bildungsetats am Gesamthaushalt ist gesunken.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Schülerzahlen sind doch zurückgegangen! Das muss man doch auf die Schülerzahl umrechnen!)

– Wenn Sie das verteidigen wollen, sage ich Ihnen: Die Schülerzahlen sind schon gleich geblieben und zurückgegangen unter unserer Regierungsverantwortung. Wir haben uns aber dazu entschieden, nicht in vollem Umfang Lehrerstellen abzubauen, sondern den Rückgang der Schülerzahlen zur Qualitätsverbesserung zu verwenden. Machen Sie dasselbe!

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist doch gar nicht durchfinanziert!)

Die eigene inhaltliche Messlatte – Sie haben das erwähnt – ist die Entkopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft. Die Schulen des sozialen Aufstiegs – die Realschulen und die beruflichen Schulen – sind doch genau die Schulen, die sich gesorgt haben, wie Sie mit ihnen umgehen, und die dazu ihren Grund gehabt haben. Die beruflichen Schulen haben doch gesehen, dass Sie die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission auf die lange Bank geschoben haben. Am Ende dieser Legislaturperiode beschließen Sie noch schnell etwas, damit man Ihnen nicht sagen kann, Sie hätten nichts umgesetzt.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sag mal!)

Das waren Schulen des sozialen Aufstiegs, das sind Schulen des sozialen Aufstiegs. Um diese müssen wir uns kümmern. Mit diesen gelingt es, sozialen Hintergrund und Bildungserfolg zu entkoppeln.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Diese Messlatte reißen Sie. Das Ergebnis in den Gemeinschaftsschulen ist, dass die leistungsschwächeren Schüler ihre Schwierigkeiten haben.

Herr Minister, Sie wollen für Stabilität für die Schulen und die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer gesorgt haben.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Abg. Schebesta!

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Redezeit!)

Werkrealschulen machen sich Sorgen um ihren Standort,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Redezeit!)

Lehrkräfte dort machen sich Sorgen darum,

(Glocke der Präsidentin)

welche Perspektive sie an dieser Schulart in Zukunft noch haben, an welche Schulart sie versetzt werden. Die Realschulen sorgen sich um ihren Ruf. Die Gemeinschaftsschulen sagen: „Wir brauchen Differenzierung.“

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Saft abstellen!)

Das ist doch keine Stabilität, die Sie in die Schulen gebracht haben, sondern große Unruhe. So wird Bildungserfolg in Baden-Württemberg nicht gelingen.

Wir werden dafür sorgen, dass das nach der Landtagswahl 2016 wieder besser wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Frau Sitzmann ist heute schon schwarz angezogen!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Boser.

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Schebesta, Sie vergleichen doch Äpfel mit Birnen. Wenn Sie sagen, Sie hätten den Bildungshaushalt anwachsen lassen, dann verschweigen Sie nach wie vor, dass die Stellen für die Klassenteilerenkung nicht durchfinanziert waren, die Mittel nur bis 2012 vorgesehen waren.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Wir haben das am Ende mit durchfinanziert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir haben die Bildungsausgaben pro Schüler um 18 % anwachsen lassen. Wir geben Gelder für die Kleinkindbetreuung in Höhe von 700 Millionen € pro Jahr. Das sind Gelder, die Sie, wenn Sie die Grunderwerbsteuer senken, kürzen wollen.

(Zurufe von der CDU)

Wir geben Gelder für die Schulsozialarbeit in Baden-Württemberg. Sie haben jedes Jahr bei den Haushaltsberatungen Streichanträge gestellt, damit die Schulsozialarbeit zukünftig nur noch eine kommunale Aufgabe ist.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Unglaublich!)

Wir haben die Zahl der Poolstunden an den Gymnasien erhöht, die Sie damals unter Oettinger von zwölf auf zehn gekürzt haben. Das war Ihre Antwort auf die Entlastung durch G 8. Eine weitere Antwort war, dass Sie in den naturwissenschaftlichen Fächern Stunden streichen wollten. Das haben Sie dann aber ausgesetzt.

Wir geben den Realschulen Gelder, Poolstunden, die Sie den Schulen niemals mit auf den Weg gegeben haben. Wir haben den Bildungshaushalt erstmals auf ein Volumen von über 10 Milliarden € anwachsen lassen. Wir haben die Studiengebühren in Baden-Württemberg abgeschafft. Wir haben die Gelder für die Weiterbildung in Baden-Württemberg erhöht und damit endlich an den bundesweiten Durchschnitt angenähert. Das sind Sie niemals in irgendeiner Form angegangen. Wir haben Lob dafür bekommen, dass wir uns auch um die Weiterbildung im Land kümmern und Bildung allumfassend denken.

Wir haben die Ressourcen für die Krankheitsvertretung erhöht, und zwar von 1 200 auf 1 600 Stellen. Wir haben zusätzliche Mittel in Höhe von 70 Millionen € bereitgestellt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ich frage mich, warum die alle demonstriert haben!)

– Herr Schebesta, im Moment demonstriert niemand. Im Moment bekommen wir Lob für unsere Bildungspolitik in Baden-Württemberg, und zwar an allen Schulen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Wir bekommen Lob vom Philologenverband für den niedrigen Umfang an Unterrichtsausfällen. Wir bekommen Lob vom

BLV für unsere klaren Worte zur Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 sowie für das geringe Unterrichtsdefizit. Wir bekommen Lob von der GEW für die Einführung der Gemeinschaftsschule und für die Investitionen – –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Von der GEW?)

– Herr Kollege Zimmermann, Sie können ja gern gegen die GEW sein, aber die GEW ist nach wie vor der größte Lehrerverband in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen)

Gehen Sie doch einmal zu den Lehrerinnen und Lehrern und sagen denen, was Sie von der GEW halten. Das finde ich schon fulminant.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn das nicht alles Beweise dafür sind, dass die grün-rote Landesregierung in Bildung investiert, und zwar mehr als die CDU-geführten Regierungen in den Jahren zuvor, dann weiß ich nicht, was man noch alles machen muss.

Wir haben aktuell an den Gymnasien die Zahl der Stunden zur Verbesserung des Übergangs von der Mittelstufe zur Oberstufe um 111 Deputate erhöht. Auch damit stärken wir die Gymnasien vor Ort. Es tut mir leid, aber bei allem anderen, was Sie hier behaupten, vergleichen Sie Äpfel mit Birnen.

Noch ein Wort zu den Stellenstreichungen.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Frau Kollegin, bitte kommen Sie zum Ende.

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Als wir 2011 die Regierung übernommen haben, lag bereits ein Haushalt vor, mit dem gemäß der Forderung der CDU 711 Lehrerstellen gestrichen werden sollten. Diese Landesregierung hat jedoch nicht das umgesetzt, was Sie vorhatten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Frau Präsidentin! Ich möchte zunächst auf einen Aspekt eingehen, den meine Vorredner von CDU und SPD ganz zu Beginn angesprochen haben. Diese hatten es als problematisch dargestellt, dass sich Eltern in Baden-Württemberg dazu entscheiden, ihre Kinder in Schulen in freier Trägerschaft zu schicken.

Ich finde, das muss klargestellt werden. Die FDP/DVP steht zu den Schulen in freier Trägerschaft,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir auch!)

wenn sie eine Ergänzung des gegliederten Bildungswesens sind. Daran ist überhaupt nichts zu kritisieren, weder von der SPD noch von der CDU.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das haben wir nicht kritisiert!)

(Dr. Timm Kern)

Eines ist aber auch klar: Wenn Eltern in Baden-Württemberg das Gefühl haben, dass an den staatlichen Schulen nicht mehr die Leistung erbracht wird, die sie sich für ihre Kinder erhoffen, dann werden die Privatschulen wie Pilze aus dem Boden schießen, und das muss verhindert werden.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist die Erklärung! Jawohl!)

Schulen in freier Trägerschaft: ja, aber nur als Ergänzung des gegliederten Bildungswesens.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Dazu muss man sie aber auch entsprechend auskömmlich finanzieren, damit sie Schulen in freier Trägerschaft in sozialer Verantwortung sein können. Das verhindern Sie jedoch. Darauf werden wir beim nächsten Tagesordnungspunkt aber noch zu sprechen kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ein weiterer Punkt: Herr Kultusminister, dass ausgerechnet Sie hier das Wort „Lüge“ in den Mund nehmen, finde ich ein starkes Stück. Sie haben über mich persönlich an einer Schule im Landkreis Ludwigsburg behauptet, ich hätte gesagt, die Gemeinschaftsschulen seien ein Verbrechen an Kindern. Das war wahrheitswidrig. Das wissen Sie ganz genau. Dafür gibt es Zeugen. Das habe ich nie gesagt. Ich warte bis heute auf eine Entschuldigung von Ihnen. Das habe ich Ihnen persönlich krummgenommen.

Ein weiterer Punkt: Der Kultusminister hat hier wieder einmal vom Zweisäulenmodell und von der einen Schule für alle gesprochen. Wenn es nach dieser Landesregierung geht, soll es in Baden-Württemberg zukünftig nur noch zwei Schularten geben: auf der einen Seite das Gymnasium, auf der andern Seite die Gemeinschaftsschule.

Das halten wir Freidemokraten für eine dramatische Verarmung der Bildungslandschaft in Baden-Württemberg. Wir sind für ein vielfältiges gegliedertes Bildungswesen, das bis 2011 seine Leistungsfähigkeit eindrucksvoll bewiesen hat: niedrigste Schulabbrecherquote unter allen 16 Bundesländern, niedrigste Sitzenbleiberquote unter allen 16 Bundesländern und niedrigste Jugendarbeitslosigkeit.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Das vielfältige gegliederte Bildungswesen hat seine Leistungsfähigkeit bewiesen.

Deshalb setzen wir uns für den Erhalt von Sonderschulen, von Förderschulen, von Werkrealschulen, von Realschulen, von Gymnasien und auch der zahlreichen beruflichen Bildungsgänge ein, weil die Menschen nicht gleich sind, sondern unterschiedliche Interessen, unterschiedliche Begabungen und unterschiedliche Motivationen mitbringen. Für diese Vielfalt der Menschen ist nach Ansicht der FDP/DVP ein vielfältiges gegliedertes Bildungswesen notwendig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie wollen die eine Schule für alle. Das ist das Gegenteil von dem, was die FDP/DVP will. Wir wollen für jede Schülerin und für jeden Schüler die passende Schule, aber nicht die eine Schule für alle, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn der Kollege Lehmann beim Landesschülerkongress die zahlreichen Bildungswege in Baden-Württemberg als – Zitat – „Schrott“ bezeichnet,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

dann spricht das eine deutliche Sprache. Wir sind der Meinung, das Bildungssystem in Baden-Württemberg ist eben nicht Schrott. Wenn der Vorsitzende des Bildungsausschusses des baden-württembergischen Landtags diese zahlreichen Wege als „Schrott“ bezeichnet, dann spricht das auch für sich.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Lassen Sie ihn doch einmal zu Wort kommen!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Persönliche Erklärung! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Nach der Debatte!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Genau. Die Debatte ist nun beendet. – Bitte schön, Herr Abg. Lehmann.

**Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE:** Kurze persönliche Erklärung, Herr Dr. Kern. Ich habe auf diesem Kongress gesagt: Dass man sich bundesweit zwischen den Bundesländern nicht auf eine einheitliche Schulstruktur verständigen kann, das ist Schrott. Nach so vielen Jahren haben die Bürger in Deutschland ein Anrecht darauf, dass die Schulzeit in einem Gymnasium in Baden-Württemberg gleich lang ist wie in Rheinland-Pfalz oder wo auch immer, dass die Schulstruktur bundesweit einheitlich sein sollte. Es ist Schrott, wenn man das in Deutschland nicht hinbekommt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Nun hat Herr Abg. Dr. Kern das Wort zu einer persönlichen Erklärung.

(Zurufe, u. a. des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Frau Präsidentin, ich zitiere aus den „Badischen Neuesten Nachrichten“ vom 23. Januar 2016. Die Überschrift lautet:

*Wunsch: Schule zum Wohlfühlen*

In dem Artikel heißt es:

*Als „Schrott“ bezeichnete der grüne Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann die „vielen Schulstrukturen in Baden-Württemberg“.*

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Das war jetzt keine persönliche Erklärung, Herr Dr. Kern.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Es wird ja nicht besser, wenn es in der Zeitung steht!)

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und anderer Gesetze – Drucksache 15/7957**

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Minister Andreas Stoch.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben heute unter Tagesordnungspunkt 3 eine Änderung des Schulgesetzes und anderer Gesetze als Beratungsgegenstand zu behandeln. Ich möchte vorweg betonen, dass für mich, für uns als Landesregierung und auch für die regierungstragenden Fraktionen die Schulen in freier Trägerschaft ein wichtiger Bestandteil unseres Schulsystems sind und insbesondere angesichts der aktuellen Veränderungen in unserer Schul- und Bildungslandschaft gerade auch beim Thema Inklusion eine zentrale Rolle spielen.

Die gemeinsame Wahrnehmung von Bildungsaufgaben durch die öffentliche Hand und freie Träger hat sich in Baden-Württemberg seit langer Zeit bewährt. Die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure im Bildungsbereich ist dabei nicht nur Ausdruck einer pluralistischen Gesellschaft, sondern auch ein Beitrag zum Funktionieren unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Bewährt hat sich nämlich auch die Zusammenarbeit, weil die freien Partner wichtige pädagogische Impulse setzen und so dazu beitragen, dass sich Bildungsangebote in einem fairen Wettbewerb weiterentwickeln können.

Im Bereich der Sonderpädagogik sind die freien Träger in Baden-Württemberg traditionell besonders stark. Rund ein Viertel der früheren Sonderschulen bzw. der jetzigen sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren befinden sich in freier Trägerschaft. Dieses Know-how ist insbesondere bei der Umsetzung von Inklusion von großer Bedeutung.

Deswegen wollen wir mit der vorgesehenen Gesetzesänderung die Möglichkeit schaffen, dass allgemeine Schulen bei der Inklusion verstärkt auch von sonderpädagogischen Kompetenzen der Lehrerinnen und Lehrer an freien Schulen profitieren. Wir erfüllen damit einen entsprechenden Auftrag des Landtags vom 15. Juli 2015, nämlich die Kooperationsmöglichkeiten für öffentliche und private Schulen bei der sonderpädagogischen Bildung auszuweiten.

Baden-Württemberg war und ist im Bereich der Sonderpädagogik traditionell sehr gut aufgestellt. Deshalb war es uns wichtig, die Professionalität und die Kompetenzen in diesem Bereich im Rahmen der Inklusion zu bewahren und so weiterzuentwickeln, dass die jungen Menschen im Land, egal, ob sie an einer Sonderschule, an einem sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum oder an einer allgemeinen Schule beschult werden, auch künftig maximal von diesem Wissen, von dieser sonderpädagogischen Expertise profitieren können, und zwar unabhängig davon, wo der jeweilige Lernort definiert wird.

Das Wahlrecht der Eltern war und ist für uns der entscheidende Punkt. Es wurde im vergangenen Jahr im Rahmen der entsprechenden Schulgesetzänderung ins Schulgesetz eingeführt. Eltern haben heute die Möglichkeit, frei zu entscheiden, ob ihr Kind an einer allgemeinen Schule oder einem sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum lernen soll. Mit diesem Mehr an Freiheit wird auch ein Mehr an Flexibilität aufseiten der Schulverwaltung notwendig, denn daran, wie viele Eltern sich für ein inklusives Bildungsangebot entscheiden, bemisst sich natürlich auch der Bedarf an Sonderpädagogen an allgemeinen Schulen.

Um hier die Optionen zu erweitern, wollen wir in enger Abstimmung mit den Privatschulverbänden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sonderpädagogische Fachkräfte von freien Schulen bei Bedarf auch an öffentlichen Schulen eingesetzt werden können. Der heute diskutierte und dann auch zur Abstimmung kommende Gesetzentwurf sieht vor, dass die privaten sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren für eine an einer öffentlichen Schule eingesetzte Lehrkraft zusätzlich zur Erstattung der Personalkosten einen Zuschlag in Höhe von 15 % erhalten, um den zusätzlichen Aufwand und das Ausfallrisiko auszugleichen.

Diese Regelung ist, so meine ich, eine gute und auch für alle Beteiligten faire Lösung. Begleitend wird in Kürze eine entsprechende Rahmenvereinbarung mit der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen unterzeichnet. Generell gilt, dass es richtig und notwendig ist, die freien Schulen dabei in ihrer Arbeit finanziell zu unterstützen. Denn qualitätsvolle Bildungsangebote hängen auch von den finanziellen Möglichkeiten ab. Die Zuschüsse für die sogenannten Kopfsatzschulen haben wir deshalb im Laufe dieser Legislaturperiode bereits mehrfach angehoben. Dies ist ein weiterer wichtiger Punkt dieser Schulgesetzänderung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den weiteren Zuschusserhöhungen, die nun beschlossen werden sollen, wird ein einheitlicher Deckungsgrad von mindestens 78,1 % der Kosten eines Schülers an einer öffentlichen Schule erreicht, ein Wert, von dem die Privatschulen unter den früheren Landesregierungen trotz der immer wieder versprochenen 80 % nur träumen konnten. Die Stellungnahmen, die uns zu diesem Gesetzentwurf vonseiten der Privatschulverbände erreicht haben, drücken dementsprechend unisono Anerkennung und Zustimmung aus und begrüßen den Entwurf ausdrücklich.

Ich darf zusammenfassen: Insgesamt wurden die Zuschüsse an die Privatschulen in dieser Legislaturperiode fünf Mal – also jedes Jahr ein Mal – strukturell, nicht infolge höherer Schülerzahlen, um insgesamt 72,5 Millionen € erhöht. Hinzu kommen Erhöhungen durch die im Privatschulgesetz verankerte Dynamisierung aus der Erhöhung der Beamtenbesoldung und aufgrund steigender Schülerzahlen. Mit den weiteren Erhöhungsschritten, die in diesem Gesetzentwurf vorgesehen sind, wird das Zuschussvolumen in diesem Jahr insgesamt um rund 160 Millionen € höher liegen als noch zu Beginn dieser Legislaturperiode. Die Zahlen: 2011 waren es 431 Millionen €, jetzt, im Jahr 2016, sind es 589 Millionen €.

Deshalb, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ist dieser Gesetzentwurf ein weiterer wichtiger und guter Schritt, der von einer breiten Basis und auch von den Privatschulverbänden voll

(Minister Andreas Stoch)

unterstützt wird. Deswegen hoffe ich und gehe ich davon aus, dass Sie alle dieser Gesetzesänderung zur Stärkung der privaten Schulen und zur Stärkung einer verbesserten Kooperation zwischen dem allgemeinen Bereich und dem Privatschulbereich zustimmen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Wacker.

**Abg. Georg Wacker** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Schulen in freier Trägerschaft haben nicht nur einen Anspruch auf öffentliche Unterstützung; sie verdienen sie auch, weil sie eine hervorragende pädagogische Arbeit leisten. Sie ergänzen nicht nur das öffentliche Schulwesen, sondern bereichern es auch durch ihre pädagogischen Innovationen. Das möchte ich für die CDU-Fraktion gleich an den Anfang stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist allerdings, meine Damen und Herren, auch kein Wunder, dass die Landesregierung jetzt endlich die Anpassung als notwendigen Schritt vollzieht. Denn angesichts der außerordentlich günstigen Steuereinnahmen, über die diese Landesregierung im Moment verfügt, ist es eine Pflicht, dass gerade in dieser Zeit auch das Bruttokostenmodell in Gänze schnellstens umgesetzt wird.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Damit können Sie sich nicht rühmen, sondern das ist eine Pflichtaufgabe, die Sie mit diesem Gesetz auch erfüllen.

Meine Damen und Herren, es ist davon auszugehen, dass die Schulen in freier Trägerschaft eine weitere öffentliche Unterstützung benötigen. In der vorherigen Debatte ist zu Recht darauf hingewiesen worden – deshalb kann ich, Herr Minister, dieses Thema auch nicht aussparen –: Wir haben schon eine Schere, die deutlich auseinandergeht. Interessanterweise vollzieht sich die Öffnung der Schere bei der Schülerzahlentwicklung bei den Privatschulen im Vergleich zum öffentlichen Schulwesen sehr deutlich seit dem Jahr 2011. Wir haben es seit dem Jahr 2011 mit einer Umwälzung des Bildungssystems zu tun.

Ich sage dies in aller Deutlichkeit; denn gerade in den Jahren 2011 bis 2013/2014 haben an den Realschulen die Schülerzahlen um 4,1 % abgenommen; an den öffentlichen Gymnasien betrug der Rückgang 0,3 %. Wenn die Menschen volles Vertrauen in das öffentliche Schulwesen hätten, müssten sich die Schülerzahlen an den Privatschulen genauso entwickeln. Das tun sie allerdings nicht. Wir haben in diesem Zeitraum an den Privatschulen bei den Realschulen ein Plus von 2,1 % und bei den Gymnasien sogar ein Plus von 6,5 %.

Die Schülerzahlen an den Privatschulen haben also deutlich zugenommen, während sie an den öffentlichen Schulen tendenziell zurückgehen. Diese Entwicklung setzt sich in den da-

rauf folgenden Jahren fort. Das ist eine Entwicklung, die wir mit größter Sorge beobachten müssen vor dem Hintergrund: Es kann nicht sein, dass die Förderung der Privatschulen sich im Grunde nur darauf konzentriert, das Defizit Ihrer Bildungspolitik im öffentlichen Schulwesen beseitigen zu müssen –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

obwohl selbstverständlich die Schulen in freier Trägerschaft auch dann diese finanzielle Unterstützung verdienen und einen Anspruch darauf haben.

Zweite Bemerkung, Inklusion: Es war die CDU-Fraktion, die zum Inklusionsgesetz einen Antrag eingebracht hatte, den Grün-Rot abgelehnt hat. Ich zitiere den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Änderung des Schulgesetzes:

*Zur Umsetzung der Inklusion können sonderpädagogische Lehrkräfte der freien Schulen an den öffentlichen Schulen des Landes eingesetzt werden.*

Das haben Sie seinerzeit ohne Begründung abgelehnt. Jetzt tun Sie es.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Hört, hört!)

Herzlich willkommen! Sie sind auch bereit, von der Opposition zu lernen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir halten diesen Schritt für notwendig, sagen aber auch gleichzeitig: Dem, was wir als notwendig und im Ergebnis als richtig bewerten, ist ergänzend hinzuzufügen: Sie machen eine Gerechtigkeitslücke auf, meine Damen und Herren. Die Versorgungsabgabe ist die größte Sünde, die Sie in diesem Zusammenhang dem Parlament vorlegen. Es kann doch nicht sein, dass Sie eine Versorgungsabgabe für neue beamtete Lehrkräfte, die nach dem Stichtag des Jahres 2014 jetzt im Privatschulwesen übernommen werden, einführen wollen.

Es kann nicht sein, dass die Schulen in freier Trägerschaft, die einen sehr hohen Anteil an beamteten Lehrern haben, gegenüber den Schulen, die einen sehr geringen Anteil an beamteten Lehrkräften haben, benachteiligt werden. Wenn Sie mit den Schulen in freier Trägerschaft reden, werden Sie feststellen, dass es nicht wenige Privatschulen sind, die genau durch diese Ungleichbehandlung, die Sie jetzt sozusagen im Privatschulgesetz systematisieren, erhebliche finanzielle Schwierigkeiten haben. Meine Damen und Herren, das ist schlicht und einfach inakzeptabel. Wir wollen auch hier eine gerechte Balance zwischen den Schularten innerhalb des Privatschulwesens. Sie schaffen eine Ungleichheit, die wir nicht akzeptieren können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Im Übrigen, wenn Sie das Einvernehmen mit den Privatschulverbänden würdigen, darf ich in diesem Zusammenhang, was die Umsetzung der Versorgungsabgabe betrifft, ein Zitat aus einem Schreiben des Privatschulverbands anführen:

*Der aktuell vorliegende diesbezügliche Entwurf widerspricht deutlich dem im Herbst 2013 im Vorfeld der Vereinbarung zwischen Vertretern des Kultus-, Finanz- und Wirtschaftsministeriums und den Vertretern der AGFS ausgehandelten Verfahren.*

(Georg Wacker)

Auch das ist Bestandteil der Wahrheit. Sie haben an dieser Stelle die Privatschulverbände vom Tisch gefegt.

Meine Damen und Herren, eine letzte Bemerkung: Wir finden es außerordentlich schade, dass Sie hier die Zusage nicht eingehalten haben, dass Sie sich nicht an die parlamentarischen Spielregeln halten. Auch dieser Gesetzentwurf ist so sehr mit heißer Nadel gestrickt worden, dass wir hierzu eine Sonder-sitzung des zuständigen Ausschusses benötigen; wir haben den Gesetzentwurf im Grunde erst vor wenigen Stunden erhalten. Das ist meines Erachtens kein guter parlamentarischer Brauch. Aber eine neue Landesregierung im Jahr 2016 wird hier Besseres tun, als diese Regierung es getan hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Poreski.

**Abg. Thomas Poreski** GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Wacker, Sie haben Ihre Pflichtaufgabe gerade so erfüllt, hier noch ein bisschen Wahlkampf zu betreiben.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut erfüllt!)

Inhaltlich ist dazu kein Anlass gegeben.

Die heute zur Debatte stehende Vorlage ist schlicht und einfach ein Gesetz zur Harmonisierung. Sie erfüllt den Auftrag eines Entschließungsantrags, den wir fraktionsübergreifend, sogar einstimmig, am 15. Juli des vergangenen Jahres hier beschlossen haben. Dabei haben Sie mitgestimmt. Es geht dabei nämlich um Inklusion, um die unkomplizierte Kooperation von freien und staatlichen Schulen im Bereich der Inklusion. Der zweite Teil ist die Verbesserung der Förderung der Privatschulen. Diese wird jetzt auf eine transparente Grundlage gestellt. Auch das ist eigentlich kein Aufreger.

Zunächst zur Inklusion: Mit der vorgesehenen Gesetzesänderung wird es möglich, dass Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, die an einer Privatschule angestellt sind, mit einer pragmatischen, auskömmlichen Erstattungsregelung auch an staatlichen Schulen arbeiten können, um dort Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu unterstützen. Das musste man erst einmal rechtlich einordnen bzw. entsprechend formulieren, weil es nicht so ganz unkompliziert ist.

Auch bisher war diese Unterstützung möglich. Dann galten aber die Inklusionsschülerinnen und -schüler nicht mehr als inklusiv beschult, sondern waren plötzlich wieder Schüler einer Sonderschule, obwohl sie dort gar nicht unterrichtet worden sind. Inklusiv beschulte Kinder wurden quasi exkludiert. Das liegt am komplizierten Dienstrecht. Deswegen hat es auch mit der Gesetzesänderung ein bisschen gebraucht. Die Folge, die ich gerade benannt habe, war natürlich nicht der Wille des Gesetzgebers. Dies wird jetzt entsprechend unserem gemeinsamen Entschließungsantrag rechtlich sauber geändert.

Die neue Regelung gilt ab dem kommenden Schuljahr, um die bisherigen Konstrukte nicht innerhalb des Schuljahrs durcheinanderzubringen. Es stellt sich aber die Frage, was mit de-

nen passiert, die es im Vorgriff auf die neue Regelung schon richtig gemacht haben und die bereits eine unkomplizierte Erstattungsregelung angewandt haben. Die Antwort liegt auch da auf der Hand. Auch sie ist kein Aufreger.

Da die bisherige Regelung in der Wirkung nicht dem Willen des Gesetzgebers entspricht – wir wollten inklusive Beschulung ermöglichen –, kann hier juristisch von einer planwidrigen Gesetzeslücke gesprochen werden. Auch das ist nichts Einmaliges in der Historie. Alle, die diese Lücke durch pragmatisches Verwaltungshandeln stimmig geschlossen haben, haben keinen Fehler gemacht. Darin bin ich auch mit dem Kultusminister einig.

Die Förderung der freien Schulen haben wir in den vergangenen Jahren Schritt für Schritt massiv erhöht. Der Kultusminister hat dies bereits aufgelistet. Damit haben wir uns einer Förderung von 80 %, die wir mittelfristig zugesagt haben, angenähert. Die Steigerung fiel auch deswegen so hoch aus, weil sich in den vergangenen Jahren die Bemessungsgrundlage erweitert hat. Denn wir haben die Pro-Kopf-Ausgaben für alle Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren um rund 20 % erhöht. Das ist ein historischer Zuwachs für die Bildung in unserem Land. Das ist auch kein Zufall. Denn die Kinder in Baden-Württemberg sind uns das wert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Parallel dazu haben wir mit den Privatschulen vereinbart, dass auch sie sich künftig Schritt für Schritt an der Altersversorgung der bei ihnen arbeitenden Beamten beteiligen.

(Abg. Tobias Wald CDU: „Vereinbart“! Erpresst!)

Auch das ist kein Skandal. Das ist eine Vereinbarung.

Wenn wir das heute im Entwurf vorliegende Gesetz nicht verabschieden würden, würde sich dadurch die Förderquote an einzelnen Schulen wieder verringern. Das wollen wir natürlich nicht.

Zugleich gilt es, ein neues und recht kompliziertes Urteil des Verwaltungsgerichtshofs zur Finanzierung der Privatschulen einzubeziehen. Zwischen den Privatschulen und dem Kultusministerium gibt es nun die Verabredung – auch das ist ein Konsens –, dass beide Seiten das Urteil auswerten und auf dieser Basis ab Ende März verhandeln.

Als Überbrückungsregelung gibt es die heute zur Debatte stehende Regelung, die das Förderniveau einheitlich auf 78,1 % fest schreibt, also auch bei den Schulen, die besonders viele Beamte angestellt haben. Das ist sowohl relativ als auch absolut sehr viel mehr, als es unter Schwarz-Gelb je gab.

In diesem Sinn ist dies ein gutes, ein notwendiges Gesetz, das, wenn Sie die Verführung des Wahlkampfs ausklammern – das ist Ihnen bisher nicht ganz gelungen –, in diesem Haus auch einmütig verabschiedet werden kann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Mit der heutigen Gesetzesvorlage schließen wir erfolgreich ein Zwischenkapitel, ein weiteres Kapitel in der zuverlässigen Partnerschaft zwischen der neuen Landesregierung und den Schulen in freier Trägerschaft.

Dies wird uns sowohl ermöglichen, Verbesserungen beim Thema „Erweiterung und Einsatzmöglichkeit im Bereich Inklusion“ zu erzielen, als auch das Thema Finanzen einen weiteren Schritt voranzubringen. Denn das Verhältnis zwischen Schwarz-Gelb und den Schulen in freier Trägerschaft hat sich leider im Wesentlichen durch Taschenspielertricks und nicht durch eingehaltene Zusagen ausgezeichnet. Sie haben nämlich immer wieder eine finanzielle Förderung in Aussicht gestellt. Sie haben aber Ihren Worten nie wirklich strukturell Taten folgen lassen. Von dem Ziel, das Sie zugesagt hatten, nämlich einer Finanzierung von 80 % nach dem Bruttokostenmodell, waren Sie 2011 – gefühlt – Lichtjahre entfernt.

Die Tabelle auf Seite 18 des Gesetzentwurfs ist hier eindeutig. Zum Teil mehr als zehn Prozentpunkte haben Sie von dem gesetzlich formulierten Ziel getrennt.

Es war mit einer der ersten Maßnahmen der neuen Landesregierung, die Förderung der Schulen in freier Trägerschaft strukturell sofort zu erhöhen. Die Zahlen sind in der Tat eindrucksvoll. Minister Stoch hat sie bereits ausgeführt.

Neben den leicht steigenden Schülerzahlen ist dieser Anstieg in erster Linie gerade durch die Anhebung der strukturellen Förderung zu erklären. Der nächste Erhöhungsschritt 2016 steht mit einer Jahreswirkung von erneut 16 Millionen € an. Im Zuge des Zweiten Nachtragshaushalts haben wir noch einen Erhöhungsschritt von weiteren 17 Millionen € on top gesetzt. Damit erhalten die Privatschulen mindestens 78 % der Kosten eines Schülers an einer öffentlichen Schule refinanziert. Strukturell erhöhen wir damit in der laufenden Legislaturperiode die Zuschüsse insgesamt um 72,5 Millionen €.

Diese Zahlen belegen: Wir stehen auch weiterhin für eine faire Finanzausstattung und für das anzustrebende Ziel von 80 %. Dass wir heute prozentual immer noch leicht darunterliegen, hängt mit den hohen Investitionen zusammen, die wir, auch die SPD, bewusst im öffentlichen Schulsystem vorgenommen haben. Damit verändert sich die Berechnungsgrundlage, und deswegen haben wir im Dezember noch einmal nachgelegt.

Dass unsere Anstrengungen auch von den Privatschulen honoriert werden, belegt das Rundschreiben der AG Freier Schulen an alle Schulen vom 8. Januar. Dort heißt es wörtlich – ich zitiere –:

*Auch wenn das Ziel einer Förderung in Höhe von 80 %, das sich die Regierungsparteien in der Koalitionsvereinbarung gesetzt haben, aktuell noch nicht erreicht ist, wurden in den vergangenen Jahren wichtige Schritte unternommen. Unser Dank geht insbesondere auch an die beiden Fraktionsvorsitzenden von B 90/Grüne Edith Sitzmann und SPD Claus Schmiedel, die in intensiven Gesprächen mit der AGFS in den vergangenen Monaten diese Entwicklung ermöglicht haben.*

Das ist kein Lob von uns. Das ist ein Lob von den freien Schulen für die Politik dieser Landesregierung.

Das Ziel der SPD ist es weiterhin, die 80 % zu erreichen. Im Gegensatz zur CDU verbinden wir unsere Zusagen nicht mit dem großen F-Wort, das bei Ihnen für „Finanzierungsvorbehalt“ steht. Im Gegenteil: Die SPD ist die Partei, die dafür gesorgt hat, dass der Bildungsetat heute mehr als 10 Milliarden € umfasst. Die SPD ist die Partei, die die Streichung von Tausenden Lehrerstellen verhindert hat, und die SPD ist die Partei, die auch in Zukunft für Bildungsgerechtigkeit im öffentlichen wie im freien Schulwesen ist. Daher unterstützen wir das Gesetzesvorhaben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist verständlich, dass Sie sich jetzt feiern lassen wollen. Nachdem die Geschichte Ihrer Bildungspolitik in den vergangenen fünf Jahren vor allem eine Geschichte des Scheiterns war, bringt Ihre Regierung zum Schluss noch einen Gesetzentwurf ein, der allgemeine Zustimmung findet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Auch die FDP/DVP-Fraktion unterstützt die Anliegen dieses Gesetzentwurfs. Aber auch auf die Gefahr hin, dass ich Ihnen jetzt die Feierlaune verderbe:

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Überschätzen Sie sich nicht!)

Der eine Teil des Gesetzentwurfs besteht in einer nachträglichen Reparaturmaßnahme zum Inklusionsgesetz, und der andere in einem längst überfälligen Schritt zur Anhebung der Privatschulzuschüsse,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Den ihr ja nie vollzogen habt!)

um den diese Regierung sowieso nicht herumgekommen wäre.

Zunächst zur nachträglichen Reparaturmaßnahme: Lehrkräfte aus Sonderschulen in freier Trägerschaft sollen künftig im Rahmen der Inklusion auch an staatlichen Schulen eingesetzt werden können. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, der aber § 38 Absatz 1 des Schulgesetzes entgegensteht, wonach an staatlichen Schulen eingesetzte Lehrkräfte Bedienstete des Landes sein müssen. Die FDP/DVP-Fraktion hat deshalb bereits bei den Beratungen zum Inklusionsgesetzentwurf den Antrag gestellt, diesen Paragraphen zu streichen – aber vergeblich. Grün-Rot lehnte ab.

Nun soll mit einiger Verspätung dasselbe Problem auf andere Weise behoben werden. Wir Freien Demokraten wollen dieser Regelung nicht im Weg stehen und werden abwarten, inwieweit sie sich bewährt.

Leider wird der späte Zeitpunkt der Regelung zur Überlassung von Lehrern privater Sonderschulen zum Vorwand genommen, diese erst zum 1. August 2016 in Kraft treten zu lassen, obwohl die Kooperation bereits im laufenden Schuljahr praktiziert wird. Dies ist praxisfern, bringt die Verantwortli-

(Dr. Timm Kern)

chen vor Ort in Schwierigkeiten und lässt sie hinsichtlich der Finanzierung im Regen stehen. Korrekt wäre es, die nachträgliche Reparaturmaßnahme als solche einzugestehen und die Regelung zeitgleich mit dem Gesetz in Kraft treten zu lassen.

Der Landesverband für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung wurde nicht in die offizielle Anhörung einbezogen – aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion ein unverständlicher Fauxpas –, hat aber dennoch eine Stellungnahme abgegeben.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Darin verweist der Verband darauf, dass die Berechnungsgrundlage für die Kostenerstattung unklar ist. Dies wäre nicht so schlimm, wenn die freien Schulen darauf vertrauen könnten, dass in solchen Fragen fair mit ihnen verfahren wird. Leider sind die freien Schulen in Bezug auf die Berechnung der Zuschüsse des Kultusministeriums aber gebrannte Kinder.

Insgesamt unterstützen wir das Vorhaben zwecks erleichterter Kooperation zwischen staatlichen Schulen und Sonderschulen in freier Trägerschaft. Es zeigt, dass das Personal und die Kompetenz der Sonderschulen insgesamt für die Inklusion unverzichtbar sind. Wir erneuern deshalb unsere Forderung, die Sonderschulen nicht ausbluten zu lassen. Sie sollten nicht nur wieder Sonderschulen heißen – nachdem Grün-Rot ihnen den Namen schon einmal weggenommen hat –, sondern die Kompetenzzentren sein, von denen aus die Inklusion koordiniert und fachlich betreut wird.

Unterstützen wird die FDP/DVP-Landtagsfraktion auch die Erhöhung der Zuschüsse für die Schulen in freier Trägerschaft. Insbesondere bei den freien Gymnasien waren die Deckungsgrade stark eingebrochen, wie der letzte Privatschulbericht gezeigt hat. Also verdanken wir diese Erhöhung weniger der grün-roten Landesregierung als vielmehr dem Bruttokostenmodell. Indem es die gestiegenen Deckungslücken transparent macht, ist es aus Sicht der FDP/DVP ein Warnsystem, das es zu bewahren gilt. 80 % Deckungsgrad sind schließlich das Ziel aller im Landtag vertretenen Fraktionen. Erreicht werden mit dieser Erhöhung aber lediglich 78,1 %.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Wie viel war es bei Ihnen?)

Also bleibt noch einiges zu tun, zumal nach wie vor Kostenblöcke wie die Ganztagsbetreuung aus der Bruttokostenrechnung ausgeklammert werden. Dafür hat die Landesregierung den freien Schulen aber einseitig eine Versorgungsabgabe aufgebremmt, rund 12 000 € pro neu eingestelltem verbeamteten Lehrer – das ist keine Kleinigkeit.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!  
– Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Wenn die hieraus resultierenden Kosten der freien Schulen gegengerechnet werden, ist dies für Grün-Rot ein Spiel – linke Tasche, rechte Tasche –, für manche freien Schulen aber ein existenzbedrohliches Verlustgeschäft.

Was sollen die freien Schulen in solch einer Situation auch anderes machen als gute Miene zum bösen Spiel, bei dem sich Grüne und SPD kurz vor der Wahl als Helden der Privatschulfinanzierung feiern wollen?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wäre Grün-Rot auch zukünftig an freien Schulen in sozialer Verantwortung gelegen, hätten Grüne und SPD gemeinsam mit den Privatschulverbänden ein Modell zur Bezuschussung von Ganztagschulen entwickelt – so, wie CDU und FDP/DVP seinerzeit das Bruttokostenmodell gemeinsam mit den Privatschulverbänden entwickelt haben.

Damit ist die Zukunftsaufgabe beschrieben, zu der Grün-Rot der Wille und auch der Mut fehlen.

Positiv ist die Aufnahme der Berufsschulen in die Privatschulbezuschussung. Allerdings geschah dies nur auf Druck eines Urteils des Verwaltungsgerichtshofs, wie das Kultusministerium im Entwurf auch zähneknirschend berichtet.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Dabei ist die Berufsschule eine im Schulgesetz verankerte Schulart, sodass eine Bezuschussung freier Berufsschulen eigentlich keine Frage sein sollte.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Andreas Deuschle CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/7957 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist es so beschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum 3. DIBt-Änderungsabkommen und zur Änderung von Vorschriften mit Bezug auf das Deutsche Institut für Bautechnik – Drucksache 15/7931**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, dass in der Ersten Beratung keine Aussprache geführt wird. Die Landesregierung verzichtet auf eine mündliche Begründung des Gesetzentwurfs.

Somit schlage ich vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/7931 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Unabhängigkeit der Landesregulierungsbehörde (LRegBG) – Drucksache 15/7932**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, dass in der Ersten Beratung keine Aussprache geführt wird. Die Landesregierung verzichtet auf eine mündliche Begründung des Gesetzentwurfs.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Somit schlage ich vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/7932 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Bericht und Empfehlungen der Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“ – Drucksache 15/7980**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Einbringung und Vorstellung des Berichts durch den Vorsitzenden der Enquetekommission eine Redezeit von zehn Minuten und für die Aussprache über den Bericht und die Empfehlungen der Enquetekommission eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Bevor ich dem Vorsitzenden der Enquetekommission, Herrn Abg. Rüeck, das Wort erteile, möchte ich es nicht versäumen, im Zuhörerbereich auch einige der ordentlichen und stellvertretenden externen Mitglieder der Enquetekommission, die engagiert an den Beratungen mitgewirkt haben, herzlich zu begrüßen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Zur Einbringung und Vorstellung des Berichts erteile ich zunächst dem Vorsitzenden, Herrn Abg. Rüeck, das Wort.

**Abg. Helmut Walter Rüeck** CDU: Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute kann ein guter Tag für die Pflege in Baden-Württemberg werden. Ich freue mich, Ihnen heute den Bericht der Enquetekommission „Pflege“ vorlegen zu können.

(Der Redner hebt den Bericht hoch und stößt dabei an ein Mikrofon. – Abg. Peter Hauk CDU: Sabotage!)

Er ist die fundierte Basis und der politische Kompass für eine zukunftsorientierte und generationengerechte Gestaltung der Pflege in Baden-Württemberg. Aber es wird nur dann ein guter Tag für die Pflege, wenn die Handlungsempfehlungen auch umgesetzt werden, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich rückblickend die Arbeit der Enquetekommission etwas skizzieren, Ihnen das Erreichte in den Kernpunkten vorstellen und vielleicht auch einen Blick in die Zukunft wagen.

Der Landtag hat am 27. März 2014 – auf Initiative der CDU und auf Antrag aller vier Fraktionen – die Enquetekommission „Pflege“ einstimmig eingesetzt. Die Enquetekommission hat insgesamt 21 Monate gearbeitet, eine kurze Zeit für ein umfassendes Thema. In dieser Zeitspanne haben die Enquetemitglieder 16 Sitzungen, darunter ein öffentliches Fachgespräch und zwölf – oft ganztägige – Anhörungen, bewältigt. Dabei haben 57 Sachverständige mit insgesamt 60 Vorträgen beeindruckende inhaltliche Impulse gegeben. Wie bedeutsam das Thema Pflege für unsere Gesellschaft ist, hat das große Interesse an unseren Anhörungen hier im Plenarsaal auch ge-

zeigt. Insgesamt konnte ich als Vorsitzender nahezu 2 000 Besucherinnen und Besucher zählen.

Der Enquetekommission war es wichtig, verlässliche Datenbasen zu erhalten und zu beraten. Mit dem Antrag Nr. 1 – Bestandsaufnahme der „Pflege“ in Baden-Württemberg – haben wir die Landesregierung in 27 Fragestellungen ersucht, die Entwicklung seit Einführung der Pflegeversicherung 1995 darzustellen und Prognosen bis 2030 aufzuzeigen.

Ergänzend hat die Enquetekommission ein externes Gutachten in Auftrag gegeben. Das Team um Frau Professorin Kricheldorf von der Katholischen Hochschule Freiburg hat u. a. die unterschiedlichen Auswirkungen des demografischen Wandels im Stadt-Land-Vergleich herausgearbeitet. Das Gutachten hat uns neue und entscheidende Entwicklungen, Daten und Erkenntnisse aufgezeigt.

Nach der Auswertungsphase wurden Herausforderungen und Handlungsempfehlungen aus den Anregungen aller Fraktionen zusammengetragen, erneut beraten und schließlich im Abschlussbericht ausformuliert. Heute sind hierin über 600 Handlungsempfehlungen dokumentiert, daneben die gesamte Arbeit der Enquetekommission einschließlich der Anhörungen und der externen Stellungnahmen.

Meine Damen und Herren, heute leben in Baden-Württemberg etwa 300 000 Menschen mit Pflegebedarf. Im Jahr 2030 – das ist nicht irgendwann in ferner Zukunft; das ist morgen – werden es bereits 400 000 sein.

Während im Jahr 2013 noch 122 000 Menschen in der Pflege arbeiteten, müssen wir bis 2030 gut 46 000 Menschen zusätzlich für den Pflegeberuf gewinnen –

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Das stimmt!)

nur um mit der demografischen Entwicklung Schritt halten zu können.

Bei ihrer Arbeit hatte die Enquetekommission stets zuerst die Menschen im Blick – Menschen, die Pflege zu ihrem Beruf gemacht haben, Menschen, die selbst Pflegebedarf haben, Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, und Menschen, die sich in der Pflege bürgerschaftlich engagieren. Jede dieser Gruppen findet sich in unserem Abschlussbericht wieder.

Lassen Sie mich mit den Pflegenden beginnen: Die Attraktivität des Pflegeberufs muss insgesamt gesteigert werden, um mehr Menschen für diesen Beruf zu begeistern und diejenigen, die ihn bereits ausüben, auch langfristig darin zu halten. Das kann nur durch eine Kombination unterschiedlicher Handlungsansätze wie z. B. der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Veränderungen in der Aus- und Weiterbildung erreicht werden.

Derzeit verbleiben Pflegekräfte im Durchschnitt nur 8,4 Jahre in diesem Berufsfeld, und das vor dem Hintergrund, dass in diesem Bereich – laut Arbeitsverwaltung – auf 1 000 freie Stellen 128 Bewerbungen kommen. Ein langfristiger Verbleib in der Pflege kann nur durch eine Senkung der Arbeitsbelastung und eine Verbesserung der Rahmenbedingungen erreicht werden. Auch muss es uns gelingen, verstärkt Pflegenden mit Migrationshintergrund für einen Ausbildungsberuf in der Pflege zu gewinnen.

(Helmut Walter Rüeck)

Die Enquetekommission empfiehlt, sich beim Bundesgesetzgeber für die Aufhebung der Trennung in „ambulant“ und „stationär“ im Pflegebereich einzusetzen. Dies ist wichtig, da Sektorengrenzen Versorgungsbrüche, Bürokratie und unnötige Kosten verursachen.

Meine Damen und Herren, der Mensch mit Pflegebedarf muss im Mittelpunkt stehen – und nicht die zwanghafte Einhaltung einer vorgegebenen Systematik.

Die Zielsetzung, dass Menschen mit Pflegebedarf möglichst lange in ihrer gewohnten oder gewollten Lebenswelt in Würde und selbstbestimmt altern können, zog sich wie ein roter Faden durch die Arbeit der Enquetekommission. Dies wird insbesondere an der großen Anzahl von Handlungsempfehlungen deutlich, die diese Thematik betreffen. So beziehen sich allein 168 Handlungsempfehlungen auf das Kapitel „Lebensgestaltung bei Pflege- und Unterstützungsbedarf“.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir können uns nicht einfach darauf verlassen, dass – so wie bisher – 70 % der Menschen mit Pflegebedarf ausschließlich durch Familienangehörige gepflegt werden. Die familiären, die gesellschaftlichen und nicht zuletzt die beruflichen Rahmenumstände haben sich geändert. Darauf müssen wir reagieren, und zwar sehr schnell.

Um den Verbleib in der gewohnten Lebenswelt zu ermöglichen, sind eine engere Vernetzung der unterschiedlichen Akteure und eine koordinierte Quartiersentwicklung dringend notwendig. Wir brauchen aber auch dringend Entlastungsangebote für pflegende Angehörige, wir brauchen Unterstützungsangebote. Informationsveranstaltungen, Kurse, Entspannungswochenenden und Kuren müssen angeboten und auch finanziert werden, damit aus Pflegenden nicht ganz schnell Pflegefälle werden, meine Damen und Herren. Auch muss das Antragswesen vereinfacht und die Möglichkeit der Betreuung ausgebaut werden. Wir müssen die Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements viel stärker nutzen. Aber ich sage: Auch für die Begleitung und Steuerung brauchen wir professionelle Koordination.

Meine Damen und Herren, Sie finden im Bericht Lösungsmöglichkeiten, um die pflegerische Versorgung in unserem Land zu verbessern und vor allem auch dauerhaft zu gewährleisten. Jetzt liegt es an Ihnen, an uns allen, die Empfehlungen umzusetzen.

Ich werde immer wieder gefragt: Was kostet denn die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission? Meine Damen und Herren, gute Pflege lässt sich nicht in Euro und Cent bemessen, und auch Menschlichkeit und Würde im Alter lassen sich nicht in Euro und Cent berechnen. Die Kosten für eine zukunftsfähige menschliche und professionelle Pflege werden aber sicherlich den Umfang dessen, was wir in den letzten Jahren für die Kinderbetreuung ausgegeben haben, finanziell nicht unterschreiten – vielleicht sogar übersteigen. Aber dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe müssen wir uns stellen. Pflegende und zu Pflegende erwarten dies zu Recht von uns.

Meine Kolleginnen und Kollegen, wir wissen heute noch nicht, wer ab Mai die Landesregierung stellen wird. Jeder hat da so seine Hoffnungen, auch ich. Wir wissen auch nicht, wel-

che Mitglieder der Enquetekommission „Pflege“ dem 17. Landtag von Baden-Württemberg angehören werden.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Dem 16.!)

Aber ich weiß eines: Es wird immer Abgeordnete geben, die diesen Bericht –

(Der Redner hebt den Bericht hoch und stößt dabei an ein Mikrofon. – Zurufe)

– Ja, wir waren eine ruhige Enquetekommission. Jetzt lassen Sie mich am letzten Tag ein bisschen auf die Pauke hauen.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Es wird immer Abgeordnete geben, die die Regierungen, die den Landtag an die Umsetzung erinnern werden.

Zuletzt möchte ich mich bei allen bedanken, die zum Gelingen der Enquetekommission beigetragen haben, zunächst bei den Obleuten – Frau Mielich, Herr Kunzmann, Herr Hinderer und Herr Haußmann – und auch beim stellvertretenden Vorsitzenden Manne Lucha. Ich danke allen weiteren Mitgliedern der Enquetekommission, die ihre große Bandbreite an Lebenserfahrung eingebracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

– Jawohl, das ist einen Applaus wert.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sich selbst beklatscht!)

Vor allem danke ich auch den externen Mitgliedern und deren Stellvertretern – einige sind heute da –, die mit hoher Fachkompetenz und Praxisnähe wertvolle Beiträge geleistet haben: Herr Landrat Thomas Reumann, Herr Professor Dr. Klie, Herr Weisbrod-Frey, Herr Wipp, Herr Kontermann, Herr Dr. Schirmer, Frau Sabine Seifert und Herr Kommerell.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Ein ganz besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle der Enquetekommission, Herrn Holzke, Herrn Mattes, Frau Mühleisen und Frau Thannheimer.

Erwähnen möchte ich auch Frau Möller, die das Protokoll präzise geführt und schnell erstellt hat, und alle weiteren beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtags sowie die parlamentarischen Beraterinnen und Berater.

Ganz besonders danke ich meiner CDU-Fraktion dafür, dass sie meine Idee zur Einsetzung der Enquetekommission aufgegriffen und die Einsetzung beantragt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe eingangs gesagt: Heute kann ein guter Tag für die Pflege in Baden-Württemberg werden. Der erste Schritt dazu ist, dass Sie dem Bericht und den Empfehlungen der Enquetekommission zustimmen. Ich bitte Sie heute ganz herzlich darum.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. Ich danke auch für Ihre Geduld. Mein Auftrag als Vorsitzender der Enquetekom-

(Helmut Walter Rüeck)

mission geht heute zu Ende. Wenn Sie, Frau Präsidentin, gestatten, dann möchte ich Ihnen den Bericht jetzt offiziell übergeben. Der Landtag hat uns dazu beauftragt; in die Hände des Landtags gebe ich den Bericht zurück.

(Der Redner übergibt Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch ein Exemplar des Berichts. – Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Danke schön. Das ist das wichtigste Dokument. – Herzlichen Dank.

**Abg. Helmut Walter Rüeck** CDU: Halt, ich bin noch nicht fertig. – Ein weiteres Exemplar möchte ich der Sozialministerin – stellvertretend für die Landesregierung – überreichen.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau!)

Dafür brauche ich jetzt aber eine Minute, wenn ich sie bekomme.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Sie können dieses Exemplar nehmen.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch gibt das ihr ausgehändigte Exemplar des Berichts an den Redner zurück.)

**Abg. Helmut Walter Rüeck** CDU: Ich darf dieses Exemplar nehmen.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So wird geschummelt! – Der Redner übergibt das Exemplar des Berichts an Ministerin Katrin Altpeter. – Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Ministerin Katrin Altpeter: Die Präsidentin und ich lesen zusammen!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Wir lesen es gemeinsam, genau. Danke schön.

**Abg. Helmut Walter Rüeck** CDU: Es sollte dann aber auch etwas Ganzes daraus werden. – Jetzt bin ich fertig.

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Okay, gut. Herzlichen Dank.

In der Aussprache erteile ich das Wort für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Kunzmann.

**Abg. Thaddäus Kunzmann** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörer! 21 Monate intensiver Arbeit liegen nun hinter uns. Heute wird der Bericht der Enquetekommission zur Zukunft der Pflege offiziell dem Landtag übergeben. Ein Dokument mit rund 1 000 Seiten und rund 600 Handlungsempfehlungen, das ist der Beleg für eine gründliche Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Die Enquetekommission ist auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion, aber dann auf gemeinsame Antragstellung aller Fraktionen entstanden. Die Resonanz, die unsere Arbeit in den Verbänden und vor Ort in den Pflegeheimen, bei den ambulanten Diensten und natürlich auch bei den Pflegekräften selbst gefunden hat, war spürbar, und sie hat gezeigt: Unsere Arbeit war überfällig.

Was sind die Herausforderungen? Eine Herausforderung ist der demografische Wandel. In den nächsten 15 Jahren steigt die Zahl der Menschen mit Pflegebedarf allein in Baden-Württemberg um rund 100 000. Gleichzeitig erleben wir, dass die Pflege in der Familie immer schwieriger wird. Die Menschen werden älter und auch gebrechlicher. Oftmals sind die pflegenden Angehörigen – das sind ja in der Regel die Ehefrau, die Tochter oder die Schwiegertochter; denn Pflege ist noch vor allem ein Frauenthema – überfordert. Der gesellschaftliche Umbruch hin zur Individualisierung und die zunehmende Kinderlosigkeit in den Familien, aber auch die steigende Mobilität der Jüngeren tun ein Übriges. Um die Herausforderungen zu bewältigen, brauchen wir in den nächsten 15 Jahren rund 50 000 weitere gut ausgebildete Pflegekräfte.

Wenn sich Menschen mit Pflegebedarf und Angehörige bei konkreten Anlässen mit der professionellen Pflege auseinandersetzen, dann stehen in der Regel zwei Fragen im Mittelpunkt: die Frage, was es kostet, und die Frage nach der Qualität. Die Frage nach der Qualität der Pflege zog sich wie ein roter Faden durch unsere Arbeit. Im Ergebnis brauchen wir ein Mehr an bestehender Infrastruktur, aber genauso ein Mehr an neuen Konzepten, etwa an Konzepten für Wohngemeinschaften und an Quartierskonzepten, und mehr Unterstützung für die Familien und das Ehrenamt.

Die stationäre Pflege steht neuen Herausforderungen gegenüber. Die Zahl der Demenzerkrankungen unter den Bewohnern nimmt zu. Die erste Gastarbeitergeneration wird nun ebenfalls pflegebedürftig. Es stellen sich verstärkt psychische Krankheiten ein, und die Einrichtungen haben es vermehrt mit schwer- und mehrfachbehinderten Menschen zu tun. All diese Entwicklungen wurden bisher nicht im Personalschlüssel der Pflegeheime abgebildet – ein Umstand, den wir ändern müssen.

Wir brauchen auch die Sensibilisierung der Pflegekräfte für diese Herausforderungen. Wir müssen die Heime von Reglementierung und Bürokratie befreien.

Wir unterstützen das sogenannte Beikirch-Modell, das im Auftrag des Pflegebeauftragten der Bundesregierung, Staatssekretär Karl-Josef Laumann, entwickelt wurde.

Die ermessenslenkenden Richtlinien zur Landesheimbauverordnung, die im vergangenen Jahr von Sozialministerin Altpeter veröffentlicht wurden, stellen die stationäre Pflege vor große Hindernisse. Insbesondere viele kleine Häuser bewegen sich am Rande der Wirtschaftlichkeit. Es ist nicht gut, dass auf diese Weise ein wichtiges Standbein zerschlagen wird. Wir hätten uns gewünscht, dass die Übergangszeiträume großzügiger und die Kriterien zur Feststellung der Unwirtschaftlichkeit weiter gefasst worden wären. Hier besteht nach der Wahl Handlungsbedarf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Familie ist und bleibt auch weiterhin die Hauptstütze bei der Pflege naher Angehöriger. Doch wir erleben zunehmend Überforderung, ja auch Einsamkeit und manchmal auch Verwahrlosung. Wir müssen die Familie stärker fördern, z. B. durch eine Vertrauens- und Begleitperson zur Pflegebegleitung dort, wo dies gewünscht

(Thaddäus Kunzmann)

ist, durch den Ausbau der Pflegestützpunkte und deren Einrichtung dort, wo Kommunen die Verantwortung übernehmen wollen, und durch die Anrechnung der Pflegezeiten bei der Rente, ähnlich wie bei den Kindererziehungszeiten.

Der ambulanten Pflege müssen Wege weg von der Minutenpflege eröffnet werden. Aber auch dort gilt: Die Refinanzierung muss gewährleistet sein. Überhaupt brauchen die ambulanten Dienste eine auskömmliche Finanzierung, insbesondere bei der tariflichen Entwicklung der Personalkosten, wie dies bereits im Pflegestärkungsgesetz I festgelegt ist.

Leider sind die im WTPG verankerten ambulant betreuten Wohngemeinschaften noch nicht richtig angelaufen. Unsere damalige Kritik am Gesetz, dass diese Wohngruppen zu stark reglementiert sind und für viele auch schlicht zu teuer werden, hat sich bestätigt. Auch hier sehen wir nach der Wahl Handlungsbedarf.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Die Kommunen brauchen mehr Einflussmöglichkeiten bei der strategischen Pflegeplanung. Insbesondere brauchen sie Unterstützung zur Entwicklung von Quartierskonzepten. Ich glaube, wir sind uns einig, dass es nicht gelingen wird, barrierefrei erschlossene Stadtteile und Wohnungen in ausreichender Fülle neu zu erstellen. Unser Schwerpunkt muss darin liegen, die in den Fünfziger-, Sechziger- und Siebzigerjahren entstandenen Wohnquartiere umzuwandeln. Dafür sind Quartierskonzepte zu entwickeln.

Die Kommunen benötigen deshalb eine verlässliche Beratung bei der Planung und Konzeption von alters- und pflegegerechten Wohnräumen, aber auch bei der Unterstützung des Ehrenamts. Denn vieles kann nur mit der Stärkung des Ehrenamts gelingen. Wir alle, die wir auch in der Kommunalpolitik tätig sind, wissen: Das Ehrenamt braucht auch hauptamtliche Unterstützung.

Prävention und Rehabilitation müssen eine größere Bedeutung bekommen. Prävention muss bereits von Kindesbeinen an, also im Kindergarten und in der Schule, vermittelt werden. Es geht um die Vermittlung der Bedeutung von bewusster Lebensführung, von gesundem Essen und Kochen und von Bewegung. Wir alle wissen, dass viele präventive Ansätze an bildungsferneren Elternhäusern vorbeigehen. Hier benötigen wir weiter gehende strategische Ansätze.

Die Rehabilitation muss bereits im Krankenhaus und darf nicht erst in der Rehaeinrichtung beginnen. Die Ärzte und Pfleger sind entsprechend weiterzubilden. Das Genehmigungsverfahren zur Gewährung einer geriatrischen Reha muss transparenter werden. Wir fordern, dass jede medizinisch notwendige Reha Maßnahme auch genehmigt wird. Dazu braucht die Bewertung der Ärzte ein stärkeres Gewicht. Abweisungen müssen von den Kostenträgern medizinisch fundiert begründet werden.

All diesen Maßnahmen, wie sie jetzt beschrieben wurden, liegt eine Voraussetzung zugrunde: Wie gewinnen wir den für die Pflege notwendigen Nachwuchs? Der Pflegeberuf ist ein Beruf, der mit hoher physischer und psychischer Belastung einhergeht.

Wir sehen in der nun geplanten generalistischen Ausbildung einen Ansatz zur Aufwertung des ganzen Berufsbilds. Allerdings müssen dann auch die Rahmenbedingungen in der Altenpflege stimmen. Deshalb müssen auch die vorher genannten Arbeitsentlastungen Realität werden.

Für uns ist wichtig, dass der Pflegeberuf auch weiterhin über den Einstieg als Pflegehelfer den Hauptschulabsolventen offen bleibt. Die Praxisanleitung muss zusätzlich erfolgen bei gleichzeitiger Refinanzierung. Auch bei der Akademisierung gehen wir mit, sofern sie mit Augenmaß betrieben wird und den examinierten Pflegern Aufstiegschancen nicht verwehrt bleiben.

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Titel der Enquetekommission lautet „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“. Ich habe ausführlich zur Zukunftsorientierung geredet. Doch wie kann das generationengerecht finanziert werden? Es muss uns allen bewusst sein: Jeder von uns muss für den Fall der eigenen Pflegebedürftigkeit Vorsorge treffen. Wir stehen deshalb zur dualen Finanzierung durch die Pflegeversicherung einerseits und den Eigenbeitrag andererseits. Die Umwandlung der Pflegeversicherung in eine Bürgerversicherung lehnen wir ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, warum denn das?)

Sie mag kurzfristig Geld ins System bringen, langfristig ist sie jedoch nicht nachhaltig finanziert und damit eine zusätzliche Belastung der heutigen jüngeren Generation.

Zum Abschluss möchte ich mich bedanken, und zwar zunächst – bei seinen Dankesworten hat er sich selbst vergessen – beim Ausschussvorsitzenden Helmut Rüeck, der unsere Sitzungen mit Umsicht geleitet hat.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Lieber Helmut, du hast dich schon selbst als Ideengeber geoutet. Du warst es auch. Dafür ein herzliches Dankeschön, auch für die Leitung der Kommission.

Ich bedanke mich auch bei der Geschäftsstelle unserer Enquetekommission, Frau Mühleisen, Frau Thannheimer, Herrn Mattes und Herrn Holzke. Ohne sie wäre unsere Arbeit gar nicht möglich gewesen. Ich danke auch meinen weiteren Mitstreitern der CDU-Gruppe; das sind Marianne Engeser, Jutta Schiller, Manfred Hollenbach und nicht zuletzt mein Stellvertreter Patrick Rapp. Ich danke unseren externen Sachverständigen, den Herren Reumann und Kontermann, sehr herzlich. Ihre Arbeit war für uns auch ein wichtiger Bestandteil.

Ich bedanke mich ferner bei den parlamentarischen Beratern unserer Landtagsfraktion, zunächst Frau Hoppe, die uns vor allem zu Beginn der Arbeit stark begleitet hat, und dann Danijel Paric, der für mich zu einem unersetzlichen Ratgeber geworden ist.

Nicht zuletzt – auch das will ich erwähnen – bedanke ich mich bei den anderen Obleuten sowie deren Mitstreitern und ihren parlamentarischen Beratern. Ich glaube, bei allen unterschiedlichen Parteizugehörigkeiten haben wir kollegial zusammengehalten und zusammengearbeitet.

(Thaddäus Kunzmann)

Unser Ausschussvorsitzender hat vorhin resümiert: „Heute kann ein guter Tag für die Pflege in Baden-Württemberg werden.“ Dem schließt sich die CDU-Landtagsfraktion an.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Mielich.

**Abg. Bärbl Mielich** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! In der Tat ist es gelungen, mit dem Abschlussbericht der Pflegeenquete ein Ergebnis vorzulegen, das deutlich macht, dass wir uns in wesentlichen Punkten sehr gut angenähert haben. Zentrale Botschaften sind in diesen Enquetebericht eingeflossen. Eine Botschaft von uns war: in Würde alt zu werden, keine Angst davor zu haben, die Autonomie zu verlieren, wenn ein Leben mit Unterstützung notwendig ist, und dafür die entsprechenden Wege aufzuzeigen. Die Sicht der Betroffenen ist in den Mittelpunkt zu stellen.

Diese Ziele haben wir mit der Pflegeenquete verfolgt, und es ist gelungen, diese auch tatsächlich wie einen roten Faden – das hat Herr Rüeck ja eben auch schon deutlich formuliert – in dem Abschlussbericht der Pflegeenquete deutlich zu machen.

Wir trauen den Menschen zu, selbst zu entscheiden, wo und wie sie alt werden wollen und wo und wie sie leben wollen. Dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen, das ist eine der Kernaussagen, die wir treffen wollten und die wir mit diesem Abschlussbericht auch getroffen haben.

Dabei ist völlig klar geworden – das haben meine beiden Vorredner auch schon ausgeführt –, dass Pflege eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, dass es eben nicht darauf ankommt, dass bestimmte Einrichtungen oder bestimmte Infrastrukturen vorhanden sind, sondern es eine Botschaft an die gesamte Gesellschaft ist, dass die Sorgearbeit, die Care-Arbeit von allen geleistet werden muss und dass wir alle angesprochen sind.

In der Tat werden 70 % der Menschen nach wie vor zu Hause betreut und auch zu Hause gepflegt. Es ist klar, dass das kein Zukunftsmodell sein kann, sondern ein Istzustand ist, der die Herausforderungen deutlich macht, die entstehen, wenn das nicht mehr geleistet werden kann.

Wir brauchen niedrigschwellige Unterstützungsstrukturen, die die Pflege zu Hause erleichtern. Wir brauchen aber eben auch – auch darin liegt der gesellschaftliche Auftrag – auf diesem Gebiet den Aufbruch aller, die mit ins Boot kommen müssen. Wir brauchen z. B. die Vereinbarung zwischen Betrieben und Gesellschaft, wir brauchen aber auch ambulante Dienste, um bessere Arbeitsverhältnisse, andere Arbeitszeitmodelle zu schaffen und dafür zu sorgen, dass Menschen, die Pflegearbeit leisten, in ihrem Beruf entlastet werden. Das ist die Care-Arbeit, die geleistet wird. Hierüber muss es einen gesamtgesellschaftlichen Konsens geben.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Wir haben – darauf bin ich stolz – in der ganzen Diskussion in der Enquete immer wieder deutlich gemacht, dass der Ort, wo Pflege stattfindet, die Dörfer, die Kommunen, die Städte sind und dass – das ist in den vorherigen Reden deutlich geworden – das Leben in den Quartieren stattfinden muss. Das bedeutet, dass Quartiere anders geprägt sein müssen. Natürlich werden Quartiere nicht neu geschaffen – Quartiere sind da –, aber sie müssen mit Leben gefüllt werden und brauchen eine entsprechende Infrastruktur. Sie brauchen den erforderlichen Rahmen, damit Menschen mit Unterstützungsbedarf dort auch leben können.

Das bedeutet ganz konkret: Wir brauchen dort z. B. einen öffentlichen Nahverkehr, wir brauchen eine wohnortnahe Daseinsvorsorge, und wir brauchen ambulante Dienste. Ferner brauchen wir Menschen, die bereit sind, im Zuge der Nachbarschaftshilfe Menschen mit Unterstützungsbedarf zu unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Rainer Hinderer SPD)

Das ist ein Mehr an Qualität, das allen zugutekommt. Es kommt den Familien insgesamt zugute, es kommt den Menschen im Quartier zugute. Wir wollen ein Mehr an Miteinander, ein Mehr an sozialem Leben, ein Mehr an lebendigem Sozialraum schaffen, wodurch es lohnenswert wird, im Quartier zu leben.

Ich habe dafür ein konkretes Beispiel aus meinem Wahlkreis – das habe ich hier auch schon einige Male vorgestellt –, und zwar die Gemeinde Eichstetten, eine Gemeinde am Kaiserstuhl mit 2 500 Einwohnern. Dort gelingt es. Da ist es mit dem Bürgerdialog, mit einer aktiven Bürgergemeinschaft tatsächlich gelungen, ein lebendiges Dorf zu schaffen, in dem die Menschen sich umeinander kümmern, in dem es z. B. möglich ist, eine Wohngruppe für Menschen mit Demenz einzurichten. Es gibt dort betreutes Wohnen und ein inklusives Café. Diese Wohngruppe für Menschen mit Demenz zeichnet sich dadurch aus, dass das Leben dort sehr familiär ist, dass es dort ganz normal ist, dass gegessen und gekocht wird, dass auch ein Wein getrunken wird, dass Karten gespielt wird, dass alle Beteiligten sich dort wohlfühlen können, aber auch die Besucher dort einbezogen werden. Das gelingt jetzt seit 15 Jahren.

Diese Form des Miteinanders unterstützen wir sehr. Das ist im Enquetebericht auch deutlich zum Tragen gekommen.

Es ist wichtig, noch einmal zu sagen, dass das Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz, das im Jahr 2014 eingeführt worden ist, den Rahmen setzt, der notwendig ist, um diese selbstverwalteten Wohngruppen deutlich zu stärken. Es ist nicht so, dass es schwierig wäre, dies zu tun. Es stellt sich jetzt heraus, dass die landesweite Beratungsstelle, die FaWo, eine sehr gute Arbeit leistet und es eine Menge Gemeinden gibt, die bereit sind, sich da auf den Weg zu machen und eben ihre Quartiere bzw. ihre Dörfer zu aktivieren und Wohngruppen für Menschen mit Pflegebedarf und Demenz einzurichten.

Wir müssen – auch das ist ein Teil des Berichts der Pflegeenquete – das Quartiersmanagement fördern, indem wir Infrastrukturen schaffen, indem wir professionelle Strukturen auf den Weg bringen. Das muss logistisch und finanziell gefördert werden.

(Bärbl Mielich)

Bei der Arbeit in der Enquetekommission ist klar geworden, dass die Betreuung, Begleitung und Unterstützung von Menschen, die alt werden und Unterstützung brauchen – egal, ob sie in Wohngruppen leben oder ob sie im Pflegeheim leben oder ob sie zu Hause leben –, sichergestellt werden muss. Hierzu braucht man einen Mix an Begleitung, professionellen Hilfen, aber eben auch bürgerschaftlichem Engagement. Alles zusammen braucht allerdings Zeit. Doch Zeit ist etwas, was gerade bei professionellen Pflegediensten, aber eben auch in Pflegeheimen immer weniger vorhanden ist, weil sich die Arbeitszeiten immer mehr verdichten.

Ich nehme jetzt einen Bereich ganz besonders heraus; das ist der Bereich der ambulanten Pflegedienste. Da ist sehr deutlich geworden, dass die niedrigschwelligen Dienste, die bei der Unterstützung der Menschen vor Ort, in den Familien eine sehr wichtige Arbeit erledigen, ein Riesenproblem haben, weil sie chronisch unterfinanziert und sozusagen von der Schließung bedroht sind. Es ist uns ein Anliegen – das haben wir auch so formuliert –, dass ambulante Pflegedienste finanziell deutlich besser ausgestattet werden müssen und dass Tarifsteigerungen mit in die Pflegesatzverhandlungen aufgenommen werden müssen. Das ist eine Forderung, die wir auch ganz deutlich an die Bundesebene stellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich habe jetzt gerade von den Menschen gesprochen, die Pflege in Anspruch nehmen, und komme nun zu denjenigen, die Pflege leisten. Es ist immer wieder deutlich geworden, dass die Personengruppe, die Pflege leistet, natürlich eine sehr wertvolle Arbeit macht, aber eben auch eine sehr harte Arbeit. Dass diese Arbeit so hart ist, führt dazu, dass die Pflegenden häufig nur für sehr kurze Zeit in ihrem Beruf verweilen. Das ist eine Entwicklung, die wir in keiner Weise akzeptieren können und der wir ganz massiv entgegenwirken müssen.

Wie können wir das am besten tun? Völlig klar ist: Wir brauchen andere Arbeitszeitkonzepte; wir brauchen aber auch eine andere Bezahlung. Da sehen wir zwei Stränge. Der eine Strang sieht so aus: Pflegekräfte in der stationären Altenpflege müssen stärker in Fachgruppen oder in Berufsgruppen eingebunden werden, die die Möglichkeit zur Weiterbildung erhalten. Es darf nicht sein, dass die Arbeit in erster Linie von nicht entsprechend weiterqualifizierten Pflegekräften geleistet wird.

Bei der Akutversorgung in den Krankenhäusern ist es uns ein großes Anliegen, festzustellen, dass die Kosten für die Pflege bei der Abrechnung bzw. in den Abrechnungssystemen der Krankenhäuser separat aufgeführt werden müssen. Das, was in den letzten Jahren durch die Einführung der DRGs passiert ist, nämlich, dass die Krankenhäuser versucht haben, ihre Defizite auf Kosten des Personals zu reduzieren, hat eine Spirale in Gang gesetzt, die unbedingt gestoppt werden muss. Sie kann nur dadurch gestoppt werden, dass die Personalkosten eine eigene Säule bei der Abrechnung oder im Abrechnungssystem der Krankenhäuser bilden. Auf diese Weise – davon sind wir überzeugt, und das haben auch die Anhörungen gezeigt – ist es möglich, den Abbau von Personal zu stoppen und so die Personalausstattung insgesamt zu sichern.

Das betrifft die längerfristige Perspektive. Dazu wollen wir eine Initiative im Bundesrat starten. Dies wird natürlich eine

Weile dauern; das ist ganz klar. Es ist ein Bohren dicker Bretter, wenn es darum geht, mehr Geld für die Pflege bereitzustellen. Als Sofortmaßnahme haben wir uns darauf verständigt, ein Sofortprogramm zu fordern, das sich als Richtschnur an einem Personalausstattungsprogramm orientiert, wie es Ende der Neunzigerjahre gegeben war. So ist die Botschaft, die von diesem Bericht an die Pflegekräfte ausgeht, ganz klar: Wir haben verstanden, dass es wichtig ist, dass ihr besser ausgestattet werdet, dass es mehr Pflegekräfte gibt, damit ihr mehr Zeit habt, um die Arbeit zu erbringen, für die ihr ausgebildet seid, und so auch eine höhere Zufriedenheit erlangen könnt.

Denn auch das ist ganz deutlich geworden: Diejenigen, die in der Pflege tätig sind, üben diesen Beruf alle sehr gern aus und leiden darunter, dass sie ihre Tätigkeit nicht in entsprechend qualifizierter Weise ausüben können, weil sie eben entscheiden zu wenig Zeit haben.

Damit sind wir beim Thema Ausbildung. Hier komme ich zu einem sehr zentralen Punkt, der auch schon von meinen Vorrednern angesprochen worden ist. Was die Ausbildung von Pflegekräften insgesamt betrifft, müssen wir unserer Meinung nach deutlich sagen: Die dreijährige Fachausbildung, die wir haben, bleibt eine wichtige Säule und bleibt die Basis für die berufliche Bildung. Aber wir brauchen in der Tat auch eine Teilakademisierung. Ein bestimmter Prozentsatz der in der Pflege tätigen Personen sollte akademisch ausgebildet werden; denn Pflege wird immer komplexer und immer schwieriger. Die Patienten kommen mit immer komplizierteren Krankheitsbildern in die Kliniken. Daher ist es wichtig, die Möglichkeit zu schaffen, einen Teil der Pflegekräfte auch akademisch auszubilden.

Wir stellen uns bei dieser Gelegenheit vor, dass wir die Ausbildung nicht nur akademisch ausrichten, sondern sie auch kombiniert in der Weise gestalten, dass sie innerhalb eines gemeinsamen Campus stattfindet, in dem die Ausbildung für alle Gesundheitsberufe in Verbindung mit medizinischen Studiengängen stattfinden kann. Auf diese Weise kann jeder von den Professionen der anderen jeweils profitieren und kann diese kennenlernen. So ist es möglich, das von uns ebenfalls verfolgte Ziel, nämlich die Einrichtung interdisziplinärer Versorgungsteams, zu erreichen.

Ich sehe, dass meine Sprechzeit bereits abgelaufen ist,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Frau Präsidentin ist nachsichtig!)

möchte mich aber namens meiner Fraktion kurz noch dem Lob anschließen, das meine Vorredner zum Ausdruck gebracht haben. Auch ich meine, dass unsere Zusammenarbeit sehr konstruktiv war. Wir haben uns bemüht, viel voneinander zu lernen und vieles beizutragen, und das Ergebnis zeigt, dass wir die Kernbotschaften wirklich gut formulieren und herausarbeiten konnten. Wir konnten zum Ausdruck bringen, dass wir das Thema Pflege sehr ernst nehmen und dies für ein zentrales politisches Thema halten, das wir angehen müssen, für das wir viel Energie, aber auch einiges an finanziellen Mitteln brauchen und für das wir auch eine Menge Fantasie brauchen.

Ich bedanke mich ganz besonders bei meiner grünen Gruppe: bei Manfred Lucha, Charlotte Schneidewind-Hartnagel und Thomas Poreski und natürlich bei unseren beiden parlamen-

(Bärbl Mielich)

tarischen Beraterinnen, Kirsten Koners und Tanja Urban. Darüber hinaus schließe ich mich dem Lob meines Kollegen Kunzmann ausdrücklich an.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

**Stelly. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Landtagsfraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hinderer.

**Abg. Rainer Hinderer SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie ahnen, nein, Sie wissen es: Am Thema Pflege kommt keiner von uns vorbei, sei es, dass wir selbst einmal pflegebedürftig werden, oder sei es, dass wir Angehörige haben, die der Pflege bedürfen. Deshalb ist es gut, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie wir selbst oder unsere Angehörigen im Pflegefall behandelt werden wollen.

Ich denke, was wir von einer guten Pflege erwarten ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als die Achtung und die Aufrechterhaltung der Menschenwürde. Es geht also um ethische Fragen im Krankheitsfall oder am Ende des Lebens. Denn richtig ist: Rein wirtschaftlich gesehen lohnt sich eine Investition in alte, in pflegebedürftige Menschen, in sterbende Menschen im Rahmen der Palliativpflege eher nicht. Aber eine soziale Gesellschaft darf nicht in solchen Kategorien denken, und wir Sozialdemokraten denken schon gleich gar nicht in solchen Kategorien.

Bei der Pflege geht es also um eine Investition in Menschenwürde, um gelebte Nächstenliebe und damit um Solidarität zwischen den Generationen. Für uns Sozialdemokraten stand daher im Mittelpunkt unserer Enquetearbeit der Satz: Nicht zuletzt in der Pflege zeigt sich, wie sozial eine Gesellschaft ist.

(Beifall des Abg. Gernot Gruber SPD)

Ich würde schon behaupten: Diese Grundhaltung prägen auch die über 1 000 Seiten des Abschlussberichts und die über 600 Empfehlungen. An dieser Stelle ist ein breiter Konsens entstanden.

Es ist höchste Zeit, dass wir uns um die Zukunft der Pflege kümmern. Daher war ich froh und bin dankbar, dass alle vier Fraktionen einvernehmlich diese Enquetekommission beantragt haben. Meine Vorredner und meine Vorrednerin haben es bereits gesagt: Die Situation in der Pflege ist heute schon angespannt, und der demografische Wandel wird die Lage noch verschärfen. Man kann es ganz kurz fassen: Uns fehlen die pflegenden Hände. Die Pflege in der Familie – hier werden momentan noch zwei Drittel der Pflegearbeit geleistet – wird schwieriger. Die Kinder leben häufig weit entfernt, müssen arbeiten und mobil sein. In der professionellen Pflege haben wir heute schon den Fachkräftemangel. Uns sind, u. a. im Rahmen von Ortsterminen, Pflegeheime bekannt geworden, die aufgrund von Personalmangel oder Personalknappheit nicht so viele Bewohnerinnen und Bewohner aufnehmen können, wie sie gern wollten und eigentlich auch könnten.

Unsere Schlussfolgerung, die Schlussfolgerung der SPD, aus unserer intensiven Arbeit in der Enquete lautet daher: Die Zukunft der Pflege hängt für uns von folgenden Punkten ab: Ers-

tens müssen wir die familiäre Pflege stärken, zweitens müssen professionelle Pflegekräfte im Beruf gehalten werden und drittens müssen möglichst viele Auszubildende für Pflegeberufe gewonnen werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

**Familiäre Pflege stärken:** Familien brauchen Unterstützung und Beratung. Viele Menschen – vor allem Frauen – schränken sich in ihrem Beruf ein oder geben ihren Job auf, um pflegebedürftige Eltern oder Schwiegereltern zu pflegen. Während dieser Pflegearbeit besteht das Risiko der Verarmung und in der Folge der Altersarmut. Deshalb sind die Ansätze im Pflegezeit- und im Familienpflegezeitgesetz des Bundes zur Vermeidung der Verarmung aus unserer Sicht völlig richtig. Sie müssen aber weiterentwickelt und noch stärker an die Lebenswirklichkeit angepasst werden.

Wir sehen auch die Notwendigkeit, Pflegezeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung im gleichen Umfang wie Kindererziehungszeiten anzuerkennen.

**Familiäre Pflege führt auch nicht selten zu Überforderungssituationen.** Wir dürfen pflegende Angehörige da nicht allein lassen, sondern brauchen präventive Angebote. Wir wollen Familien im Pflegealltag entlasten und setzen uns für ein flächendeckendes Netz von Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen ein. Momentan gibt es zu wenig Plätze und zu lange Wartelisten.

**Familienangehörige brauchen oft schnelle, aber auch qualifizierte Hilfe,** wenn der Pflegefall plötzlich eintritt oder die Krankenhausentlassung sehr schnell vonstattengeht. Oft müssen innerhalb weniger Tage emotional schwierige Entscheidungen getroffen und umfangreiche Anträge gestellt werden. Beratung, Unterstützung und individuelle Lösungen sind gefragt. Hierfür müssen die Beratungsstrukturen verbessert werden.

Wir setzen uns daher weiterhin und nachdrücklich für einen flächendeckenden, wohnortnahen Ausbau der Pflegestützpunkte ein. Wir begrüßen es, dass auf Drängen von Sozialministerin Katrin Altpeter die verantwortlichen Kommunen und Kassen vor Kurzem die Zahl der Pflegestützpunkte von 48 auf 72 erhöht haben. Der Ausbau muss aber noch weitergehen.

**Stichwort Fachkräftesicherung:** Wir müssen, wir wollen Fachkräfte in der Pflege halten. Wir können es uns nicht mehr leisten, dass hoch qualifizierte Pflegekräfte nach wenigen Jahren die Pflege verlassen. Schichtdienst, Wochenendarbeit, geteilte Dienste, unfreiwillige Teilzeit, Holen aus dem Frei usw. sind wenig motivierende Arbeitsbedingungen.

**Die Vereinbarkeit von Pflegeberuf, Familie und Freizeit ist nicht leicht.** Wir haben gehört: An der Bezahlung liegt es zunächst gar nicht so sehr. Sie ist zunächst ordentlich, wenn tariflich bezahlt wird, aber sie ist, bezogen auf die Arbeitsbedingungen, aus unserer Sicht zu niedrig.

Vor allem müssen die Rahmenbedingungen der Arbeit verbessert werden. Viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber – das haben wir auch gehört; die Dienste – sind hierzu bereit. Im engen Korsett der Pflegeversicherung fehlt es ihnen aber am notwendigen Geld. Das heißt für uns: Wir brauchen mehr Geld im System. Dieses Geld muss vor allem für mehr Personal in

(Rainer Hinderer)

den Einrichtungen eingesetzt werden, um die Arbeitsdichte zu reduzieren. Pflegekräfte wollen und brauchen mehr Zeit für die Pflege.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Deshalb steht auch unsere Forderung nach Festlegung verbindlicher Personalschlüssel, die aber über dem derzeitigen Niveau in Baden-Württemberg liegen müssen, und dies sowohl in der Altenpflege als auch im Krankenhaus.

Notwendig ist auch die Refinanzierung von Tariflöhnen. Für den Bereich des SGB XI hat die SPD im Bund dies im Pflegegestärkungsgesetz durchgesetzt. Eine entsprechende Regelung brauchen wir auch für den Bereich des SGB V, das heißt in der Krankenversicherung.

Unnötige – ich sage ausdrücklich: unnötige – bürokratische Lasten werden von Pflegekräften zu Recht oft als verlorene Zeit für die Arbeit mit den Bewohnern, mit den Patienten kritisiert. Entsprechend arbeiten wir an Modellen, die die Pflichten zur Dokumentation verringern – eines wurde vorhin schon genannt –, ohne aber die Qualitätssicherung zu gefährden.

Wir wollen auch den Berufsstand der Pflegenden stärken, damit professionell Pflegenden selbstbewusst und auf Augenhöhe mit anderen Gesundheitsberufen agieren können. Sie müssen z. B. ihre Ausbildungsinhalte mitbestimmen können und bei Normierungen im Bereich der Pflege mitreden können.

Wie eine solche Stärkung erfolgt, wollen wir mit den Pflegekräften diskutieren. Wenn am Ende eines solchen Beteiligungsprozesses die professionell Pflegenden eine Pflegekammer wollen und zur Finanzierung dieser auch bereit sind, werden wir sie auch ermöglichen und die Rahmenbedingungen schaffen.

Entsprechend begrüßt und unterstützt die SPD-Landtagsfraktion den von Sozialministerin Altpeter eingeleiteten Prozess zur Stärkung der Pflegeberufe in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Letztes Stichwort: Fachkräftegewinnung. Auch im Interesse der Fachkräftegewinnung müssen die Perspektiven im späteren Beruf – das heißt die Arbeitsbedingungen – einfach gut sein.

Außerdem müssen wir die Attraktivität der Ausbildung verbessern. Verbessern müssen sich die Ausbildungsbedingungen. Deshalb verurteilen wir es – das ist deutlich gesagt worden, auch in verschiedenen Anhörungen –, dass Auszubildende als billige Arbeitskräfte gesehen und eingesetzt werden. Das ist nicht gut, und das wollen wir ändern. Deshalb muss die Praxisanleitung in einem Personalschlüssel festgelegt und in die Dienstpläne aufgenommen werden. Die hierdurch entstehenden Kosten müssen über die Pflegeversicherung refinanziert werden.

Die Attraktivität des Ausbildungsabschlusses soll durch eine gemeinsame Ausbildung – das macht gerade der Bundesgesetzgeber – von Kranken-, Alten- und Kinderkrankenpflegerinnen und -pflegern gesteigert werden. Wir setzen uns bei der Einführung einer solchen gemeinsamen Pflegeausbildung aber dafür ein, dass Schwerpunkte in den Bereichen Altenpflege,

Krankenpflege, Kinderkrankenpflege weiterhin möglich sind und auch während der Ausbildung eine Bindung zur Ausbildungseinrichtung entstehen kann.

Eine Chance, Abiturientinnen und Abiturienten für die Pflege zu gewinnen, sehen wir auch in einer bedarfsgerechten Akademisierung, in der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie in den Pflegewissenschaften. Allerdings sagen wir auch, dass der grundständige Beruf – also die examinierten Pflegefachkräfte – schon heute eine gute Voraussetzung bietet, um auch in der Pflege hervorragend arbeiten zu können. Die examinierten Pflegefachkräfte sind aus unserer Sicht für die Herausforderung der Zukunft gut vorbereitet.

Nicht zuletzt gilt es auch, das Potenzial ausländischer Pflegefachkräfte noch besser auszuschöpfen und die Verfahren zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen noch weiter zu beschleunigen.

Der Vorsitzende der Enquetekommission, Herr Rüeck, hat es vorhin schon gesagt: Bei der Landespressekonferenz wurden wir gefragt, welche Kosten durch die Umsetzung der über 600 Handlungsempfehlungen in unserem Bericht entstehen würden. Er hat auch gesagt – da hat er ehrlich geantwortet –: „Wir wissen es nicht.“ Viele Maßnahmen betreffen ja auch den Bund oder die Dienste usw. Das konnten wir in der Enquetekommission nicht klären.

Aber für uns, die SPD, steht fest: Mehr Geld für die Pflege werden wir brauchen, mehr Geld in der Pflege ist eine Investition in Menschenwürde, gelebte Nächstenliebe und Generationensolidarität und damit eine gute Investition.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Zum Schluss auch von meiner Seite – ich habe sogar noch Redezeit übrig – noch der Dank. Er richtet sich zunächst an den Vorsitzenden. Herr Kollege Rüeck, vielen Dank für die stringente und konzentrierte Sitzungsleitung, die es uns immer wieder erlaubt hat, zu einer einigermaßen guten Zeit noch den Zug zu erreichen und zumindest im Sommer vor Einbruch der Dunkelheit wieder im Wahlkreis zu sein – wir haben ja immer freitagmorgens getagt.

Vielen Dank für den hohen externen Sachverstand, von dem wir alle in unserer Arbeit profitiert haben. Die Namen wurden schon genannt. Ich erlaube mir, noch einmal dem externen Sachverständigen der SPD-Fraktion, Herbert Weisbrod-Frey, namentlich zu danken.

Ich danke dem Sozialministerium, der Ministerin sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium. Ich nenne jetzt einfach einmal Herrn Dr. Grünupp namentlich. Sie richten den herzlichen Dank an die Kollegen aus, die ja auch immer lange bei den Enquetesitzungen dabei waren.

Bevor ich mich bei meinen Kollegen bedanke, noch ein herzliches Dankeschön an die parlamentarischen Beraterinnen und Berater. Ich nenne hier Herrn Dr. Berger. Die Berater haben, glaube ich, mit dazu beigetragen, dass wir so viel Konsens hatten, weil vieles schon im Vorfeld geklärt werden konnte.

Last, but not least: Vielen Dank Sabine Wölflé, Florian Wahl, Thomas Reusch-Frey und Hidir Gürakar, der vertretungsweise dabei war, und natürlich auch unserem Fraktionsvorstand

(Rainer Hinderer)

und unserem Fraktionsvorsitzenden für die gute Unterstützung der Arbeit in der Enquetekommission.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein umfassendes Werk mit vielen verschiedenen Aspekten der Pflege haben wir dem Landtag heute vorgelegt. Zwölf, wie ich finde, spannende Anhörungen, 57 Sachverständige haben wesentlich dazu beigetragen, dass wir das Thema „Pflege in Baden-Württemberg“ in dieser Breite bearbeitet haben. Ich denke, für alle, die mitgewirkt haben, war es beeindruckend, die Dimensionen der Pflege zu erfassen.

Das Ziel, das wir mit diesem Bericht verfolgen, ist auch, das Thema Pflege stärker in das Bewusstsein der Bevölkerung zu bringen. Ich denke, dass wir es insbesondere durch die öffentlichen Anhörungen geschafft haben, das schon während der Arbeit der Enquetekommission nach außen zu tragen.

Die Zahl der Besucherinnen und Besucher unterschiedlichster Berufsgruppen, unterschiedlichster Altersgruppen – bis hin zu Demonstrationen vor und während der Sitzungen – zeigt auch ein Stück weit, dass die Enquetekommission in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde.

Ich darf auch meinen Dank ausdrücken – Kollege Hinderer hat das umfassend gemacht; Sie gestatten mir, dass ich es dann ein bisschen kürzer fasse –: Herzlichen Dank an alle, die mitgewirkt haben, die im Vorfeld auch immer dafür gesorgt haben, dass die Sitzungen gut vorbereitet waren, dass die Anhörungen gut vorbereitet waren. Einen Dank an Herrn Kollegen Rüeck und an Herrn Lucha als seinen Stellvertreter: Gut gemacht, gut moderiert! Ich sage einen herzlichen Dank an Sie und Ihr Team in der Verwaltung der Enquete, die die Vorbereitungen getroffen haben, aber natürlich auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen, an die Experten und auch an die vielen Menschen, die sich gemeldet und auch beteiligt haben.

600 Handlungsempfehlungen wurden erarbeitet. Es liegt ein Arbeitspapier, ein Auftrag für die nächste Landesregierung vor, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Ich will es einmal so sagen: Wir kommen in der nächsten Legislaturperiode nicht darum herum, uns auch intensiv mit dem Thema Pflege zu beschäftigen. Da hilft es uns, immer wieder in den Abschlussbericht hineinzuschauen und entsprechend darauf hinzuweisen, welche Aufgaben vor uns stehen.

Zentrale Themen sind – das hört man auch immer in den entsprechenden Passagen – das Thema Personal und auch das Thema Finanzierung. Auch wenn wir heute den Bericht gemeinsam verabschieden, haben wir natürlich auch unterschiedliche Positionen. Ich denke, wir haben einen guten Weg gefunden, indem wir festgelegt haben, dass die Fraktionen auch ihre Voten abgeben können. Das führt dazu, dass wir die einzelnen Positionen dokumentiert haben, aber heute dann gemeinsam entscheiden können. Alle Fraktionen haben sich

nicht an Kleinigkeiten aufgehalten, sondern wirklich nur die wesentlichen Punkte aufgenommen.

Das Thema Personal – das wurde auch schon ausgeführt – wird das entscheidende Thema sein. Da geht es nicht nur um die Bezahlung; es geht auch um die Arbeitszeit, die Flexibilität, die physische und die psychische Belastung. Es geht auch um das Thema „Image der Pflege“. Denn ähnlich wie im Bereich der Krankenhäuser gilt auch im Bereich der Pflege: Wenn wir immer darüber sprechen, wie schwierig es ist, in diesem Beruf aktiv zu werden, dann hilft dies natürlich nicht, junge Menschen zu finden, die diesen Beruf ergreifen wollen. Es ist auch eine Aufgabe für die Politik und für die Gesellschaft, dafür zu sorgen, dass man nicht von vornherein vermittelt: „Wenn du in diesen Beruf gehst, wird das alles ganz schwierig und wahrscheinlich nicht zukunftsfähig sein.“

Nein, wir müssen in die andere Richtung gehen, indem wir darstellen, dass sich dieser Beruf lohnt und dass es sich auch lohnt, sich in diesem Bereich weiterzuentwickeln. Eine der wesentlichen Aufgaben wird sein, im Bereich des Nachwuchses dafür zu sorgen, dass sich das Image der Pflege verbessert. Ich denke, wir sind dazu aufgefordert – auch in der nächsten Legislaturperiode –, uns einiges einfallen zu lassen, wie der Landtag, wie die Politik dazu beitragen kann, die Pflege zu verbessern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Es ist ganz spannend, auch einmal über die Landesgrenze hinauszublicken. Ich will nur ein Stichwort nennen: Schweden hat ein Modellprojekt, in dem man die Arbeitszeit reduziert hat. Ich finde es spannend, sich auch solche Modelle im Hinblick darauf anzusehen, ob sie auch für uns Möglichkeiten bieten, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege neue Impulse zu setzen. Deswegen, denke ich, wird es auch wichtig sein, einmal zu schauen, was andere Länder machen. Schweden ist mit einem guten Impuls unterwegs, den wir im Auge behalten sollten.

Ich will auf einige Punkte eingehen, die wir auch bei den Minderheitsvoten angesprochen haben. Die Zahl der Menschen mit Pflegebedarf in der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren stark gestiegen und wird auch weiter stark ansteigen. 2009 gab es 2,34 Millionen Menschen mit Pflegebedarf. Die Zahlen gehen in die Richtung, dass es bis 2030 zusätzlich eine Million Menschen mit Pflegebedarf geben wird. Das ist dann etwa die Ära, in der sich die Babyboomer-Generation im persönlichen Empfinden mit diesem Thema auseinandersetzen wird. Die Herausforderung wird sich dann auch ab 2030 ff. in unserer Pflegeversicherung ganz entscheidend niederschlagen.

Wir haben es in den Zweitausenderjahren geschafft, durch die Landesheimförderung die Zahl der stationären Pflegeplätze um 23 600 geförderte Plätze auf etwas über 100 000 stationäre Plätze zu erhöhen. Es war wichtig, diese Impulse zu setzen. Es wurden über 510 Millionen € in die Heimförderung investiert, die dann im Jahr 2010 ausgelaufen ist. Wir müssen in den nächsten Jahren darauf achten, wie sich diese Entwicklung fortsetzt. Denn ich trage ein wenig die Sorge, dass wir insbesondere unter Anwendung einer strengen Übergangsregelung eine größere Platzzahl möglicherweise nicht mehr ersetzen können.

*(Jochen Haußmann)*

Es spielen auch andere Faktoren eine Rolle, die gar nichts mit der Pflegepolitik zu tun haben. Schauen Sie sich die Entwicklung der Baukosten in den letzten Jahren an. Diese Entwicklung geht auch am Bau von einem Pflegeheim oder von einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft nicht vorbei. Insofern müssen wir darauf achten, dass wir immer noch Einrichtungen finden, die auch in den Bereich der stationären Pflege investieren. Da habe ich ein wenig Sorge. Deswegen haben wir uns dafür ausgesprochen, gerade die Übergangsfristen moderat zu gestalten. Daher war der Ansatz, als das entsprechende Gesetz gemacht wurde, darauf zu achten, nicht zu viele Plätze zu verlieren, indem die Regelung zu starr angewendet wird. Damit werden wir uns in den nächsten zwei Jahren sehr intensiv beschäftigen, weil der Druck bis 2019 natürlich zunimmt.

Genauso sehe ich auch eine Evaluierung des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes, WTPG, als notwendig an. Wir haben gerade einen Antrag dazu erstellt. Ich meine, dass auch da die Regelungen zu unflexibel sind, um die nötige Dynamik zu entfalten. Das werden wir sicherlich auch im nächsten Jahr noch einmal intensiv diskutieren. Aber aus unserer Sicht sind im Gesetz Regelungen enthalten, die nicht von Gott gegeben sind, sondern die die Politik gemacht hat, die wir ändern können, um hier mehr Dynamik zu bekommen.

Das Gleiche gilt auch für die Prüfungen der Heimaufsicht und des Medizinischen Dienstes. Auch da sollten wir über Modellprojekte hinweg konkretere Maßnahmen ergreifen, damit es keine Doppelprüfungen mehr gibt. Dazu brauchen wir die Unterstützung der Politik, der Landkreise und der Krankenkassen. Aber wir müssen an dieses Thema herangehen, weil hier Potenzial liegt. Deswegen erwarte ich, dass wir da entsprechend etwas umsetzen können.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Es wurde auch – ganz wichtig – der Ausbau der Tagespflege und der Kurzzeitpflege angesprochen. Wenn wir daran arbeiten wollen, die Angehörigen zu entlasten, dann gehört das natürlich auch dazu. Deswegen wird es auch im Hinblick auf eine Quartiersentwicklung notwendig sein, diese Bereiche möglicherweise stärker finanziell zu unterstützen.

Wichtige Themen sind auch „Reha vor Pflege“ und „Geriatrische Versorgung“. Es muss Aufgabe sein, die Rehabilitation so auszustatten, dass wir Pflegebedürftigkeit hinauszögern, dass wir uns stärker um die Rehabilitation kümmern.

Dazu gehört auch der Einsatz innovativer Altersassistenzsysteme und der Telemedizin, ein Thema, bei dem wir in Baden-Württemberg von den Unternehmen her innovativ sind. Mit Einrichtungen wie dem Lebensphasenhaus in Tübingen, das ja vom Sozialministerium unterstützt wird, machen wir uns, glaube ich, auf den richtigen Weg. Denn damit schaffen wir es, dass Menschen länger zu Hause leben können. Das ist das, was sich die Menschen auch vorstellen.

Ein Wort möchte ich noch zu dem Thema „Betreuung durch ausländische Betreuungskräfte, 24-Stunden-Hausbetreuung“ sagen. An diesem Thema zeigt sich: Wenn es konkret wird, wird es halt doch etwas schwierig, tatsächliche Veränderungen zu vollziehen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass wir

uns endlich mit dieser Grauzone, die es in Deutschland gibt und die wir in der Politik bisher ein bisschen auf die Seite schieben, intensiver beschäftigen. Wir waren mit dem Sozialausschuss in Wien und haben uns das angeschaut. Jeder sagt, es ist wichtig, da etwas zu tun. Aber die FDP/DVP war die einzige Fraktion, die das auch im Enquetebericht auf die Agenda genommen hat. Alle reden darüber. Wir haben das inzwischen in unser Landtagswahlprogramm aufgenommen, weil wir da etwas tun wollen, nicht nur für die Menschen mit Pflegebedarf und für die Angehörigen, sondern ebenso auch für die Betreuungskräfte, die oftmals schlecht bezahlt in Deutschland arbeiten. Das ist ein Zustand, der für uns nicht zu akzeptieren ist. Deswegen haben wir dazu konkrete Vorschläge gemacht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Fazit: Die Arbeit der Enquetekommission hat sich gelohnt. Ich wünsche mir, dass die Aussage von Herrn Rieck wahr wird, dass wir in zwei, drei Jahren rückblickend sagen: Es waren nicht nur über 1 000 Seiten, sondern wir haben einige der Handlungsempfehlungen zugunsten der Pflege und der Menschen in Baden-Württemberg umgesetzt. Dann, denke ich, hat sich unser Einsatz gelohnt. Dafür haben wir uns auch gern eingesetzt. Insofern sage ich noch einmal ein ganz herzliches Dankeschön an alle, die mitgewirkt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Altpeter.

**Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nach langer, harter und sicherlich auch intensiver Arbeit liegt nun der Bericht der Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“ vor. Ich habe mir eines herausgegriffen. In Ihrem Vorwort, lieber Herr Vorsitzender, haben Sie formuliert:

*Es gilt, immer zu bedenken: Pflege betrifft uns alle!*

Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Grundsatz. Denn betroffen ist man sowohl bei der Pflege von Angehörigen als auch, wenn man selbst pflegebedürftig wird.

Ein Blick in den Bericht zeigt uns, dass alle relevanten Bereiche bearbeitet wurden: Arbeitsbedingungen, Ausbildung, Bürokratie, Finanzierung, Gesellschaft, Kultursensibilität, Rehabilitation – um nur einige zu nennen.

Viele Themen, die Eingang in die Handlungsempfehlungen gefunden haben, stehen bereits im Fokus der Pflegepolitik des Landes. Ich darf als Beispiele nennen: die Entwicklung und die Förderung neuer Wohnformen, das Thema Entbürokratisierung, die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und nicht zuletzt die Stärkung der häuslichen Pflege.

Mit dem Bericht und seinen Handlungsempfehlungen muss uns allen neben der Herausforderung, die Pflege für uns mit sich bringt, aber auch Folgendes klar sein: Wir alle werden in der nächsten Legislaturperiode gefordert sein, die Ergebnisse der Enquetekommission umzusetzen, auch durch die Bereit-

(Ministerin Katrin Altpeter)

stellung von entsprechenden Haushaltsmitteln für die Bereiche, die nicht durch eine bundesgesetzliche Versicherung abgedeckt sind.

Das Thema Pflege hat mittlerweile seinen festen Platz in der Gesellschaft. Ich finde, die Menschen erwarten zu Recht von der Politik Lösungen für die Entwicklung, die die Pflege mit sich bringt und die auch immer mehr in das Bewusstsein der Gesellschaft drängt. Denn in 15 Jahren werden wir in Baden-Württemberg möglicherweise 100 000 pflegebedürftige Menschen mehr haben als heute.

Pflege betrifft aber heute nicht nur die Menschen, die in einem Pflegeheim oder daheim von einem Pflegedienst versorgt werden. Pflege bedeutet heute für uns – das halte ich für ganz wichtig –, ein selbstbestimmtes Altern in Würde mit dem höchsten Maß an Teilhabe zu ermöglichen. Das sollte uns auch der sozialpolitische Leitfaden bei der Pflege sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie der Abg. Jutta Schiller CDU)

Mit dem Enquetebericht haben wir viele Handlungsempfehlungen erhalten, einige auch bereits zur konkreten Umsetzung. Damit werden wir uns nicht erst in der neuen Legislaturperiode intensiv beschäftigen, sondern schon jetzt. Denn wir wollen, dass Baden-Württemberg auch beim Thema Pflege ein Leuchtturm und ein Vorbild für andere Bundesländer ist und dass sich vor allem – das ist das Allerwichtigste – die Menschen hier gut und sicher versorgt fühlen.

Nichtsdestotrotz, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, haben wir auch in den vergangenen fünf Jahren mit den richtigen Entscheidungen viel in der Pflege getan und auch viel erreicht. Ich finde, was wir getan haben, was wir umgesetzt haben, kann sich durchaus sehen lassen.

Mit der Verabschiedung des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes sind die Versorgungsstrukturen in Baden-Württemberg schon heute zukunftsfähig aufgestellt. Wenn ich vorhin gehört habe, das Gesetz habe seine Wirkung verfehlt, dann wundere ich mich schon. Denn in Baden-Württemberg wurden von den Heimaufsichten inzwischen bereits über 100 ambulant betreute oder selbstverantwortete Wohngemeinschaften angezeigt. Für ein Gesetz, das jetzt eineinhalb Jahre in Kraft ist, finde ich das eine ordentliche Zahl, vor allem wenn man weiß, wie viel Engagement bei denen dahintersteckt, die sich für die Einrichtung dieser Wohnform eingesetzt haben.

Was ich auch nicht nachvollziehen kann, war die Aussage vorhin, für den stationären Bereich sei mit dem WTPG alles noch viel schlimmer geworden. Das Schlimme wurde aber nicht konkretisiert. Dazu kann ich nur hinzufügen: Für den stationären Bereich, für den Bereich des Pflegeheims sind die Voraussetzungen nicht nur dieselben geblieben, sondern wir haben im Gegenteil noch zusätzliche Erprobungsregelungen für diesen Bereich geschaffen. Ich finde, dass wir die Möglichkeiten, die wir jetzt zur Gestaltung des Wohnens im Alter durch Anbieter und Initiatoren haben, nutzen können, um die Pflege Landschaft bedarfsorientierter und den Bedürfnissen der Menschen entsprechend zu gestalten.

Die Landesheimbauverordnung ermöglicht Bewohnerinnen und Bewohnern von Heimen moderne Qualitätsstandards, aber auch Intimität und Privatheit. Ich möchte in aller Deut-

lichkeit noch einmal sagen, dass ich nicht abgehe von dem Anrecht auf ein Einzelzimmer und davon, dass das ein ganz wichtiger Teil von Würde im Alter und von Leben in der eigenen Privatheit ist. Wenn jetzt wirtschaftliche Erwägungen ins Feld geführt werden und argumentiert wird, die Übergangszeit sei nicht lang genug und die alten Leute wollten doch eigentlich in einem Zweibettzimmer schlafen, dann möchte ich nur zwei Dinge hinzufügen.

Erstens: Wer von Ihnen würde gern in einem Pflegeheim mit einem völlig fremden Menschen, den er bis dahin nicht gekannt hat, wohnen wollen? Ich glaube, das würden die wenigsten wollen, auch nicht, wenn sie demenz sind.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Übergangsfrist. Dazu ist zu sagen, dass wir in Einzelfällen, wo es tatsächlich an wirtschaftliche Fragen geht, mit den ermessenslenkenden Richtlinien Übergangsfristen von 25 Jahren eingeräumt haben. Ich möchte gern hinzufügen: In 25 Jahren werden einige von uns schon im Pflegeheim sein. Da wird sich die Frage nach den Doppelzimmern noch einmal anders stellen. Wenn es bis dahin überall Einzelzimmer gibt, dann haben wir mit einer sehr langen Übergangszeit endlich etwas geschafft, was wir uns schon lange vorgenommen haben. Deshalb lasse ich den Vorwurf der zu kurzen Übergangszeit in diesem Bereich auch nicht gelten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Mit der neuen Landespersonalverordnung für stationäre Einrichtungen legen wir den Grundstein für moderne Personal Konzepte und sichern zugleich die hohe fachliche Qualität für die Bewohnerinnen und Bewohner. Ich möchte nicht verhehlen, dass ich mich freue, dass gerade diese Verordnung die Zustimmung der Enquetekommission gefunden hat. Die dort verankerten Modelle zur Fachkraftquote bieten den Einrichtungen einen hohen Grad an Flexibilität beim Personaleinsatz.

Ich glaube, dass es sehr wichtig war, dass wir definiert haben, welche Aufgaben den Pflegefachkräften vorbehalten sind. Ich glaube, dass das ist ganz wichtig für die Profession der Pflege.

Mit einem stringenten Konzept zur Weiterentwicklung ambulanter Versorgungsstrukturen stärken wir die ambulante Versorgung im Land. Damit werden wir auch den Wünschen der Menschen gerecht. Wenn man uns fragen würde, wie wir alt werden wollen, würden die meisten sagen: Ich möchte so lange wie möglich und so selbstbestimmt wie möglich in meiner bisherigen Umgebung bleiben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und so gesund wie möglich!)

Das wollen wir mit dem Ausbau von ambulanten Versorgungsstrukturen erreichen. Dazu gehört – das sage ich sehr bewusst an dieser Stelle – nicht nur das ambulante Pflegeangebot, sondern es gehört auch dazu, dass wir im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen noch mehr Dienste, die auch bezahlbar sind, etablieren, damit wir aus diesem Graubereich herauskommen, lieber Herr Haußmann, der in den meisten Fällen durch illegale und teilweise auch ausbeuterische Arbeitsverhältnisse gekennzeichnet ist.

Ich begrüße den von den Kassen und Kommunen vereinbarten Ausbau der Pflegestützpunkte als ersten Schritt in die rich-

(Ministerin Katrin Altpeter)

tige Richtung. Es war wirklich ein zähes Ringen, das ich mit angestoßen habe. Nun hat man sich aber auf einen ersten Schritt hin zu mehr Pflegestützpunkten im Land geeinigt. Zusätzlich zu den 48 bestehenden Pflegestützpunkten sollen in Baden-Württemberg 24 weitere eingerichtet werden. Das begrüße ich sehr. Denn es hat sich deutlich gezeigt, dass die betroffenen Pflegebedürftigen und die pflegenden Angehörigen in dieser schwierigen Lebenssituation zuallererst eine qualifizierte Beratung über die verschiedenen Angebotsformen brauchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Personalsituation in der Pflege wurde heute schon einige Male angesprochen. Ich werde es mir trotz der fortgeschrittenen Zeit erlauben, einiges dazu zu sagen. Die Situation in der Pflege und die Tatsache, dass wir mittlerweile einen Mangel an Pflegefachkräften haben, haben sicherlich mit den Rahmenbedingungen zu tun. Es hat sicherlich auch mit den Dienstzeiten zu tun und damit, dass sich die Arbeit für Pflegekräfte stark verdichtet hat. Es hat auch mit dem Verdienst zu tun. Auch hier muss etwas geschehen.

Ein Punkt ist mir jedoch besonders wichtig, den ich deshalb herausgreifen möchte. Ich finde, da sind wir alle gefordert. Wenn ein junger Mensch einen Pflegeberuf ergreift, stößt er in der Regel auf zwei Reaktionen. Die erste Reaktion ist: „Huch, dass du das kannst. Das finde ich aber toll.“ Die zweite Reaktion ist: Vielleicht hat es zu etwas anderem nicht gereicht.

Solange das der übliche Umgang mit dem Pflegeberuf in unserer Gesellschaft ist, so lange brauchen wir uns auch nicht zu wundern. Wenn wir ein besseres Image, mehr Anerkennung und mehr eigenständige Profession für die Pflegeberufe wollen, dann hat das auch sehr viel damit zu tun, mit welcher Haltung wir Pflegeberufe betrachten. Es ist die Frage, ob wir den Pflegeberuf als eine eigene Profession ansehen, mit der man ordentlich Geld verdienen und eine Karriere machen kann, oder ob wir sagen: Na ja, Pflege kann ja eigentlich jeder.

An dieser Diskussion sind wir alle beteiligt. Das ist nichts, was man einfach mit Geld oder mit Rahmenbedingungen regeln könnte, sondern das sagt etwas aus über den Umgang einer Gesellschaft mit denjenigen, die sich für einen sozialen Beruf entscheiden. Wir alle können einen Beitrag dazu leisten, dass dieser Umgang besser wird; denn wir alle sind immer viel unterwegs. Das ist mir sehr wichtig neben der Frage der Praxisanleitung und neben der Frage der Arbeitsverdichtung.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen Punkt aufgreifen, der sich auch in den von der Enquetekommission vorgeschlagenen Maßnahmen wiederfindet. Die Enquetekommission fordert, für eine bessere Personalausstattung zu sorgen. Ich denke, diesem Anliegen stimmen sicherlich alle zu. Die Träger haben die Rahmenvereinbarung zur stationären Pflege gekündigt und mittlerweile mit den Kostenträgern und den Kassen neu verhandelt. Wie es halt so ist, hat man sich nicht geeinigt.

Deshalb ist die Schiedsstelle angerufen worden. Der Spruch dieser Schiedsstelle ist ergangen, liegt aber noch nicht schriftlich vor. Wenn das aber umgesetzt wird, dann wird es in einem zweistufigen Ausbau zu einer verbesserten Personalsituation in der stationären Pflege kommen. Ich denke, das ist ein

ganz wichtiger Schritt, der zu mehr Zufriedenheit der Beschäftigten führen kann. Deshalb bin ich froh, dass man dabei jetzt einen Schritt weitergekommen ist und die im Bericht genannte Maßnahme bereits umsetzen konnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Dicke des Berichts und die Schwere des Inhalts machen deutlich, dass wir um das Thema Pflege in der Zukunft noch viel weniger herumkommen als heute und dass wir wirklich alle miteinander gefordert sind, uns zu überlegen, wie wir die Pflege Landschaft in Baden-Württemberg weiterentwickeln und gestalten wollen. Da gibt es viel zu tun. Ich denke, Sie sind sicher alle bereit, dabei mitzuhelfen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über Teil 4 des Berichts, der auf Seite 411 mit „Beschlussempfehlung“ überschrieben ist. Ich schlage Ihnen vor, der Beschlussempfehlung der Enquetekommission, Drucksache 15/7980, zuzustimmen. Diese enthält nicht die Minderheitsvoten.

Ich rufe nun die einzelnen Ziffern der Beschlussempfehlung zur Abstimmung auf.

In Ziffer 1 Buchstabe a empfiehlt Ihnen die Enquetekommission, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

In Ziffer 1 Buchstabe b empfiehlt Ihnen die Enquetekommission, die Handlungsempfehlungen im Berichtsteil 3 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Wer Ziffer 1 Buchstabe b zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 1 Buchstabe b ist einstimmig zugestimmt.

Ziffer 2 betrifft verschiedene Ersuchen an die Landesregierung.

Buchstabe a bezieht sich auf die Umsetzung von Handlungsempfehlungen zur Pflegekammer und zur Landesheimpersonalverordnung sowie auf den Bericht an den Landtag über das Ergebnis der Umsetzung der Handlungsempfehlungen zu den in Berichtsteil 3 jeweils vorgesehenen Zeiten.

Buchstabe b bezieht sich auf die bis zum 28. September 2016 geforderte Bewertung zu verschiedenen Handlungsempfehlungen und die bis zum 31. Januar 2017 notwendigen Berichte zu den beabsichtigten Maßnahmen sowie die zeitnah danach zu erstattenden Berichte über das Ergebnis der Umsetzung der Empfehlungen.

Sind Sie damit einverstanden, über die Buchstaben a und b gemeinsam abzustimmen? – Dies ist der Fall.

Wer Ziffer 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 2 ist damit einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, im Namen des ganzen Hauses darf ich dem Vorsitzenden der Enquetekommission nicht nur für den Enquetebericht danken, sondern insgesamt für die geleis-

*(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)*

tete Arbeit. Sie haben sich mit großem Engagement einem angesichts des demografischen Wandels sehr wichtigen und immer wichtiger werdenden Politikfeld gewidmet. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

In meinen Dank schließe ich natürlich auch alle anderen ein: die externen Mitglieder der Enquetekommission sowie ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter, die ihr großes Fachwissen und die kostbare Zeit eingebracht haben, genauso wie die Referentinnen und Referenten der Enquetekommission und alle anderen, die zum Gelingen des Abschlussberichts beigetragen haben.

Herzlichen Dank sage ich auch den Verbänden, die die Arbeit der Enquetekommission konstruktiv begleitet haben. Wir werden uns bestimmt in der nächsten Legislaturperiode noch einmal sehr ausführlich mit dem Thema Pflege beschäftigen.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt am Ende der heutigen Plenarsitzung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 17. Februar 2016, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 13:12 Uhr**